

**145. Sitzung**

**Mittwoch, den 08.05.2019**

**Erfurt, Plenarsaal**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Geibert, CDU

12562,  
12562,  
12562  
12562  
12563  
12564

Blehschmidt, DIE LINKE

Berninger, DIE LINKE

Fiedler, CDU

**Aktuelle Stunde**

12565

**a) Aktuelle Stunde auf Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN zum Thema: „Biolo-  
gische Vielfalt in Thüringen in  
Gefahr – natürliche Lebensräu-  
me schaffen und erhalten!“**

12565

Unterrichtung durch die Präsi-  
dentin des Landtags

- Drucksache 6/7135 -

Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Tasch, CDU

Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE

12565  
12566  
12567,  
12568

Kießling, AfD

Becker, SPD

Siegsmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz

12568  
12569  
12570

<b>b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Fehlende Zeugnisnoten: Die Bildungskatastrophe muss nicht verwaltet, sondern beendet werden“</b>	12572
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 6/7138 -	
Muhsal, AfD	12573, 12577, 12578, 12578
Wolf, DIE LINKE	12573
Tischner, CDU	12574
Mühlbauer, SPD	12575
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12576
Holter, Minister für Bildung, Jugend und Sport	12578
<b>c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Katastrophensituation in den Thüringer Wäldern: Soforthilfsprogramm unverzüglich aufsetzen“</b>	12580
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 6/7147 -	
Primas, CDU	12581
Kummer, DIE LINKE	12581
Kießling, AfD	12582
Becker, SPD	12583, 12584
Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12585, 12589, 12590
Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft	12586
Fiedler, CDU	12589, 12589
<b>d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Klimabedingte Wetterextreme als Herausforderung für den Brand- und Katastrophenschutz in Thüringen“</b>	12590
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 6/7151 -	
Scheerschmidt, SPD	12590, 12591
Fiedler, CDU	12591, 12592, 12598, 12599, 12599
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12592

Henke, AfD	12593, 12599
Dittes, DIE LINKE	12594, 12596, 12596, 12599
Maier, Minister für Inneres und Kommunales	12596, 12599
<b>e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Gasversorgung in Thüringen und bundesweit, Vorbereitung für eine neue Infrastruktur“</b>	12600
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 6/7160 -	
<i>Aussprache</i>	
Harzer, DIE LINKE	12600
Möller, AfD	12601
Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12602
Mühlbauer, SPD	12603
Prof. Dr. Voigt, CDU	12603
Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz	12604
<b>Tätigkeitsbericht 2014 bis 2018 des Beauftragten der Thüringer Landesregierung für Menschen mit Behinderungen</b>	12606
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 6/7142 -	
<i>Ministerin Werner erstattet einen Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags.</i>	
<i>Die Erfüllung des Berichtersuchens wird festgestellt. Der beantragten Fortsetzung der Beratung zum Sofortbericht im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit gemäß § 106 Abs. 1 i. V. m. § 86 Abs. 2 Satz 3 GO wird zugestimmt.</i>	
<i>Die Nummer 2 des Antrags wird an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit überwiesen.</i>	
Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	12606
Meißner, CDU	12609
Kubitzki, DIE LINKE	12609
Herold, AfD	12610

**Anwesenheit der Abgeordneten:****Fraktion der CDU:**

Bühl, Diezel, Emde, Fiedler, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Dr. König, Kowalleck, Lehmann, Lieberknecht, Liebetrau, Malsch, Meißner, Mohring, Primas, Rosin, Scherer, Tasch, Thamm, Tischner, Prof. Dr. Voigt, Walk, Worm, Wucherpfennig, Zippel

**Fraktion DIE LINKE:**

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Engel, Hande, Harzer, Hausold, Hennig-Wellsow, Jung, Kalich, König-Preuss, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Dr. Martin-Gehl, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wagler, Wolf

**Fraktion der SPD:**

Becker, Dr. Hartung, Helmerich, Hey, Lehmann, Marx, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Scheerschmidt, Taubert, Warnecke

**Fraktion der AfD:**

Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Muhsal, Rudy

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Adams, Henfling, Kobelt, Müller, Pfefferlein, Rothe-Beinlich

**fraktionslos:**

Krumpe, Reinholz, Rietschel

**Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:**

Ministerpräsident Ramelow, die Minister Prof. Dr. Hoff, Holter, Keller, Lauinger, Maier, Siegesmund, Werner

Beginn: 14.01 Uhr

**Präsidentin Diezel:**

Verehrte Abgeordnete, ich begrüße Sie herzlich zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne.

Ich begrüße auch die Vertreter der Landesregierung, unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Zuschauer am Livestream sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gestatten Sie mir hier einige wenige Worte zum heutigen Tag. Am 8. Mai jährt sich zum 74. Mal das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa. Damit endete die blutige Terrorherrschaft des Nationalsozialismus. Sie hatte unermessliches Leid über die Völker gebracht und im Holocaust das jüdische Leben in Europa nahezu ausgelöscht. Der Freistaat erinnert mit einem Gedenktag an die Befreiung von einer menschenverachtenden Ideologie und einem verbrecherischen Regime. Der „Marsch des Lebens“, der heute Abend in Erfurt an der Jüdischen Synagoge beginnen wird, mahnt uns, nie wieder Antisemitismus zuzulassen.

(Beifall im Hause)

Wenn wir in diesem Monat das Europäische Parlament neu wählen, sollten wir uns immer bewusst sein, dass dieses Europa ein großes Friedensprojekt ist, eine Lehre, die Politiker wie Konrad Adenauer und Charles de Gaulle aus dem Grauen des Krieges und des Völkermordes gezogen haben. Seien wir deshalb mit dem Frieden und der Freiheit, die in Europa über sieben Jahrzehnte hinweg gewachsen sind, achtsam. Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zu den Formalien unserer heutigen Sitzung: Für die Plenarsitzung hat als Schriftführer neben mir Herr Abgeordneter Kobelt Platz genommen. Die Redeliste führt Frau Abgeordnete Herold.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Abgeordneter Wirkner, Frau Abgeordnete Schulze und Herr Minister Tiefensee.

Ich gratuliere recht herzlich Frau Abgeordneter Birgit Pelke zum heutigen Geburtstag. Alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen Ihnen!

(Beifall im Hause)

Verehrte Abgeordnete, der Thüringer Feuerwehr-Verband hat für heute zu einem parlamentarischen Abend eingeladen, der nach dem Ende der Plenar-

sitzung, gegen 19.00 Uhr, beginnen wird. Ich soll Sie alle nochmals herzlich dazu einladen.

Kommen wir zur Tagesordnung. Folgende Hinweise: Die Beschlussempfehlungen haben folgende Drucksachennummern: zu Tagesordnungspunkt 1 6/7173, zu Tagesordnungspunkt 2 6/7167, zu Tagesordnungspunkt 4 6/7165, zu Tagesordnungspunkt 6 6/7177, zu Tagesordnungspunkt 7 6/7180.

Zu Tagesordnungspunkt 2 wird ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 6/7190 verteilt.

Der Tagesordnungspunkt 3 wurde in dem zuständigen Ausschuss noch nicht abschließend beraten und wird deshalb von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zu Tagesordnungspunkt 13 hat die Drucksachennummer 6/7188. Der Gesetzentwurf wurde nicht in der Frist von sieben Tagen verteilt. Daher ist über die Fristverkürzung gemäß § 66 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu beschließen. Diese Frist kann mit einfacher Mehrheit verkürzt werden, es sei denn, es widerspricht jemand. Gibt es Widerspruch? Ja? Nein. Gut, dann stimmen wir darüber ab. Wer für die Fristverkürzung ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU. Wer ist dagegen? Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer Enthält sich? Das sind die Fraktion der AfD und Herr Abgeordneter Fiedler. Damit ist der Gesetzentwurf aufgenommen.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 20. Hier wird ein Alternativantrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 6/7191 verteilt.

Der Arbeitsbericht des Petitionsausschusses für das Jahr 2018 zu Tagesordnungspunkt 26 hat die Drucksachennummer 6/7182.

Die Tagesordnungspunkte 27 und 28 werden von der Tagesordnung abgesetzt, da bisher keine Wahlvorschläge eingereicht wurden.

Zur Fragestunde in Tagesordnungspunkt 29 kommen folgende Mündliche Anfragen hinzu: Drucksachen 6/7131, 6/7149, 6/7150, 6/7155, 6/7156, 6/7164, 6/7178 und 6/7179.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, zum Tagesordnungspunkt 23 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Gibt es Ergänzungen zur vorliegenden Tagesordnung? Ja, bitte schön, Herr Abgeordneter Geibert!

**Abgeordneter Geibert, CDU:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Frau Präsidentin, ich hätte zwei Anliegen: Zum einen wären wir dankbar, wenn der mit Drucksache 6/7192 verteilte Antrag mit dem Titel „Befähigung und Eignung als ausschlaggebende Kriterien für den öffentlichen Dienst erhalten. Geplante Studie ‚Vielfalt entscheidet Thüringen‘ stoppen.“ noch auf die Tagesordnung aufgenommen würde. Und zum Zweiten bitten wir, dass der Tagesordnungspunkt 20 in der Sitzung auf jeden Fall behandelt wird.

**Präsidentin Diezel:**

Gibt es weitere Anmerkungen? Bitte schön, Herr Abgeordneter Blechschmidt.

**Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:**

Ich hätte gerne den Tagesordnungspunkt 11 „Thüringer Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren“ am Donnerstag als letzten Tagesordnungspunkt. Begründung: Der Sozialausschuss möchte am Freitag in der Mittagspause schon eine entsprechende Anhörung zu diesem Gesetz beraten und gegebenenfalls beschließen. Der Tagesordnungspunkt 22 „Integriertes Maßnahmenprogramm“ in Drucksache 6/7143 soll auf jeden Fall auch während der Plenartage abgearbeitet werden.

**Präsidentin Diezel:**

Gut! Ich sehe keine weiteren Anträge, dann würden wir über die einzelnen Anträge abstimmen. Als Erstes über den Antrag der CDU-Fraktion, Aufnahme des Tagesordnungspunkts in der Drucksache 6/7192 „Befähigung und Eignung als ausschlaggebende Kriterien“. Herr Geibert, bitte? Sie möchten die Dringlichkeit begründen?

**Abgeordneter Geibert, CDU:**

Genau.

**Präsidentin Diezel:**

Danke, ich wäre gleich dazu gekommen. Bitte schön, zur Begründung der Dringlichkeit.

**Abgeordneter Geibert, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich haben wir gedacht, dass wir in den letzten vier Jahren durch die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen schon alles erlebt hätten, was man erleben kann, was es betrifft, Misstrauen

gegenüber den Landesbediensteten, Einschätzungen gegenüber den Landesbediensteten vorzunehmen und mit Unterstellungen zu arbeiten. Wir haben verschiedentlich die Frage aus den regierungstragenden Fraktionen zu hören bekommen, ob die Bediensteten loyal sind. Sie wurden als vierter Koalitionspartner diskreditiert. Wir haben erst vor Kurzem ein Maßnahmenpaket aus der Enquetekommission zur Kenntnis nehmen müssen, wo der Verwaltung und insbesondere der Verwaltungsgerichtsbarkeit rassistisches Verhalten unterstellt und eine Kontrolle der Verwaltungsgerichtsbarkeit und ihrer Entscheidungen thematisiert wurde. Aber es geht immer noch ein Stückchen mehr. Es gibt immer noch etwas, was man drauflegen kann, und so müssen wir jetzt zur Kenntnis nehmen, dass eine große – die bundesrepublikweit größte – Befragung der Landesbediensteten zur Ausforschung von Ethnie, von sexueller Orientierung, von Einstellungen beabsichtigt ist. Wir finden, das ist unglaublich. So etwas kann es nicht geben!

(Beifall CDU, AfD)

Aber nicht genug damit, dass eine solche Abfrage erfolgen soll, sondern die Ergebnisse dieser Abfrage sollen auch in Handlungsempfehlungen münden, Vorgesetzte sollen entsprechend angewiesen werden. Es soll dazu kommen, dass ethnische und sexuelle Orientierung darüber entscheiden, ob man fähig ist, eine Aufgabe wahrzunehmen oder nicht. Das ist weit weg von dem,

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsov, DIE LINKE: Sie erzählen einen Quatsch!)

was unter Leistung, Eignung und Befähigung von uns aus akzeptabel und von der Verfassung von Bediensteten gefordert wird.

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsov, DIE LINKE: Dass Sie sich nicht selber schämen!)

Von Ihnen kommt ja ein Großteil, Frau Hennig-Wellsov, dieser Vorhalte und Vorbehalte gegenüber Bediensteten der Landesverwaltung.

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsov, DIE LINKE: Sie reden noch mehr Quatsch!)

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Was für ein Unsinn!)

Sie machen das doch andauernd! Sie sind doch diejenige in Person, die die Loyalität der Bediensteten immer wieder infrage gestellt hat.

(Beifall CDU, AfD)

(Unruhe DIE LINKE)

**(Abg. Geibert)**

Und jetzt wird, nachdem sich berechtigter Protest äußert, das Vorhaben nicht ad acta gelegt und sich bei den Bediensteten entschuldigt, so wie es angemessen gewesen wäre, sondern es wird zurückgestellt, wahrscheinlich um den anstehenden Kommunalwahltermin zu überbrücken und deshalb Irritationen zu vermeiden. Aber es wird zurückgestellt gleich mit der Begründung, dass es aus der Staatskanzlei heißt: Wir werden den vorgesehenen Zeitplan, das heißt also Vorlage der Ergebnisse August/September dieses Jahres, trotzdem noch einhalten können. Wir werden vielleicht in der Lage sein, eine Falschbehauptung im Entwurf der Drucksache gegenüber den Hauptpersonalräten, nämlich dass es eine Beteiligung des Datenschutzbeauftragten gegeben hätte, dort zu korrigieren.

(Zwischenruf aus dem Hause: Unsinn!)

Das ist kein Unsinn, das steht genauso drin. In dem Entwurf, den Sie vorgelegt haben, steht drin, der Datenschutzbeauftragte wäre an diesem Verfahren beteiligt worden. Und der Datenschutzbeauftragte erklärt, das ist nicht der Fall. Genau so ist es.

(Beifall CDU)

Herr Ministerpräsident, reiner Faktencheck!

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Nein!)

Doch! Es wird von Ihnen wieder die Unwahrheit behauptet!

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Unglaublich!)

Doch, genau so ist es.

(Heiterkeit CDU)

Ja, jetzt sind Sie empört, wenn es einer mal sagt.

Nein, es wird nur zurückgestellt, es wird sich nicht entschuldigt, es wird nicht zu den Akten genommen. Deshalb denken wir, dass dieser Punkt hier im Plenum erörtert werden muss. Wir stellen uns schützend vor unsere Landesbediensteten und unterstellen diesen nicht ethnische Ausforschungsaktionen, die von Ihnen beabsichtigt sind.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Vielen Dank.

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Möchte jemand gegen den Antrag sprechen? Bitte schön, Frau Abgeordnete Berninger.

**Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst einmal zum Vorwurf der Lüge. Der Datenschutzbeauftragte, Herr Dr. Hasse, irrt, wenn er sagt, er sei mit der Befragung nicht befasst gewesen.

(Unruhe CDU, AfD)

Wow, die ganz Rechte qualifiziert sich wieder super mit ihren Zwischenrufen.

Das Schreiben an den Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit zur Prüfung der Befragung ging Ende März an das Haus des Herrn Dr. Hasse und am

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

9. April hat es ein Gespräch mit Mitarbeiterinnen von Herrn Dr. Hasse gegeben. Möglicherweise hat er das vergessen oder nicht gewusst, als Herr Kendzia ihn dazu befragt hat.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, zur Dringlichkeit: In der Begründung steht, Medienberichten zufolge sei von dieser Absicht einer solchen Befragung informiert worden. Ich würde den Damen und Herren der Fraktion der CDU einfach empfehlen, in der Enquetekommission Rassismus ein bisschen besser aufzupassen. Nämlich im letzten Jahr, als wir die

(Unruhe CDU)

Staatskanzlei genau wie alle anderen Ministerien in der Enquetekommission zu den Maßnahmen gehört haben, die es bereits gibt und die geplant sind, über das geplante Projekt „Vielfalt entscheidet Thüringen – VET“, über das im Personalentwicklungskonzept verankerte Diversity Management, was wir für die Thüringer Landesverwaltung entwickeln wollen, hat Herr Prof. Dr. Hoff selbst berichtet.

Zum Zweiten möchte ich darauf verweisen, dass wir im Zwischenbericht der Enquetekommission – nämlich ab Seite 168 – über die Notwendigkeit einer soliden Datenbasis für Diversity Management als eines der Erkenntnisse aus der Enquetekommission Rassismus berichtet haben. Ich möchte die Damen und Herren der CDU-Fraktion zum Beispiel auch auf Seite 230 in ihrem Sondervotum zum Zwischenbericht hinweisen, wo sie für den Bereich der Polizei die magere Datenlage zur Kenntnis genommen haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte die CDU sehr herzlich darum bitten, die Bemühungen um Diversity Management nicht länger zu diskreditieren, die Arbeit und die Ergebnisse

**(Abg. Berninger)**

der Enquetekommission Rassismus nicht länger zu diskreditieren, indem Sie behaupten, wir würden der Verwaltung pauschal rassistisches Verhalten unterstellen. Dem ist nicht so! Herr Geibert, lesen Sie einmal den Zwischenbericht der Enquetekommission, dann werden Sie das bemerken.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Lesen Sie doch den Maßnahmenkatalog!)

Es geht mit der Befragung weder um Ausforschung noch darum, dass nicht nach Eignung und Befähigung in den Landesdienst eingestellt werden soll. Googeln Sie einmal „Diversity Management“, dann werden Sie das selbst sehen. Die Befragung wird freiwillig und anonym sein, es ist nicht die Rede von Ausforschung. Hören Sie auf, solche Bemühungen in den Dreck zu ziehen!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Getroffene Hunde bellen!)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön.

Wir kommen zur Abstimmung über die Aufnahme in die Tagesordnung und zur Fristverkürzung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. Der Antrag wurde nicht innerhalb der Frist von sieben Tagen verteilt. Ich lasse jetzt über die Fristverkürzung abstimmen. Es genügt eine einfache Mehrheit, es sei denn, es widerspricht jemand. Es wird widersprochen, damit brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit und ich frage jetzt: Wer ist für die Aufnahme dieses Antrags in die Tagesordnung? Den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die fraktionslosen Abgeordneten, die Fraktion der AfD und die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? Dagegen sind die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Zählen!)

Herr Abgeordneter! Wer enthält sich? Es enthält sich niemand. Damit ist die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht und der Tagesordnungspunkt wird nicht auf die Tagesordnung dieser Sitzung gesetzt.

Wir kommen zum nächsten beantragten Punkt der Fraktion der CDU, den Tagesordnungspunkt 20 auf jeden Fall in diesen Sitzungstagen zu beraten. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der AfD, der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie die fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Ich sehe 1 Enthaltung,

Herr Möller, Frau Muhsal. Ja, gut. Nicht die gesamte. Enthält sich die Fraktion der AfD? Gut.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Geht doch mal vor die Tür und werdet euch einig!)

Der Antrag ist damit bestätigt.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion Die Linke, den Tagesordnungspunkt 11 als letzten Tagesordnungspunkt am Donnerstag zu behandeln. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die fraktionslosen Abgeordneten, die Fraktionen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und Die Linke. Wer ist dagegen? Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? Es enthält sich die gesamte Fraktion der AfD. Damit ist der Tagesordnungspunkt so platziert.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion Die Linke, den Tagesordnungspunkt 22 auf jeden Fall zu beraten. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind der fraktionslose Abgeordnete Reinholz, die Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer ist dagegen? Dagegen ist die Fraktion der AfD. Wer enthält sich? Es enthält sich der fraktionslose Abgeordnete Rietchel. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt auf jeden Fall zu beraten.

Somit haben wir eine Tagesordnung oder gibt es jetzt noch Widersprüche? Herr Abgeordneter Fiedler, was möchten Sie zur Tagesordnung sagen?

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Frau Präsidentin, ich möchte eine Frage stellen. Vielleicht können Sie mir diese beantworten. TOP 27 ist abgesetzt worden, da geht es um die Wahl eines Mitglieds des Staatsanwaltswahlausschusses. Da ich weiß, dass der Ausschuss sehr wichtig ist, weil sonst die Staatsanwälte nicht arbeiten und die Dinge nicht betrieben werden können: Wie lange gedenken wir denn hinzunehmen, dass keine Vorschläge kommen? Ich weiß nicht, wen ich fragen soll. Ich frage mal die Präsidentin, das ist ein Sonderfall, vielleicht bekomme ich auch eine Antwort.

**Präsidentin Diezel:**

Das Vorschlagsrecht liegt bei der Fraktion der AfD. Sie hat keinen entsprechenden Vorschlag eingebracht. Ich werde mich mit der AfD-Fraktion noch mal in Verbindung setzen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Danke schön!)

**(Präsidentin Diezel)**

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE:  
Sie haben mein Beileid!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten jetzt in die Tagesordnung. Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30**

**Aktuelle Stunde**

Alle Fraktionen haben jeweils eine Aktuelle Stunde eingereicht. Jede Fraktion hat in der Aussprache eine Redezeit von 5 Minuten für das Thema. Die Redezeit der Landesregierung beträgt grundsätzlich 10 Minuten für jedes Thema. Für die fraktionslosen Abgeordneten beträgt die Gesamtredezeit in der Aktuellen Stunde 5 Minuten. Diese Gesamtredezeit kann durch einen fraktionslosen Abgeordneten auf die beantragten Themen zur Aktuellen Stunde aufgeteilt werden. Hat die Landesregierung in einer Wortmeldung eine Redezeit von mehr als 10 Minuten in der Aussprache zu einem Thema in Anspruch genommen oder ergreift sie erneut das Wort, erhält jede Fraktion jeweils 2 Minuten Verlängerung der Redezeit. Gemäß § 27 Abs. 1 der Geschäftsordnung bestimmt die Präsidentin die Reihenfolge der Redner, Zwischenfragen sind nicht zulässig.

Ich rufe auf den **ersten Teil** der Aktuellen Stunde

**a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Biologische Vielfalt in Thüringen in Gefahr – natürliche Lebensräume schaffen und erhalten!“**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags  
- [Drucksache 6/7135](#) -

Ich eröffne die Aussprache. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte beginnen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Kobelt.

**Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eine schlechte Nachricht zu dieser Aktuellen Stunde: Wir steuern auf eine Naturkatastrophe zu. Das ist vielleicht eine Naturkatastrophe, die Ihnen jetzt nicht täglich vor der Tür, auf dem Weg zur Arbeit oder in die Schule begegnet, aber es ist eine schleichende Naturkatastrophe, die erhebliche Ausmaße auf unser Leben und vor allen Dingen auf das Leben unserer Kinder haben wird. Denn bis zu eine Million Tier- und Pflanzenarten drohen in den nächsten Jahr-

zehnten von der Erde zu verschwinden. Zu diesem Schluss kommt der aktuellste UN-Bericht. Weiter heißt es in dem Bericht: Das verheerende Massenaussterben ist bereits in vollem Gange. Das betrifft nicht nur die ganze Welt, sondern natürlich auch Europa, Deutschland, aber auch mittelfristig Thüringen. Der Rückgang der Bestände, der Arten ist zum Beispiel ein Zeichen dafür, dass Wiesen und Felder veröden werden. Den Tieren fehlt es an Brutplätzen, an Nahrung, wie Insekten und Wildkräutern. Es gibt bereits jetzt schon 70 Prozent weniger Insekten als noch vor 30 Jahren. Wenn man das auf die gesamte Welt betrachtet, kommt der UN-Report zu seiner Schlussfolgerung, dass akut 40 Prozent der Amphibienarten, 30 Prozent an Meeressäugtieren und 10 Prozent der Insekten weltweit bedroht sind. Das ist natürlich eine unwahrscheinlich große Menge. Das hat aber nicht nur für die Naturromantiker, denen die Natur am Herzen liegt, wie für uns als Grüne, Auswirkungen, sondern es ist auch ein erheblicher wirtschaftlicher Schaden.

Nehmen wir zum Beispiel den Bereich der Landwirtschaft. In der Landwirtschaft wird bei der Wirtschaft immer davon geredet, die Landwirtschaft und die Tierhaltung produktiver zu gestalten, niedrige Preise seien die Ursache dafür, dass zum Beispiel Ackerflächen sehr wirtschaftlich oder – ich würde fast sagen – überwirtschaftlich betrieben werden müssen, da die Bäuerinnen und Bauern und die Landwirte natürlich ein Einkommen brauchen und auch ihre Produkte verkaufen wollen. Die Preise, die dafür von den Händlern, von den Lebensmittelproduzenten, aber auch von den Verkäufern bezahlt werden, sind viel zu gering, um auch das Einkommen der Bäuerinnen und Bauern und der Landwirte langfristig zu sichern. Aber das ist doch gerade die Verantwortung der Politik, dass dieser Preiswettbewerb nicht noch zulasten der Natur und zulasten der Arten, die schon in der Reduktion sind, ausgetragen wird. Das ist eine große Verantwortung. Und den Politikerinnen und Politikern von Ihnen, die gern auch wirtschaftliche Daten erheben, denen sei gesagt: Schon allein das Bestäuben von angebauten Pflanzen hat einen wirtschaftlichen Wert in Höhe von 150 Milliarden Euro pro Jahr. Jetzt werden Sie sich vielleicht sagen: Na ja, wie soll das denn sonst anders funktionieren, wenn das die Insekten nicht machen? Das ist wirklich ein schwieriger Prozess. Bei gewissen Monokulturen, in den USA zum Beispiel, ist es jetzt schon dazu gekommen, dass die Insekten, die Bienen nicht mehr in der Lage sind, sich fortzupflanzen, und dort werden gezüchtete Bienen aus China gekauft oder es wird künstlich befruchtet. Das ist natürlich ein Riesenaufwand und auch ein wirtschaftlicher Aufwand. Und ich

**(Abg. Kobelt)**

glaube, das ist in unser aller Interesse, dass das nicht Standard wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Thüringen haben wir natürlich auch eine Verantwortung dafür. Und ich bin sehr froh, dass wir uns als Koalition schon auf mehrere Gesetze geeinigt haben, die auch auf das Artensterben eine Auswirkung haben, also eine positive Auswirkung, dass nicht so viele Arten bedroht sind; wie das Wassergesetz, wo wir Gewässerrandstreifen stärken, wo wir die Abwasserentsorgung verbessern, oder auch das Klimagesetz, was sowohl auf Klimaschutz und auf Klimaanpassung abzielt.

Aber wir sind auch in der Diskussion zum Waldgesetz. Der Wald ist ein erheblicher ökologischer Wert, den wir stärken wollen. Wir können es uns nicht leisten, dass der Wald zum Beispiel durch Dürrekatastrophen immer mehr verloren geht und die Artenvielfalt dort im Wald immer weiter absinkt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist aber noch viel zu tun, zum Beispiel den Flächenverbrauch zu senken, Subventionen für klima- und umweltschädliche Technologien zu reduzieren, den Waldumbau zu stärken, artenreichere Wälder weiter zu entwickeln und vor allen Dingen umweltschonende Maßnahmen zum Beispiel in der Mobilität – das sage ich Ihnen ganz offen – radikaler umzusetzen, denn sowohl der Klimawandel als auch das Artensterben werden sich nicht von einem „Weiter so!“ und ein bisschen Herumdoktern abhalten lassen. Wir brauchen mehr Investitionen in den Naturschutz, mehr unterschiedliche Verhaltensweisen und eine andere Politik, für die wir stehen, die aber im Bereich Naturschutz viel mehr gestärkt werden muss. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Vielen Dank. Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Tasch das Wort.

**Abgeordnete Tasch, CDU:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, der wirkungsvolle Schutz der vielfältigen Lebensräume für Tiere und Pflanzen in Thüringen mit dem Blick auf das weltweit zunehmende Aussterben vieler Arten muss uns mit großer Sorge erfüllen. 132 Mitgliedstaaten nahmen gerade an den Beratungen des Weltbiodiversitätsrats in Paris teil. Die

dortige Bilanz fiel ernüchternd aus. 75 Prozent der Landoberflächen und 66 Prozent der Meeresflächen sind stark verändert und über 85 Prozent der Feuchtgebiete sind weltweit verloren gegangen. Prof. Settele vom Leipziger Helmholtz-Institut, der auch als Co-Vorsitzender für die Erstellung des Globalen Sachberichts mitverantwortlich ist, sagte dazu, dass die negative Entwicklung auf zahlreiche direkte Treiber wie beispielsweise Landnutzung, Umweltverschmutzung und Klimawandel zurückzuführen sei. Aber auch bei den indirekten Treibern, also die sozialen und politischen Rahmenbedingungen, müsse angesetzt werden. Dieses umfasse Maßnahmen auf allen gesellschaftlichen Ebenen – vom einzelnen Bürger und Konsumenten, über Gemeinden und Regierung, bis hin zu Wirtschaft und internationalen Gremien und Konzernen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns als CDU ist die Bewahrung der Schöpfung Auftrag. Deshalb betrachten wir auch den Naturschutz nicht nur einseitig, sondern sehen eine Vielzahl von Ursachen, wie sie auch vom Weltbiodiversitätsrat benannt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun von der Welt hier zurück nach Thüringen und der Arbeit der Landesregierung, die nicht immer so ist, wie wir das erwarten. Und das möchte ich gern an zwei Beispielen in der Kürze der Zeit – so ein Thema müsste man auch mal im Ausschuss intensiv beraten – zeigen, wie ideologisch hier teilweise auch vorgegangen wird.

Das eine Beispiel ist für uns: Das Übermaß der Stilllegungen von Teilen unserer Wälder führt dazu, dass dies in den abgedunkelten sogenannten Urwäldern eine Reduktion der Artenvielfalt im Gegensatz zu lichten und bewirtschafteten Wäldern zur Folge haben wird. Nicht zuletzt führt das dazu, dass in den Schwellenländern in Asien, Afrika und Südamerika mehr Tropenholz abgeholzt wird. Dort gehen die Arten zurück. Aber auch der übertriebene Anbau von Soja für Tierfutter und auch fürs vegane Leben führt dazu, dass in den Schwellenländern weitere Wälder vernichtet, Rodungen begünstigt und Arten ausgerottet werden, aber hier in Deutschland das grüne Gewissen von manchen beruhigt werden soll.

Das andere Beispiel, das ich anführen möchte, ist, dass wir es nicht gut finden, dass Sie Windkraft auch im Wald zulassen wollen. Wir sagen dazu ein ganz klares Nein. Ihre Argumentation, Sie hätten ja nur artenarme und wenig wertvolle Wirtschaftswälder im Blick, können wir überhaupt nicht gelten lassen. Teile unserer Wälder gingen als CO<sub>2</sub>-Senker und Lebensraum sehr vieler Tiere und Pflanzen im Boden-, Busch- und Baumbereich unwiederbringlich verloren. Ich erinnere nur daran, dass gerade

**(Abg. Tasch)**

Thüringen eine Bedeutung für den Schutz des Rotmilans, der durch die Windkraft enorm gefährdet ist, oder auch der Fledermäuse hat.

Liebe Kolleginnen, wir brauchen einen bunten Strauß von Artenschutzmaßnahmen. Dafür können wir in Thüringen auch etwas tun. Zum Beispiel können wir in den Kommunen, in den Städten Blühstreifen entstehen lassen, die Grasmahd muss in vernünftigen Abständen erfolgen, damit viele Wiesenpflanzen, Insekten und Bodenbrüter bessere Überlebenschancen haben. Und in den Städten können mehr bunte Wiesen, abwechslungsreiche Parkanlagen, Dachbegrünungen, Wasserflächen offen gehalten werden, um auch die Städte praktisch als grüne Lunge zu entwickeln.

Dass viele Menschen sich heute gerade für Schmetterlinge und für Bienen engagieren, das ist einfach ein Sinnbild, dass gerade diese Arten dafür stehen, dass die Umwelt intakt ist. Wie gesagt, auch die zunehmende Lichtverschmutzung in der Nacht trägt dazu bei, dass das Artensterben zunimmt.

(Beifall DIE LINKE)

Was auch zu verzeichnen ist, was in Mode gekommen ist, die Steingärten, die auch die Lebensräume vernichten, aber auch die Veränderung der Bestattungskultur. Früher waren die Friedhöfe ökologische Oasen, als die Gräber noch viel mehr bepflanzt wurden. Jetzt wird viel anonym beerdigt oder es werden Granitplatten auf die Gräber gelegt. Dadurch geht auch ein großer Teil von Lebensräumen verloren. Ich habe in meiner Gemeinde im letzten Jahr einen Blühstreifen auf dem Friedhof eingesät, also man kann auch mit kleinen Maßnahmen in unseren Gemeinden etwas dafür tun, um Lebensräume für Insekten zu erhalten – und hier ist jeder gefragt.

Jetzt ist meine Redezeit leider zu Ende, weil 5 Minuten für ein so wichtiges Thema einfach viel zu kurz sind.

(Beifall CDU, DIE LINKE)

**Präsidentin Diezel:**

Vielen Dank. Für die Fraktion Die Linke hat Frau Dr. Scheringer-Wright das Wort. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Am vergangenen Wochenende wurde der Bericht der Vereinten Nationen zur Entwicklung der Artenvielfalt auf der Erde in Paris vorgestellt. Dieser Bericht

ist in vieler Hinsicht niederschmetternd, im besten Fall ernüchternd. Rund eine Million Tier- und Pflanzenarten sind weltweit akut vom Aussterben bedroht. Der NABU veröffentlichte kürzlich, dass in Deutschland im Vergleich zu den 1980er-Jahren 40 Prozent weniger Feldvögel zu verzeichnen sind. Zudem gilt immer noch die Aussage der Insektenstudie, die zusammenfasste, dass etwa 80 Prozent weniger Insekten zu dem genannten Vergleichszeitraum gezählt worden sind.

Die Ursachen und Gründe für den dramatischen Artenrückgang sind im Großen und Ganzen gut erforscht. Viele Universitäten, auch in Deutschland, haben sich langjährig damit befasst. Ohne Zweifel gilt bei den Feldvögeln, dass es in der Agrarlandschaft zu wenig Brutplätze gibt, dass es einen starken Rückgang von Nahrung gibt. Mit Blick auf die Artenvielfalt sind die Felder und Wiesen wirklich verödet und damit keine multifunktionalen Lebensräume mehr. Dieses Artensterben, insbesondere mit Blick auf die Bestäuber, schädigt die Landwirtschaft ganz konkret, und das wird auch in Geld beziffert. Unbezifferbar ist jedoch, wie sich das Artensterben auf die Ökosysteme auswirkt. Ganze Ökosysteme werden zusammenbrechen mit Folgekosten und Wirkungen, die sich keiner ausrechnen kann. Gerade in dieser letzten Legislatur wurden deshalb richtigerweise Bienenhaltung und die Imker in Thüringen gefördert und, wie kürzlich in der Presse zu lesen war, auch mit Erfolg, denn in Thüringen haben sich die Anzahl der Bienenvölker und die Anzahl der Imker in den letzten zehn Jahren verdoppelt. So sagt es zumindest der Landesvorsitzende der Thüringer Imker und ihm möchte ich für seine Arbeit danken, diese ist unverzichtbar.

(Beifall DIE LINKE)

Aber auch der stellt fest, dass andere wildlebende Insekten in Thüringen massiv bedroht und deren Bestände bedeutend zurückgegangen sind. Ebenso sieht es mit anderen Tier- und Pflanzenarten aus, auch wenn zum Beispiel durch die Wiederkehr des Wolfes immer auf die eine Art fokussiert wird und sich dann gefühlt immer nur alles um den Wolf dreht. Aber dieser Rückgang der Arten ist zu verzeichnen, obwohl im Rahmen der zweiten Säule, der gemeinsamen Agrarförderung immer auch Maßnahmen gefördert wurden, die darauf abzielten, die Artenvielfalt zu erhöhen. Es ist offensichtlich, dass die Maßnahmen und Förderungen nicht genug sind und keinen spürbaren Unterschied machen.

Gehen wir also noch einmal an die Ursachen heran. Wir leben in einer völlig durchgestylten Kulturlandschaft, in der Freiflächen, land- und forstwirtschaftliche Flächen dazu noch weiter zugebaut und

**(Abg. Dr. Scheringer-Wright)**

zerschnitten werden. Der gravierende Flächenfraß ist noch nicht gestoppt. Seit den 1980er-Jahren hat eine extreme Intensivierung der Land- und Forstwirtschaft stattgefunden. Das zeigt sich schon an den gestiegenen Erträgen. Aber gleichzeitig hat der flächendeckende Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln extrem zugenommen, und zwar mengenmäßig in allen Bereichen: in der Landwirtschaft, in der Forstwirtschaft, auf Flächen wie Parks, Anlagen und Plätzen und in Haus- und Kleingärten. Unsere Dörfer, Wege, Straßenränder sind extrem aufgeräumt, sauber. Sauberkeit in einer natürlichen Umwelt bedeutet immer Artenarmut. Natürlich macht sich beim weltweiten Artensterben inzwischen auch die Übernutzung der Ökosysteme und Ressourcen drastisch bemerkbar, zum Beispiel durch den Kraftfuttermittelanbau in Ländern wie Brasilien, durch Bergbau, Überfischung und nicht zuletzt auch Klimawandel. Der Klimawandel führt dazu – das können wir auch in Thüringen sehr gut beobachten –, dass es einerseits mehr Schädlinge gibt und sich andererseits die Ökosysteme nicht mehr erholen können. Über den Wald reden wir nachher noch.

Ich bin davon überzeugt, dass der Artenschwund nur durch eine grundsätzliche Umstellung in den Produktionsweisen und der Verwertungs- und Konsumlogik gestoppt werden kann. Das meine ich nicht als Angstkampagne, sondern als Hoffnung für die Zukunft. Es wurden jetzt einige Gesetze auf den Weg gebracht, die sich auch mit diesem Problem befassen, aber es bleibt natürlich noch viel zu tun, zum Beispiel Kohleausstieg bis 2030, drastische Reduzierung des chemischen Pflanzenschutzzeinsatzes, der Vernetzung von Biotopen,

**Präsidentin Diezel:**

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:**

mehr Wildwuchs, mehr ökologische Unordnung, denn Vielfalt ist bunt, im ökologischen wie auch im politischen Sinne. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Für die Fraktion der AfD hat Abgeordneter Kießling das Wort.

**Abgeordneter Kießling, AfD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste auf der

Tribüne und im Netz! Derzeit werben die Grünen zur Wahl des EU-Parlaments mit Plakaten, auf denen geschrieben steht: „Eine mutige Gesellschaft lässt sich keine Angst machen.“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch mit dem vorliegenden Antrag wollen die Grünen der mutigen Gesellschaft aber nun doch Angst machen. Millionen Tier- und Pflanzenarten drohen laut Antrag von der Erde zu verschwinden, sogar vom Massenaussterben ist die Rede; die Anstrengungen in Thüringen müssten erhöht werden, damit wir Menschen als Konsequenz überleben können. Wieder einmal beschwören die Grünen ein Weltuntergangs- und Katastrophenszenario herbei – war es früher der saure Regen oder das Ozonloch, ist es heute das CO<sub>2</sub> usw.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielleicht standen Sie zu lange im sauren Regen! Das würde einiges erklären!)

Das Kerngeschäft der Grünen ist und bleibt eben die Angstmacherei. Sie schüren gern die Angst und die Furcht vor Horrorszenarien, machen jede Sachfrage zu einer grundsätzlichen Moralfrage und leiten davon schließlich eine Verbotspolitik zulasten der einfachen Bürger ab.

(Beifall AfD)

Für echten Umwelt- und Artenschutz brauchen wir die Grünen aber nun wirklich nicht, meine Damen und Herren, denn wie Sie erst kürzlich bei der Debatte um die Nilgans-Problematik gezeigt haben, haben Sie als Grüne beim Artenschutz nicht nur kläglich versagt. Sie als Stadtbewohner haben uns auch gezeigt, dass Sie vom Land nicht sehr viel verstehen.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber Sie, oder was?)

Sie haben mit Ihrer ideologisch verblendeten Energiepolitik, welche die Gesetze der Physik missachtet, und den damit auch einhergehenden Maiswüsten sowie der Verspargelung der Landschaften einen nicht unbedeutenden Teil zum Artensterben in Thüringen beigesteuert.

(Beifall AfD)

Zahlreiche offenbar von Windkraftanlagen getötete Vögel, Fledermäuse und Insekten sowie die Verantwortung der ehemaligen grünen Bundeslandwirtschaftsministerin Künast als Urheberin des Biomasse-/Biogaskonzepts im EEG belegen dies eindrücklich.

**(Abg. Kießling)**

(Beifall AfD)

Sie haben als Referenz einen Verband benannt, der auf unsägliche Weise mit einem Kartenspiel bei Kindern Stimmung gegen Jäger machen möchte – das trägt auch nicht zu einer Versachlichung der Debatte bei. Eine Versachlichung bei Ihnen ist jedoch dringend geboten, denn Ökonomie und Ökologie müssen – anders als für die Grünen – kein Gegensatz sein. Wir sind davon überzeugt, dass der Arten- und Umweltschutz nicht gegen die Landnutzer, sondern nur mit ihnen betrieben werden kann und muss, denn eine gesunde Artenvielfalt liegt in deren ureigenstem Interesse.

(Beifall AfD)

Das beinhaltet auch, dass keine Windkraftanlagen mit horrendem Flächenverbrauch in Thüringer Wäldern gebaut werden dürfen. Noch dazu werden Wälder abgeholzt, wodurch Umwandler von CO<sub>2</sub> in Sauerstoff vernichtet werden. Auch die Fluginsekten und auch nicht bedrohte Arten wie zum Beispiel der Schwarzstorch, der Rotmilan oder der Uhu usw. können die rotierenden Windmühlen in ihren Flugbahnen nicht gebrauchen. Immer mehr Insekten verwirrt die nächtliche Beleuchtung der Windräder und ebenso sterben laut Deutschem Zentrum für Luft- und Raumfahrt circa 1.200 Tonnen Insekten pro Jahr durch die Rotoren, die wiederum unseren Vögeln als Nahrungsgrundlage fehlen.

Was ist mit den getöteten Vögeln – wie zum Beispiel dem Weißstorch – entlang den Bahn- und Hochspannungstrassen, welche die lieben Grünen nun verstärkt auch noch durch Deutschland ziehen möchten? Was ist mit den getöteten Vögeln an den Glasscheiben? Wollen Sie jetzt die Häuser entglasen? Auch die Schlagopferzahlen an Zügen mit bis zu 61 Vogelschlägen pro Streckenkilometer ist etwa doppelt so hoch wie am Kfz auf Autobahnen, wo Sie doch mehr Züge statt Kfz fordern. Jedes Jahr fallen in den Staaten rund um das Mittelmeer mindestens 25 Millionen Zugvögel der meist illegalen Jagd zum Opfer, so schreibt es zum Beispiel „spektrum.de“: Auch die giftdominierte großindustrielle Landwirtschaft in den USA fordert Opfer an Insekten und Vögeln im Gegensatz zu unserer kleinräumigen Landwirtschaft in Thüringen.

Auch hier gibt es keine echte Debatte. Also lassen Sie endlich die eigennützige Angstmacherei außen vor und kehren Sie zurück zu echter und sachlicher Artenschutzpolitik,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So wie Sie, oder was?)

einer Politik, der Sie in Ihrem CO<sub>2</sub>-Wahn und Windwahn schon lange den Rücken gekehrt haben.

Gern auch würden wir das im Ausschuss diskutieren, im Umweltausschuss. Auch die Vernichtung der Regenwälder soll hier nicht unerwähnt bleiben, die ebenfalls maßgeblich zu einer Verringerung der Artenvielfalt beiträgt. Wir als AfD werden die Dinge beim Namen nennen und setzen uns auch für echten Natur- und Umweltschutz ein. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Für die Fraktion der SPD hat Frau Abgeordnete Becker das Wort. Bitte schön.

**Abgeordnete Becker, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Zerstörung der biologischen Vielfalt bedroht die Menschheit mindestens so sehr wie die Klimakrise, sagte Hubert Weiger, BUND-Bundesvorsitzender, vor zwei Tagen in seinem Bericht. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass wir eine Artensterbenvielfalt haben, wie wir es in den letzten hundert Jahren nie gehabt haben. Ich bin aber nicht dafür, immer anderen gegenüber die Schuldzuweisungen zu machen. Auch können wir uns nicht gegeneinander ausspielen. Wir brauchen die Windenergie und wir brauchen den Schutz der Vögel. Das ist nun mal so. Frau Lehmann hat eben dankenswerterweise bei ihrer Fraktion herumgefragt, wer denn ein Insektenhaus oder -hotel hat.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Ich!)

Wir müssen alle vor unserer eigenen Haustür anfangen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe das Glück, im ländlichen Raum zu wohnen, und ich muss die Auseinandersetzung schon immer mit meinem Mann führen, weil der immer sagt: Jede Distel, jede Brennessel ist kein Unkraut. Ich sage immer, dass es aber schon schöner aussieht, wenn da mal keine Brennesseln stehen. Aber er sagt: Nein, sie bleiben stehen. Das ist so bei uns im Garten.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da hat er recht!)

Er hat recht – natürlich. Aber die Tulpen müssen ja auch mal zu sehen sein. Wir sind der einzige Garten, der naturbelassen ist. Rechts und links haben wir englischen Rasen. Ich wohne auf dem Dorf, das ist ganz schwierig, weil die Nachbarn immer sagen: Dagmar, wann willst du denn mal aufräumen? Da sage ich: Mein Garten ist aufräumt.

(Beifall DIE LINKE)

**(Abg. Becker)**

Der ist aufgeräumt und der steht für die Natur zur Verfügung. Das bleibt auch so. Frau Tasch, Sie wissen das auch, es ist ganz schwierig, so im ländlichen Raum durchzukommen. Aber Gott sei Dank können es von der Straße nicht alle einsehen, es sehen nur die Nachbarn rechts und links, also geht es mir gut. Ich will damit nur sagen: Wir müssen wirklich jeder für uns selber entscheiden, was wir tun und wo wir helfen können. Das ist ganz einfach. Amsel, Drossel, Fink und Star, das sind unsere Lieblingsvögel. Die Deutschen sind damit groß geworden und sie leben damit. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass unsere Kinder diese Vögel noch kennen, sonst können sie sie nämlich auch nicht schützen. Nur wer die Landschaft, die Bäume und die Vögel auch kennt, weiß, wie man damit umzugehen hat.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ganz wichtig, dass wir auch die Umweltbildung ganz hoch stellen und sagen, in der Schule muss mehr dafür getan werden. Da fangen wir mit Artenschutz an. Wichtig ist, dass die Menschen auch wissen, was geschützt werden soll. Wir dürfen uns bei einem Autobahnbau nicht wieder über den nächsten Krötentunnel lächerlich machen. Wir müssen sagen: Das ist richtig, das ist wichtig, das ist gut für unsere Artenvielfalt. Auch wie wir miteinander umgehen, da können wir Beispiele setzen, um zu sagen, wir schützen unsere Natur. Wir müssen nicht nur auf den Regenwald schauen – das ist schlimm genug, darüber will ich nicht reden –, sondern wir müssen in Deutschland, wir müssen in Thüringen unsere Akzente setzen, damit wir etwas tun, was wir auch tun können.

Einkaufsverhalten. Frau Tasch, Sie haben auch immer gesagt, Sie packen keine Weihnachtsgeschenke mehr ein, weil das unnützlich ist.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU)

Ja, das sind Kleinigkeiten, kein Geschenkpapier, genau – ohne.

Oder auch beim Einkauf mit dieser Plastikmanie. Das ist doch so furchtbar, dass wir beim Einkauf getrieben werden, dass die Zahnpasta auch noch extra in Plastik eingepackt ist oder irgendwie. Das muss doch nicht sein. Da müssen wir aber anfangen und sagen, das geht so nicht. Wir als Käufer können das Kaufverhalten beeinflussen. Manchmal erwischt man sich selber, dass man wieder das Falsche tut. Es ist ganz, ganz wichtig, dass wir immer von uns selber ausgehen und selber zur Kenntnis nehmen, was können wir tun und was können wir nicht tun. Ich möchte nicht auf andere zeigen, ich möchte für mich selber entscheiden, was zu tun ist.

Das hilft nicht, das ist klar, das ist nur ein kleiner Ansatz. Aber was ich selber denke und tue, das kann ich dann vielleicht auch auf andere übertragen. Das halte ich für ganz, ganz wichtig.

Frau Dr. Scheringer-Wright hat schon etwas angesprochen, worum ich auch schon lange kämpfe, auch in meiner Gemeinde durchgekommen bin – das sind die Straßengräben. Warum müssen die denn so oft im Jahr gemäht und immer beidseitig gemäht werden? Eine halbe Seite kann stehen bleiben. Damit entsteht keine Gefahr für die Autofahrer. Das haben wir auch schon lange besprochen. Kleinigkeiten sind so wichtig, dass wir das jetzt angehen. Natürlich muss die Politik auch handeln – das sehe ich auch –, die Bundesregierung; die Landesregierung macht es schon, wir haben schon ein Klimaschutzgesetz und sind da auf gutem Wege.

Frau Tasch, aus der Nutzung nehmen: 25.000 Hektar standen schon im alten Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU, jetzt haben wir 26.000 Hektar und davon sind noch 7.000 Hektar aus Bundflächen, die wir dazugenommen haben. Wir sind nicht mit Waldstilllegungen so groß vorangekommen, sondern wir haben das gemacht, was notwendig und wichtig ist. Wir sind nicht darüber hinausgegangen. Das wollte ich nur sagen.

Leider sind die 5 Minuten um. Vielleicht können wir uns einigen, im Umweltausschuss noch mal darüber zu reden. Das wäre ganz wichtig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Bis auf die Fraktion der AfD mit 30 Sekunden hat keine Fraktion mehr Redezeit. Aber die Landesregierung hat Redezeit. Bitte schön, Frau Ministerin.

**Siegismund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste auf der Tribüne! Herzlichen Dank an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für diese Aktuelle Stunde! Seit Jahrmillionen gilt auf dieser unserer Erde, Tier- und Pflanzenarten entwickeln sich. Das Ganze nennt man Evolution und das war auch der normale Lauf der Dinge, bis wir seit einigen Jahrzehnten einen dramatischen Veränderungsdruck auf intakte Ökosysteme feststellen.

Das ist ja nichts Neues. Ich meine, 1962 veröffentlichte Rachel Carson, die amerikanische Biologin, das Buch „Der stumme Frühling“, schlug Alarm, die Umweltbewegungen weltweit entstanden. Und bis heute, wo wir uns mit dem ersten Biodiversitätsbe-

**(Ministerin Siegesmund)**

richt der Vereinten Nationen auseinandersetzen müssen, gibt es dramatische Entwicklungen, die man auch benennen muss. Die Frage ist nur: Wenn wir kein Erkenntnisproblem haben, warum folgt dann so wenig daraus?

Zum Benennen gehört, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir eben heute eine Situation haben, in der unsere Felder voll mit Chemie sind, um Erträge zu maximieren. Dazu gehört, dass Süßwasserflüsse zu Salzwasserstraßen geworden sind, um den Dünger dafür zu produzieren und zu transportieren. Dazu gehört, dass Flächen zubetoniert, Vorgärten gepflastert werden – Sie haben es genannt. Zum Benennen gehört, dass Flüsse und Meere voller Plastikmüll sind und die Mägen der darin lebenden Tiere auch. Und schlussendlich entsteht der Veränderungsdruck deswegen, weil mit einem nie gewesenen Anpassungsdruck, nämlich dem Klimawandel, Ökosysteme völlig überfordert sind. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Dramatische und der große Unterschied, vor dem wir heute stehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wucht dieser Veränderungen in Summe können Ökosysteme und viele Arten einfach nicht begegnen, weil Evolution sich noch nie über Nacht vollzogen hat und es auch jetzt nicht kann. Die Dramatik des Berichts, dass bis zu einer Million Tier- und Pflanzenarten in den nächsten Jahrzehnten von der Erde spurlos verschwunden sein werden, kann man nicht klar genug unterstreichen. Zu diesem Schluss kommt eben der am Montag veröffentlichte Bericht. Darin heißt es, dass ein verheerendes Massenaussterben ohne Beispiel bereits im Gange sei. Das betrifft uns alle. Deswegen Danke für die mögliche Aussprache dazu heute.

Robert Watson, der Vorsitzende des Weltbiodiversitätsrats, sagte wörtlich am Montag, Zitat: „Wir erodieren global die eigentliche Basis unserer Volkswirtschaften, Lebensgrundlagen, Nahrungsmittelsicherheit und Lebensqualität.“ Übersetzt – ich bringe es mal auf den Punkt –: Wir sägen an dem Ast, auf dem wir sitzen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber muss geredet werden. Watson sagt weiter: Die Weltgemeinschaft muss sich dringend vom wirtschaftlichen Wachstum als einzigem Mantra abwenden hin zu nachhaltigen Systemen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, wie oft haben wir uns hier schon mit dem Thema „Nachhaltigkeit“ beschäftigt? Wir wissen

doch, dass es darauf ankommt, hier in Thüringen auch zu handeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren: „Alles hängt mit allem zusammen.“ Vor 200 Jahren hat der große Humanist Alexander von Humboldt genau diese Erkenntnis formuliert. Als Universalgelehrter sei er hier noch mal zitiert, weil ich finde, dass es umso wichtiger ist, diese Zusammenhänge zwischen Klimaschutz, Artensterben und dem Ast, auf dem wir sitzen, noch mal deutlich zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der siebten Klasse jeder Schule wird die Nahrungspyramide als ökologisches Grundprinzip behandelt. In ihr bilden die Vielfalt und Menge an Pflanzen- und Insektenarten die Basis unseres Lebens. Wir reden nicht über das Hobby einer einzelnen Partei, wir reden auch nicht über irrlichternde Vorschläge von rechts, wir reden über unsere Lebensgrundlagen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssten es besser wissen. Ich verwies bereits auf das Buch „Der stumme Frühling“ von Rachel Carson und die Diskussion seit den 60er-Jahren.

Nichtsdestotrotz haben wir 2019 zu vermelden, dass wir 40 Prozent weniger Feldvögel als zu Beginn der 80er-Jahre in unserer Natur haben – 40 Prozent! Der Rückgang der Vogelbestände ist ein Zeichen dafür, dass Wiesen und Felder veröden. Den Tieren fehlt es an Brutplätzen und an Nahrung wie Insekten und Wildkräutern. Wir verlieren an dieser Stelle eine Vielfalt, die hat die Abgeordnete Becker gerade adressiert, das ist wichtig zu nennen.

In einem weltweit einzigartigen Versuch, den will ich an dieser Stelle erläutern, der in Jena stattgefunden hat, wurden in über fünfzehn Jahren insgesamt 80.000 Messungen einer interdisziplinär und international aufgestellten Arbeitsgruppe durchgeführt, um mal zu untersuchen, inwiefern wir tatsächlich davon auch betroffen sind. Auf mehr als 500 Versuchspartnern hatten die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen unterschiedliche Pflanzenarten angesät, von Monokulturen bis zu Mischungen aus 60 Arten, und konnten zeigen, dass die negativen Effekte des derzeitigen Artenverlusts im Ökosystem überhaupt erst nach einigen Jahren sichtbar werden – die Natur braucht ihre Zeit – und die Natur viele, viele Jahre braucht, um das am Ende auch wieder zu kompensieren. Die Natur braucht uns nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber wir, wir brauchen die Natur.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist genannt worden: Insekten erbringen elementare Ökosystemdienstleistungen – darauf ist Abge-

**(Ministerin Siegesmund)**

ordnete Dr. Scheringer-Wright eingegangen. Ich will mich vielleicht, was das Beispiel Insekten betrifft, noch einmal auf die Wildbiene konzentrieren. Allein in Deutschland kommen 560 Wildbienenarten vor, die eine hohe Bedeutung als Bestäuber haben, Tendenz natürlich sinkend, weil mehr als die Hälfte der Wildbienenarten inzwischen gefährdet ist und auf der Roten Liste steht. Wer von Ihnen gern Kirschen isst, weiß, dass es ohne Wildbienen keine Kirschen gibt. Von daher ist der Zusammenhang schnell erläutert. Wir müssen etwas tun, dass wir den Verlust der biologischen Vielfalt und damit einhergehende ökonomische Risiken eindämmen. Ich denke, das ist deutlich geworden.

Es muss sich einiges ändern – und um auf den Bericht des Weltbiodiversitätsrats zurückzukommen: Gravierende Folgen für uns Menschen weltweit, so sagt es der Bericht, seien, wenn es so eintritt, wie der Bericht es tatsächlich in der Härte postuliert – noch ist es nicht zu spät zu handeln –, sehr wahrscheinlich. Deswegen müssen wir auch so klar darüber reden, was zu tun ist. Das ist auch kein falscher Alarmismus. Im Gegenteil, das ist das Notwendige, was jetzt zu tun ist, um unsere Lebensgrundlagen zu schützen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Biodiversität, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist unser gemeinsames Welterbe und das wichtigste Sicherheitsnetz für das Überleben und die Lebensqualität von uns und Ihnen allen. Und, Frau Tasch, so sehr ich Ihnen in vielen Punkten zustimme, einige Blühstreifen allein sind ein gutes Beispiel,

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das habe ich nur als ein Beispiel genannt!)

– genau –, aber wir müssen schon wirklich noch mehr tun. Ich habe Ihnen ein Beispiel genannt: Wir müssen die Forschung intensivieren, Jena sei genannt. Und ja, Artenvielfalt erhalten heißt auch, etwas für nutzungsfreie Wälder zu tun. Das haben wir gemacht, wir haben auch mit den entsprechenden zusammenhängenden Wildnisflächen hier etwas dafür getan, dass sich Arten stabilisieren können.

Wir haben das Schutzgebietsnetz Natura 2000 mit entsprechenden Natura-2000-Stationen entwickelt. 56 hauptamtliche Unterstützerinnen und Unterstützer für die Umsetzung der Managementpläne, die wir geschrieben haben, sind im Land unterwegs und kümmern sich darum, dass Artenvielfalt in Thüringen groß geschrieben wird. Ja, wir haben den Biotopverbund, nach dem sich die Bayern nach wie vor durchaus sehnen, in einer Größe, die die Bayern auch im Volksbegehren summarisch aufgelistet haben, da sind wir sogar schon weiter. Wir können

stolz sagen, dass wir mit unserem Landesprogramm Gewässerschutz gewässerökologisch bundesweit Akzente setzen. Ja, wir haben ein Klimagesetz. Auch damit setzen wir eine Menge um und mit dem Wassergesetz, was wir hoffentlich am Freitag beschließen werden, werden wir auch, wenn es um den Zusammenhang von gewässerökologischen Fragen und den Schutz von Insekten in Form unserer Uferandstreifen geht, Maßstäbe setzen, die in Bayern zwar im Volksbegehren stehen, aber längst nicht umgesetzt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, viel ist getan worden, aber eine echte Agrarwende gehört mit dazu, die muss genannt werden, die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2020 ist gerade in der Diskussion. Wir brauchen dort den Systemwechsel, damit diejenigen, die naturverträglich wirtschaften, dafür auch belohnt werden. Da muss das Geld auch hin, damit es ein Miteinander gibt – da bin ich sehr bei denen, die das einfordern –, ein Miteinander derer, die die Flächen bewirtschaften, von Natur- und wirtschaftlichen Interessen. Da müssen wir hin. Wir brauchen ein ganz klares Berücksichtigen dessen, dass die Natur unsere Lebensgrundlage ist, dass wir eine Vielfalt nur dann erleben, wenn wir auch Rücksicht darauf nehmen, dass diese Vielfalt erhalten und nicht ausgebeutet wird.

Deswegen ist Humboldts Satz, meine sehr geehrten Damen und Herren, aktueller denn je: „Alles hängt mit allem zusammen.“ Also legen wir los – in den Kommunen, im Land und natürlich auch auf europäischer Ebene. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Und bei einem selbst!)

**Präsidentin Diezel:**

Vielen Dank. Ich schließe den ersten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **zweiten Teil** der Aktuellen Stunde

**b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Fehlende Zeugnisnoten: Die Bildungskatastrophe muss nicht verwaltet, sondern beendet werden“**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 6/7138 -

Ich eröffne die Aussprache und Frau Abgeordnete Muhsal von der AfD-Fraktion hat das Wort.

**Abgeordnete Muhsal, AfD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Gäste, es ist erschütternd: Erneut erhalten Schüler und Eltern eine Hiobsbotschaft. In fast 650 Schulklassen fehlen Noten auf den Halbjahreszeugnissen. Weil die Landesregierung nicht genügend Lehrer eingestellt hat, konnte der Unterricht in bestimmten Fächern nicht stattfinden und konnten also auch keine Noten vergeben werden. Geht man bei 650 Schulklassen von nur 20 Schülern pro Klasse aus, so sind sage und schreibe mindestens 13.000 Schüler von diesem Aussetzer in der rot-rot-grünen Bildungspolitik betroffen. Herr Minister Holter, ich sage Ihnen deutlich: Was Schüler am Ende des Schuljahres bekommen, nennt sich „Zeugnis“ und nicht „Lückentext“. Sie sind als Minister dafür verantwortlich, dass das ordnungsgemäß passiert, und Sie versagen kläglich.

(Beifall AfD)

Unser Grundgesetz stellt das Schulwesen unter die Aufsicht des Staats. Die Thüringer Verfassung proklamiert in Artikel 20 nicht nur ein Recht auf Bildung, sondern sie legt in Artikel 23 Abs. 1 eindeutig fest, dass in Thüringen jedes Kind durch die allgemeine Schulpflicht dazu gezwungen ist, eine Schule zu besuchen. Wenn der Staat eine Schulpflicht bestimmt, dann ist er auch selbst in der Pflicht, einen regulären Unterricht zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass das Recht unserer Kinder auf Bildung auch inhaltlich ausgefüllt wird.

Unsere Kinder haben ein Recht auf Bildung. Das wird von der Landesregierung derzeit nicht gewährleistet.

(Beifall AfD)

Statt Lösungen hören wir vom Bildungsminister nur peinliche Ausreden. Im zweiten Halbjahr sollen beispielsweise viele Stunden dadurch nachgeholt werden, dass epochal unterrichtet werde. Wir fragen uns, Herr Minister: Wer soll denn bitte epochal unterrichten? Etwa die Lehrer, die überhaupt gar nicht da sind? Für wie beschränkt halten Sie eigentlich die Bürger dieses Landes?

(Beifall AfD)

Aber zur Sicherheit schiebt der Minister ja gleich das für ihn Relevante hinterher. Er könne „nicht versprechen, dass jeder Schüler jede Zensur bekommen wird“. Dies, meine Damen und Herren, ist eine Kapitulation der Regierung auf ganzer schulpolitischer Linie, weil hier die elementaren Bildungsleistungen des Staates schlicht nicht mehr erfüllt werden.

(Beifall AfD)

Sie begnügen sich mit der Verwaltung des Mangels. So hat man es in der DDR auch gemacht – nicht wahr, Herr Minister? Ausbaden muss es die nachwachsende Generation. Fallen im ersten Halbjahr so viele Stunden aus, dass keine Noten gegeben werden können, so ist auch für das zweite Halbjahr davon auszugehen, dass in der Regel genauso viele Lehrer fehlen. Am Ende werden wohl also auch Abschlusszeugnisse Lücken aufweisen.

Was macht das dann wohl für einen Eindruck, wenn Jugendliche sich mit unvollständigen Zeugnissen bei heimischen oder auch auswärtigen hart arbeitenden Betrieben bewerben? Die staatlich verschuldete Bildungslücke ist für jeden ersichtlich dokumentiert.

Wenig zielführend ist es auch, auf andere Bundesländer zu verweisen, wo es – wie man hört – ähnlich schlecht steht. Das ist doch kein Trost. Überall sind es dieselben Truppen, die uns in dieses Desaster hineinmanövriert haben und sich jetzt weigern, die Ärmel hochzukrempeln und zu zeigen, dass wir kein Entwicklungsland sind.

(Beifall AfD)

Es sind die Vertreter der Altparteien, von der CDU über die Grünen bis zur Linken. All diese Leute, die von der Rettung der Welt oder mindestens der Rettung Europas trällern, sie alle versagen bei einer der fundamentalen Staatsaufgaben vor der eigenen Tür. Es wird Zeit, dass dieser Spuk beendet wird.

(Beifall AfD)

Bildung ist das Wichtigste für unsere Kinder und diese derzeitige Bildungskatastrophe darf eben nicht länger verwaltet, sondern muss beendet werden. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Präsidentin Diezel:**

Vielen Dank. Als Nächster hat Abgeordneter Wolf von der Fraktion Die Linke das Wort.

**Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne! Diese Aktuelle Stunde ist überschrieben mit „[...] Bildungskatastrophe muss nicht verwaltet, sondern beendet werden“. Das Einzige, was eine Katastrophe war, war wieder einmal die Rede von Kollegin Muhsal hier im Haus.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**(Abg. Wolf)**

Tatsächlich hat sie eigentlich überhaupt nicht zum Thema gesprochen, sondern es war bestenfalls ein Allgemeinaufriss einer Beschreibung, die so noch nicht einmal zutrifft.

Sehen wir uns die genauen Zahlen an, die hier nur schlaglichtartig gestreift worden sind, dann stellt es sich so dar, dass an den Thüringer Schulen im Halbjahr tatsächlich Zeugnisnoten fehlen. Jedes Zeugnis ohne vollständige Noten ist ein Zeugnis zu viel. Daran wird aber intensiv gearbeitet. Aber tatsächlich ist es so, sieht man sich die Zahlen an, von den 644 Zeugnissen mit mindestens einer fehlenden Note gab es genau 2 Prozent an den Grundschulen, 2,4 Prozent an den Gemeinschaftsschulen oder Gesamtschulen, 3,5 Prozent an den Gymnasien und – jetzt kommt es, Kollegin Muhsal – 17,2 Prozent an den Regelschulen.

Was ist also das Problem? Wir haben eine Schulart – und das ist eine Schulart, die insbesondere im gegliederten Schulsystem noch als Einzige da steht –, die uns vor besondere Herausforderungen stellt. Was ist die Herausforderung und was machen wir diesbezüglich? Was macht die Landesregierung, was machen die regierungstragenden Fraktionen? Diese Schulart Regelschule ist mit einem Amt versehen, welches derzeit in der A 12 mit Zulage bezahlt wird. Wir haben schon in dieser Legislatur die Zulage auf die hälftige A 13 beschlossen, um das Amt attraktiver zu gestalten. Wir haben aber das Problem, dass wir schlicht und einfach in der Vergangenheit zu wenig junge Menschen dafür gewinnen konnten, dieses Lehramt zu studieren. Wenn Sie sich mal die realen Zahlen ansehen, ist es so, dass derzeit 380 Studierende dem Studiengang Regelschullehramt nachgehen, aber 2.919 das Gymnasiallehramt studieren und 477 sich für die Grundschule eingeschrieben haben. Im Vorbereitungsdienst sind es für die Regelschule 145 – wir haben alle übernommen, die sich beworben haben –, Gymnasium 355, Grundschule 332. Sieht man sich mal die Bedarfszahlen für die nächsten Jahre an, und zwar für die nächsten fünf Jahre, von 2020 bis 2025, stelle ich fest, von den 145 und den nur 380 derzeit im Vorbereitungsdienst Befindlichen müssten wir jedes Jahr zwischen 250 und 310 Regelschullehrer einstellen. Das heißt, wir tun gut daran, alle Kraft daran zu setzen, das Regelschullehramt zu stärken –

(Beifall DIE LINKE)

hier haben wir das größte Problem –, und das machen wir, indem die Regelschullehrer ab dem 01.01.2020 die A 13 bekommen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Einzigen, die das kritisieren, sitzen hier auf dieser Seite, das ist die AfD-Fraktion, die sagt, das ist sozusagen das Ende des gegliederten Schulsystems. Nein, das ist eine Anerkennung und eine Aufwertung dieses wichtigen Lehramts und wir gehen genau da den richtigen Weg.

(Beifall DIE LINKE)

Was macht die Landesregierung sonst noch, um es zu stärken?

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Zu wenig!)

Wir haben seit gut drei Jahren eine intensive Diskussion hier im Land, und zwar mit der Reformkommission Schule, mit Minister Holter, eingesetzt vom Ministerpräsidenten, die Vorschläge für alle Schularten unterbreitet hat. Diese Vorschläge wurden breit diskutiert: in der Fachöffentlichkeit, mit den Lehrerinnen und Lehrern, mit den Verbänden, mit den Schülervereinigungen, Elternvertretern usw. Das Ganze ist in einen Thüringenplan gemündet und der Thüringenplan – das können Sie sich gern im Netz ansehen – ist heute schon zu gut 80 Prozent abgearbeitet. Wir haben ein Schulgesetz vorgelegt, welches genau die Thematik beinhaltet, wie wir zu einer besseren Lehrerversorgung kommen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Einzigen, die im Bildungsausschuss keinen Antrag zum Schulgesetz eingebracht haben, sind die AfD und leider auch die CDU, das ist ein Armutszeugnis für diese ehemals große Partei. Schlussendlich stelle ich fest, diese Regierung und die sie tragenden Regierungsfaktionen handeln, damit beste Schule, bester Unterricht für alle Kinder hier in Thüringen sichergestellt werden kann. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Tischner das Wort.

**Abgeordneter Tischner, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen, sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne, wir haben jetzt zwei Reden gehört. Die eine Rede, die alles schwarz malt, die andere Rede, die alles schön malt. Wahrscheinlich ist der Weg irgendwo dazwischen. Die Problematik dieser Aktuellen Stunde ist keine neue Aktuelle Stunde. Neu an der Thematik ist allerdings, wenn man die Kleinen Anfragen, aus denen Herr Wolf ja schon zitiert hat, mal zusammenlegt, die ich in den letzten drei Jahren zu dieser

**(Abg. Tischner)**

Problematik gestellt habe: Im Schuljahr 2016/2017 waren 478 Klassen in Thüringen von fehlenden Zeugnisnoten betroffen. Ein Jahr später, im Schuljahr 2017/2018, waren es schon 610 Klassen, die davon betroffen waren, und im Schuljahr 2018/2019 sind es nun 644 Klassen, die davon betroffen sind.

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Wie viele Lehrer haben Sie bis 2014 eingestellt?)

Das ist innerhalb von zwei Jahren eine Steigerung von nahezu 30 Prozent an Klassen und Schülern, die auf Zeugnissen keine Note bekommen; fast 13.000 Schülerinnen und Schüler, 3.000 Schüler mehr als vor zwei Jahren, denen das Recht auf vollständige Zeugnisse verweigert wird. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind erneut die Thüringer Regelschulen. Herr Wolf, keinen einzigen Vorschlag habe ich jetzt in Ihrer Rede gehört, wie Sie die Regelschule stärken wollen. Die Angleichung, auf die Sie verweisen, ist von den Bundesländern um Thüringen herum schon lange vollzogen. Wir müssen endlich dazu kommen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Das hätte die CDU in den 20 Jahren auch mal machen können!)

Alle anderen Bundesländer um uns herum, die die A 13 für Regelschulen eingeführt haben, stellen übrigens einen CDU-Kultusminister, Frau Kollegin.

Der Vergleich über die Jahre zeigt auch ein weiteres Phänomen: Waren vor zwei Jahren vor allem zwei Schulamtsbereiche von der Problematik fehlender Zeugnisnoten betroffen, nämlich Nord- und Ostthüringen, ist es inzwischen ein flächendeckendes Problem. Massive Steigerungen in Mittelthüringen mit 147 Klassen, in Westthüringen 134 Klassen, Nordthüringen – immer noch Spitzenreiter – mit fast 170 Klassen. Diese steigenden Zahlen – überall, landauf, landab – sind inzwischen, so kann man sagen, zum Markenzeichen der Bildungspolitik von Linken, SPD und Grünen in unserem Land geworden. Es ist ein Armutszeugnis, wenn der zuständige Minister jetzt ankündigt: Wir können auch zum Schuljahresende nicht garantieren, dass die Zeugnisse vollständig sind. Schüler haben eine Schulpflicht, aber Schüler haben eben auch ein Recht auf eine vollständige Benotung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zwei Jahre nach einer Regierungserklärung, die den Thüringerinnen und Thüringern die Unterrichtsgarantie angekündigt hat, sind wir von dieser weiter entfernt denn je. In der Tat: Vieles wurde diskutiert, manches wurde auf den Weg gebracht, weniges beschlossen, aber vieles wurde im Vollzug – und das ist das Problem – halbherzig umgesetzt, einerseits, weil handwerklich schlecht gemacht, andererseits,

weil Rot-Rot-Grün manche Maßnahme, die sie beschließt, selbst nicht so richtig will. Ich denke nur an die Verbeamtung oder an die Seiteneinsteiger.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Das hat doch die CDU in der letzten Legislatur verhindert!)

Ihr größtes Problem ist nämlich: Sie ordnen die dringend benötigten Sofortmaßnahmen zur Bewältigung des Generationswechsels einer bildungspolitischen Ideologie unter, die auf Gleichmacherei setzt. Vier Beispiele: Regelschullehrerbesoldung verbessert – erster Schritt, zweiter soll kommen, gleichzeitig Beförderungssystem in Thüringen abgeschafft. Seiteneinsteiger in den Schuldienst eingeführt, weniger eingestellt und Qualifizierungsverfahren nicht ausreichend entwickelt. Unterjährige Einstellungen zugelassen, aber fehlende Personalplanung und zentralistische Steuerung erschweren dieses Instrument. Schulbudgets eingeführt – Wirkung und Zielstellung verfehlt. Es bleibt dabei: Wir brauchen wirksame Sofortmaßnahmen, wir brauchen kein Schulgesetz, was die Probleme noch mehr verstärken wird, wir brauchen mehr Ausbildung, wir brauchen attraktive Stellen und schnelle Einstellungsverfahren und unsere Schülerinnen und Schüler brauchen alle Noten auf den Zeugnissen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Als Nächste hat Frau Abgeordnete Mühlbauer von der SPD-Fraktion das Wort.

**Abgeordnete Mühlbauer, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine werten Damen und Herren, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen! Nein, wir haben nicht umstrukturiert in der SPD-Fraktion. Kollege Hartung hatte am Montag eine OP und ist gesundheitlich noch nicht in der Lage, sich hier den Themen so zu stellen, wie es angemessen wäre. Aus diesem Grund habe ich ihm versprochen, ihn heute hier hoffentlich angemessen zu vertreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir bitte als jemand, der hier eigentlich für Hochschulen zuständig ist, eine Frage zu stellen. Werte Damen und Herren von der AfD-Fraktion, ich denke die ganze Zeit darüber nach: Was ist an dem Thema aktuell? Ich bin jetzt leider nicht gerade der jüngste der Jahrgänge hier im Thüringer Landtag, aber auch zu meiner Zeit gab es Zeugnisse, wo Noten fehlten. Dieses Phänomen gibt es und gab es seit 1990, egal in welcher Farbe der Bildungsminis-

**(Abg. Mühlbauer)**

ter hier diesen Stuhl ausfüllte, in diesem Haus wohnte. Deswegen, Herr Tischner, die Dramatik, die Sie heute hier so darstellen und spielen, ist eine Dramatik, die – Sie wissen ja, im Hintergrund bin ich Ingenieur – mit einer Korrelation verschiedener Faktoren zu tun hat; das möge hier so gesagt werden.

Ich erinnere mich an eine Zeit unter einem CDU-Bildungsminister, wo wir hier sagten: viel zu viele Lehrer im Freistaat Thüringen. Es gibt keine Kinder, wir müssen leider unsere gut qualifizierten Lehrer, übrigens überwiegend damals noch zu DDR-Zeiten qualifiziert, nach Hause schicken. Das Ding nannte sich, glaube ich, Floating – einer der schlimmsten Begriffe. Ergo, die neue Generation lernte: Wenn du in Thüringen arbeiten willst, werde nicht Lehrer. Ergo, wir haben keine Studierenden; ergo, wir haben am Ende des Tages nach einem mehrjährigen Studium – meines Wissens als Hochschulpolitikerin ist man so um die fünf Jahre mit dem Thema beschäftigt, bevor man qualifizierter Lehrer ist – natürlich keine Lehrer, die wir einstellen können. Und, Herr Tischner, diese Bemerkung sei mir wohl erlaubt, weil ich auch in der letzten Legislatur sehr unter dem qualifizierten CDU-Finanzminister Voß gearbeitet habe: Die Argumentation, mehr Geld in Lehrer und Bildung reinzustecken, war schon ein sehr dickes Brett und an dem habe ich mit gebohrt. Und die A13 konnten wir, das heißt Rot- – gut zuhören! – Rot-Grün einführen, und vorher war es Teufelszeug, über solche Dinge überhaupt zu sprechen.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Da haben Sie Ihre Arbeit schlecht gemacht!)

Besonders sei hier gesagt, ich werbe für einen wunderschönen Beruf, meine sehr geehrten Damen und Herren, alle, die mir hier zuhören: Bitte werden Sie Lehrer! Wir haben etwas getan, wir haben – jetzt kommen von mir die Zahlen –, 2.506 unbefristete Einstellungen an Schulen vorgenommen. Es werden noch 1.200 weitere in diesem Jahr folgen. Wir freuen uns auf jeden motivierten, gut qualifizierten Lehrer in unseren Schulen. Und wir sind dran, es zu korrigieren. Nur, sehr geehrte Damen und Herren, 20 Jahre eingebrannter Mist kann man nun in fünf Jahren nicht grundlegend verändern, sondern wir haben ein Fundament gelegt, ein schönes Pflänzlein gepflanzt. Wir werden es weiterhin gießen und dafür Sorge tragen. Und, werter Herr Tischner, am Ende des Tages unterstützt mancher Lehrer in unserem Rund doch besser den Unterricht in Schulen vor Ort als hier mit seinen Beiträgen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Das ist doch unverschämt, Frau Kollegin!)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir noch mal ganz kurz an die erste Aktuelle Stunde denken, da ist die AfD hier nach vorn gegangen und hat uns Grünen Alarmismus vorgeworfen, weil wir vor dem Artensterben gewarnt haben. Wenige Minuten später geht die AfD hier nach vorn und redet im Prinzip vom Zusammenbruch des Bildungssystems, weil auf etwa siebeneinhalb Prozent der Zeugnisse, die zum Halbjahr ausgestellt wurden, Noten fehlen. Warum wage ich diesen vielleicht etwas abenteuerlich anmutenden Vergleich? Weil das eine wie das andere von Ihnen von der AfD eine gnadenlose Zuspitzung, man könnte auch sagen Populismus, ist. Jede Zeugnisnote, die fehlt, ist eine zu viel. Da sind wir uns völlig einig. Und das wissen Sie auch, Herr Tischner, dass wir tatsächlich alles daran setzen, um mehr Lehrerinnen und Lehrer in unsere Schulen zu bringen.

(Beifall DIE LINKE)

Aber da muss ich meiner Kollegin Mühlbauer recht geben, auch wenn sie nicht die Bildungspolitikerin ist: Die Lehrerinnen und Lehrer, die in den letzten 20 Jahren, als die CDU regierte, nicht eingestellt wurden, die fallen auch nicht mal eben von den Bäumen. Das muss man einfach so deutlich sagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ja, dieses Jahr werden etwa 900 Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen in den Ruhestand gehen. Ungefähr so ist das prognostiziert. Und wir werden, so jedenfalls ist der Plan, allein dieses Jahr 1.200 Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Das sind 300 mehr als in den Ruhestand gehen, und das, obwohl es einen beschlossenen Stellenabbaupfad im Thüringer Landtag gibt, den ich im Übrigen falsch finde. Das habe ich hier schon mehrfach ausgeführt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn gerade in unseren Schulen brauchen wir Lehrerinnen und Lehrer, das wissen wir alle. Aber da, wo keine Lehrerinnen und Lehrer sind, wo Stellen

**(Abg. Rothe-Beinlich)**

nicht besetzt werden können, weil wir nämlich ein Fachkräfteproblem und kein Geldproblem haben, da werden wir dem auch nicht beikommen können, indem wir hier vorn nur kluge Reden schwingen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sage ich ganz bewusst, weil das viel Arbeit bedeutet. Was haben wir denn getan? Wir haben die Verbeamtung wieder eingeführt. Über die kann man ja geteilter Meinung sein, aber wir mussten nachziehen, weil unsere Nachbarländer das ebenfalls getan haben. Wir haben die Besoldung der Lehrkräfte in den Grundschulen, in den Regelschulen und in den Förderschulen verbessert. Wir haben eine frühzeitige Bindung von Fachkräften durch Vorverträge auf den Weg gebracht und wir haben heute alle in der Zeitung lesen können, dass es eine Lehrgewinnungskampagne gibt, die darauf abzielt, dass Lehrerinnen und Lehrer aus Thüringen, die ihren Beruf lieben, die diesen Beruf leben, dafür werben, Lehrerinnen und Lehrer an unseren Thüringer Schulen zu werden.

Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass jede frei werdende Stelle auch wiederbesetzt wird, und mit den Haushalten sichergestellt, dass mehr als 4.000 Neueinstellungen in dieser Legislatur geschafft wurden. Das ist schon allerhand. Aber machen Sie sich mal klar, welche Lücke da vorher bestanden hat. Es hat keine Vorsorge gegeben, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, das muss ich hier so deutlich sagen, und da ist es wohlfeil, sich dann hier vorn hinzustellen und darüber zu jammern, dass eine Schulart ausbluten oder von uns kaputt gemacht würde.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gegenteil ist der Fall, es gab keine Planung Ihrerseits, es gab keine Vorsorge Ihrerseits und vor diesem Problem stehen wir jetzt. Aber es hilft ja nichts, darüber zu jammern, sondern es muss darum gehen, junge Menschen zu gewinnen, die Lust haben, den Beruf der Lehrerin/des Lehrers auszuüben, und zwar in allen Schularten, die wir in Thüringen haben. Denn auch das ist klar, wir diskutieren ja auch gerade das Schulgesetz: Wir werden selbstverständlich alle Schularten erhalten. Aber wenn man sich für ein gegliedertes Schulsystem entscheidet und das sogar in der Verfassung festschreibt – was mich übrigens auch nicht überzeugt, aber dafür habe ich keine Mehrheit, das zu verändern –, dann muss man auch die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen und Lehrerinnen und Lehrer in die Schulen bringen.

Noch mal: Ja, es gibt die Schulpflicht und natürlich haben unsere Kinder ein Anrecht darauf, dass sie

in allen Fächern auch Noten erhalten. Aber da, wo Unterricht ausfällt, weil wir beispielsweise Langzeiterkrankungen haben, weil Fachlehrerinnen und Fachlehrer fehlen, da können wir sie uns auch nicht backen. Deswegen ist es in gewisser Weise auch ehrlich, zu sagen, dass dann auf dem Halbjahreszeugnis auch keine Note stehen kann. Für uns heißt das, dafür Sorge zu tragen, dass wir jetzt die entsprechenden Fachlehrerinnen und Fachlehrer finden, motivieren und in den Schuldienst bringen. Zum Halbjahr sind übrigens schon 288 – glaube ich – Lehrerinnen und Lehrer eingestellt worden und wir setzen darauf, dass es zum nächsten Schuljahr dann tatsächlich so viele werden, dass wir am Jahresende von 1.200 Einstellungen in diesem Jahr reden können. Das ist so viel, wie wir noch nie geschafft haben. Zugute kommt das unseren Kindern, das ist aber auch dringend notwendig. Deshalb werbe ich da um Ihre Zustimmung, wenn es um die Haushaltsberatungen geht. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Möchten noch Abgeordnete das Wort ergreifen? Das sehe ich nicht. Ach, Frau Muhsal. Hat Frau Muhsal noch Redezeit? 1:23 Minuten haben Sie noch.

**Abgeordnete Muhsal, AfD:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Wolf, Sie haben sich hier ja geradezu handzahn gegeben, ja auch wenig Argumente genannt. In einem möchte ich Sie aber doch noch mal korrigieren, und zwar zum Thema „Regelschule“. Wir als AfD-Fraktion haben niemals kritisiert, dass die Regelschullehrer mehr Geld bekommen. Im Gegenteil, da bin ich durchaus dafür. Was wir kritisieren, ist die gleiche Einstufung in A 13 wie Gymnasiallehrer, weil genau das eben der erste Schritt dahin ist, den ja auch etliche von Ihnen immer wieder fordern, einen Einheitslehrer an einer Einheitsschule zu haben.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht nicht um Einheitslehrer!)

Ja, das erzählen Sie immer wieder, aber Sie gehen trotzdem jeden Schritt zu einem Einheitslehrer an der Einheitsschule immer weiter. Deswegen betone ich das hier noch mal.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht um die gerechte Entlohnung!)

**(Abg. Muhsal)**

Sie wollen letztendlich die Regelschule abschaffen, Sie schieben die Gemeinschaftsschule immer weiter vor. Das im Interesse der Schüler, Eltern und Lehrer zu kritisieren, ist unser gutes Recht, und das werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall AfD)

Frau Mühlbauer – ich weiß nicht, ob sie schon geflüchtet ist –, ich fand das relativ dreist zu fragen, was denn an dieser Aktuellen Stunde aktuell ist, wenn man genau weiß, dass den Schülern, die jetzt hier in die Schule gehen, ihre Zeugnisnoten nicht ordnungsgemäß erteilt werden. Selbstverständlich ist das aktuell und wenn Sie von der SPD das nicht aktuell finden, dann sagen Sie das doch einfach mal den Eltern dieser Schüler ins Gesicht und gucken, was passiert.

(Beifall AfD)

Frau Rothe-Beinlich, auch Ihre Ausführungen – ich muss mich erst einmal fast bedanken, dass Sie auch tatsächlich mal ein paar Dinge genannt haben –, dennoch finde ich das ein bisschen verharmlosend, zu sagen, na ja, 7,5 Prozent hin oder her. Ich finde das ganz schön viel.

**Präsidentin Diezel:**

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit geht zu Ende.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe gesagt, jedes Zeugnis, auf dem eine Note fehlt, ist eines zu viel!)

**Abgeordnete Muhsal, AfD:**

Frau Rothe-Beinlich, meine Redezeit ist zu Ende, Sie können ja noch mal vor gehen.

Ich finde, das ist eine Verharmlosung. Mit dem neuen Schulgesetz wird es nicht besser werden.

**Präsidentin Diezel:**

Frau Abgeordnete Muhsal, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Abgeordnete Muhsal, AfD:**

Ja, sie hatte reingeredet.

(Beifall AfD)

**Präsidentin Diezel:**

Ich schaue noch mal ins Rund. Ich sehe keine Wortmeldung mehr. Seitens der Landesregierung hat jetzt Herr Minister Holter das Wort, bitte schön.

**Holter, Minister für Bildung, Jugend und Sport:**

Danke. Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, meine Damen und Herren, ich habe mich in den letzten 25 Minuten gefragt, welchen Beitrag die AfD und die CDU geleistet haben, um das, was sie selbst kritisieren, nun abzustellen. Ich habe nicht einen konstruktiven Vorschlag gehört, was wir unternehmen sollen,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

um das, was Sie beschreiben, tatsächlich auszumerzen. Ich gebe Ihnen vollkommen recht – und wir können uns gegenseitig überbieten in der Beschreibung des Zustands –, jede nicht erteilte Zeugnisnote ist eine zu viel, da sind wir uns doch sicherlich alle einig. Dass dieser Zustand unbefriedigend ist, das versteht sich von selbst.

Aber wenn Sie, Frau Muhsal, davon sprechen, dass eine Bildungskatastrophe verwaltet wird, dann kann ich Ihnen nur empfehlen, gehen Sie an die Schulen. Ich war heute Morgen an der Grundschule „Ludwig Bechstein“ in Arnstadt. Ich habe einen Zuwendungsbescheid übergeben, damit die Turnhalle saniert werden kann, und ich habe logischerweise auch mit den Kindern dort gesprochen, ebenso mit den Lehrerinnen und Lehrern und auch mit der Leiterin der dortigen Regelschule. Ich habe sowohl lachende Kinder als auch gut gelaunte und motivierte Lehrerinnen und Lehrer getroffen. Ich frage mich: Wie kann man in einer solchen Situation von einer Katastrophe sprechen? Das ist für mich unverschämt. Sie suggerieren, dass das Bildungssystem in Thüringen in einem Zustand ist, der dazu führt, dass die Kinder den Schulabschluss nicht erfolgreich erreichen. Das ist nun mal nicht wahr. Sie handeln einfach unverantwortlich gegenüber den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern und auch gegenüber den Kindern. Sie demotivieren, Sie sind Schwarzmalerin, genauso wie Herr Tischner. Sie malen schwarz.

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Herr Holter, Sie sind Bildungsminister, Sie sind dafür verantwortlich!)

Wir können uns gegenseitig überbieten in der Frage, wie der Zustand ist. Der Zustand – da haben viele darüber berichtet – ist tatsächlich so, dass von den 8.034 Klassen in Thüringen in 644 Klassen in einem Fach eine Zeugnisnote nicht erteilt wurde. Es wird ja hier teilweise so getan, als wenn die Zeugnisse gar keine Noten enthalten würden. In einem Fach eine Note in 644 Klassen, und das sind die 7,5 Prozent, von denen Frau Astrid Rothe-Beinlich gerade gesprochen hat. Mich befriedigt das al-

**(Minister für Bildung, Jugend und Sport Holter)**

les nicht. Ich bin auch unzufrieden damit, aber ich ver falle nicht in Panik und Hektik, sondern wir müssen systematisch daran arbeiten. Frau Rothe-Beinlich hat das dargestellt, was wir alles auf den Weg gebracht haben.

Mir ist doch vollkommen klar – Herr Tischner, das habe ich hier mehrfach gesagt –, wenn vor einem Jahr am 1. Juni der Weg zur Unterrichtsgarantie hier versprochen wurde, dass das mein Auftrag ist. Sie wissen, seit 22 Monaten arbeite ich tagtäglich genau an dieser Frage. Vor dieser Frage, die wir hier gerade diskutieren, stehen auch andere Bundesländer, und zwar unabhängig davon, in welcher Partei der zuständige Bildungsminister oder die zuständige Bildungsministerin gerade ist. Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied: Nur Thüringen erhebt diese Statistiken. Kein anderes Bundesland veröffentlicht die fehlenden Zeugnisnoten. Ich halte das aber für ehrlich, für demokratisch. Ich habe von Anfang an gesagt: Wir legen nirgendwo den Deckel drauf, wir legen die Probleme auf den Tisch.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und Sie können die Aktuelle Stunde nur beantragen, weil ich diese Zahlen veröffentlicht habe. Das ist ehrlich und ich bin dagegen, dass wir Probleme unter den Teppich kehren, sondern sie müssen auf den Tisch und wir müssen sie massiv und konzentriert angehen.

Wir sind dabei, Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Frau Astrid Rothe-Beinlich hat darüber gesprochen, dass wir dieses Jahr 1.200 einstellen wollen. Das ist auch vollkommen richtig. Und ich kann Ihnen sagen, dass von diesen 1.200 namentlich – wo wir also Gespräche führen und teilweise schon die Verträge abgeschlossen haben – 380 untersetzt sind. Wir haben heute den 8. Mai und wir haben zu diesem Zeitpunkt schon von diesen 1.200 faktisch ein Drittel untersetzt. Das ist eine Leistung. Eine Leistung, die auch durch die Verwaltung, durch die Kolleginnen und Kollegen in den Schulämtern und dem Ministerium vollbracht wurde. Ich komme im Einzelnen noch mal darauf zurück.

Ja, es geht auch darum, an den Regelschulen Verbesserungen zu erreichen. Aber, Herr Tischner, an den Regelschulen sind Verbesserungen erreicht worden. Im vergangenen Schuljahr fehlten in den Regelschulklassen bei 406 Klassen Zeugnisnoten. Das sind in diesem Jahr 385 – eine deutliche Absenkung. Das heißt, die Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, zeigen erste Wirkungen. Wir können nur den Weg, den wir eingeschlagen haben, konsequent weitergehen. Das zeigt doch, dass wir die Attraktivität des Lehrerberufes insgesamt und speziell

an den Regelschulen verbessern müssen. Die CDU hat einen Antrag gestellt, der unter Tagesordnungspunkt 18 behandelt werden soll. Da haben wir dann ausreichend Zeit, über Regelschulen als solche zu sprechen. Das Problem – neben dem, was schon von den Koalitionsfraktionen gesagt wurde – besteht doch darin, dass wir in bestimmten Fächern keine Lehrerinnen und Lehrer haben, zumindest zu wenig Lehrerinnen und Lehrer. Da geht es um Kunst, Ethik, Musik und Religion. Das haben wir mehrfach hier im Landtag debattiert. Wir sind wirklich dabei, auch Lehrerinnen und Lehrer, Studierende zu gewinnen, genau diesen Weg zu gehen. Sie wissen auch – und das, Herr Tischner, halte ich auch für falsch –, dass Sie sagen, wir gehen den Weg der Seiteneinsteiger halbherzig. Auch mit der Verbeamtung, das habe ich nun wirklich nicht verstanden, warum wir die Verbeamtung halbherzig gehen. 2008 – wer hat denn hier regiert 2008? – wurde die Verbeamtung für die Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen ausgesetzt. Wir, Rot-Rot-Grün, haben sie 2017 wieder eingeführt, und zwar mit einer Höchstleistung derer, die auch diese Verbeamtung umgesetzt haben. Die Halbherzigkeit kann ich nicht verstehen. Wir bieten jedem, der in den Schuldienst eintritt, an, verbeamtet zu werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, natürlich ist es in den Fächern Deutsch, Mathematik, Physik und Biologie auch ein Thema. Wir haben über die Lehrgewinnungskampagne schon einiges gehört. Und es ist ja Wahlkampf. Die Städte und Orte, das Land sind mit Wahlplakaten plakatiert. Das ist auch in Ordnung so. Wir werden also mit der Plakatierung der Lehrgewinnungskampagne Ende Mai beginnen. Sie können das heute in den Zeitungen nachlesen. Ich habe nicht die Zeit, das hier im Einzelnen auszuführen. Ich will bloß deutlich machen, dass wir auf den verschiedensten Kanälen, sowohl in den sozialen Medien als auch in Zeitungen und im Radio, als eben auch mit Plakaten, für den Beruf des Lehrers und der Lehrerin in Thüringen ganz aktiv werben werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hauptmonate werden Juni bis Oktober dieses Jahres sein. Dank der Koalitionsfraktionen haben wir im Haushaltsentwurf für 2020 auch die Vorsorge getroffen, dass wir das nächste Jahr entsprechend fortführen können. Wir haben das Stellenangebot des Monats, um noch mehrere Dinge zu nennen. Sie verfolgen sicherlich die sozialen Medien meines Ministeriums. Da können Sie also auch die konkreten schulscharfen Angebote sehen, wo es schwer zu besetzende Stellen gibt, gerade in Schulen,

**(Minister für Bildung, Jugend und Sport Holter)**

auch in Regelschulen. Wir arbeiten mit Videoportraits, um zu erreichen, dass junge Leute auch in den ländlichen Raum auf die Dorfschule gehen. Das ist nämlich eine weitere Herausforderung neben den Mangelfächern.

Meine Damen und Herren, ich möchte die Aktuelle Stunde nutzen, um einige Dinge zu den Lehrerinnen und Lehrern und zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zu sagen. Wir können den Lehrerinnen und Lehrern in Thüringen, die Höchstlast und Überlast fahren, und das tagtäglich, nicht genug danken. Das haben wir mehrfach gemacht. Aber ich will das heute noch mal wiederholen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lehrerinnen und Lehrer leisten Höchstes hier in diesem Land – ich kann mich immer nur tief verneigen – und verdienen unseren allergrößten Respekt. Danke, Herr Heym, dass Sie hier mitgeklatscht haben.

Ich halte das für richtig und das sollte unser Konsens sein, dass wir den Lehrerberuf insgesamt stärken. Vorgestern in Gera bei einer Veranstaltung hat eine Lehrerin gesagt: Warum lese ich in den Medien immer nur die Probleme? Ich möchte auch mal ein positives Bild einer Lehrerin oder eines Lehrers in einer Zeitung lesen. Ich bin der Letzte, der Medien kritisiert. Ich bin dafür, dass die Probleme in den Zeitungen und in den Medien dargestellt werden – selbstverständlich. Es wäre ja schlimm, wenn wir das nicht mehr machen würden. Aber wenn wir junge Leute für den Lehrerberuf gewinnen wollen, muss ich auch die Freude und die Berufung, dieses Engagement entsprechend darstellen. Danke an die Lehrerinnen und Lehrer!

Ich möchte mich aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Schulämtern und im Ministerium bedanken. Denn auch sie arbeiten Höchstlast. Sie unterstützen und beraten mich. Sie arbeiten loyal. Und weil Herr Geibert das heute hier angesprochen hat: Das ist wirklich falsches Zeugnis, was hier verbreitet wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ob Beamte oder Angestellte, verhalten sich in meinem Ministerium – ich will das aber auch für die anderen Ministerien sagen – loyal gegenüber der Hausleitung, unterstützen sie, beraten. Und so, wie ich den Dialog im Land führe, führe ich auch den Dialog im Ministerium und mit den Schulämtern. Die Entscheidungen, die ich treffe, entwickeln wir gemeinsam, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn sich jemand mit den Entscheidungen des Ministeriums auseinandersetzen möchte, dann möge er das mit mir tun und nicht mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ministerium. Ich bin der Ansprechpartner dafür und nicht ein Mitarbeiter oder ein Beamter meines Ministeriums.

Ich bin der Überzeugung, meine Damen und Herren, wir haben nur eine Chance: Ja, ehrlich zu sein, die Probleme zu benennen, aber auch zu erkennen, dass wir kurzzeitige Probleme haben, jetzt mit dem Lehrermangel, die dazu führen, dass Zeugnisnoten nicht gegeben werden können. Ich wäre der Letzte, der verspricht, dass jede Zensur im Sommer auf dem Zeugnis steht. Das würde doch einfach eine Lüge sein, denn dieses Versprechen kann niemand hier abgeben. Ich weiß nicht, wer dieses Versprechen von Ihnen abgeben kann. Das wird nicht funktionieren.

Ich weiß aber eines, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium, im Schulamt, dass die Gewerkschaften, dass die Kolleginnen und Kollegen vor Ort alles dafür tun, so viele Lehrerinnen und Lehrer einzustellen wie noch nie. Wir werden dafür sorgen, dass diese Zensuren gegeben werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird eine Zeit dauern, aber jedes Kind und jeder Jugendliche wird einen erfolgreichen Schulabschluss hier in Thüringen machen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Ich beende diese Aktuelle Stunde und rufe auf den **dritten Teil**

**c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Katastrophensituation in den Thüringer Wäldern: Soforthilfsprogramm unverzüglich aufsetzen“**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags  
- Drucksache 6/7147 -

Ich eröffne die Aussprache und als Erster hat Herr Abgeordneter Primas von der CDU-Fraktion das Wort.

**Abgeordneter Primas, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ursache dieser Aktuellen Stunde sind die Anträge der CDU und der Koalition zum Zustand des Waldes. Wir haben uns im Ausschuss darauf verständigt, dass wir uns vor Ort anschauen, was dort gerade passiert. Vor allen Dingen, weil wir wissen, was dort passiert, wollten wir die Öffentlichkeit herstellen und alles sehr öffentlich machen. Wir haben dazu auch den MDR eingeladen, damit er unseren Bürgern mal bildlich zeigt, in welcher Gefahr sich unsere Wälder derzeit befinden. Der MDR ist zu der Veranstaltung natürlich nicht gekommen, mit der Begründung, sie haben die Woche vorher Frau Ministerin gefilmt. Ich finde es ja gut, Frau Ministerin zu filmen, das ist auch in jedem Falle ein besseres Bild als die toten Wälder, die wir da haben, das kann ich also nachvollziehen, aber es hilft in der Sache nicht, es hilft in der Sache nämlich gar nicht. Es muss mal deutlich werden, in welcher Schwierigkeit sich unsere Wälder befinden. Wenn man sich das mal wirklich anschaut, ist es noch einen Zacken schärfer als diese Schwierigkeiten, die wir damals mit dem Sturm Kyrill hatten.

Damals, zu dieser Zeit, hatten wir das Einheitsforstamt, was wir jetzt natürlich auch noch haben, aber wir haben den Forst in Regiebetrieb betrieben. Jetzt haben wir eine Anstalt. Das war damals schon ein Grund, warum ich sehr gezögert habe, die Anstalt öffentlichen Rechts zu gründen, weil sich nämlich die Abarbeitung solcher Schadenereignisse relativ schwierig gestalten kann. Und genau so ist es. Wir werden es also nicht schaffen, so wie damals bei Kyrill haben wir erst den Privatwald abgearbeitet, dann die Schäden im Kommunalwald, dann im Staatswald. Das ist unter der AöR in der Form nicht möglich, es sei denn, wir wollen es so.

Um mal festzustellen, in welcher Lage wir uns befinden: Die Lage ist so dramatisch wie seit 1947 nicht mehr. Es handelt sich im wahrsten Wortsinne um eine Katastrophe für die Wälder und die Waldbesitzer. Die langfristigen Schäden für Thüringens Wälder sind unabsehbar. Unabsehbar! Nach den Sturmschäden 2011 und 2018 sowie dem extrem heißen Sommer und der daraus folgenden Massentwicklung vom Borkenkäfer entwickelt sich insgesamt eine Kalamität, die so dramatisch ist, dass fast alle Waldbesitzer davon betroffen sind. Wir haben 125.000 Kleinprivatwaldbesitzer und die stehen vor dem Existenzaus. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Wenn es so weitergeht, fallen über 2,5 Millionen Festmeter Holz an, welches nicht verwertet werden kann, das vom Markt genommen werden muss. In dieser Situation wissen wir, dass es besonders schwierig ist, das alles hinzukriegen.

Man kann das alles machen mit Nasslagern und vielen anderen Sachen. Aber, Frau Ministerin, allein ein Nasslager in Ostthüringen kostet 4,5 Millionen Euro. Zu Ihrer Pressemeldung, dass 4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt würden: Das ist mit einem Nasslager weg. Also die Dimension, über die wir jetzt reden, ist viel gewaltiger als das, was wir uns überhaupt vorstellen können. Der Thüringer Wald ist nicht mehr der Thüringer Wald, wenn dieser Zug der Borkenkäfer durch ist. Es geht aber nicht nur um die Borkenkäfer; aufgrund der Trockenheit ist auch der Laubwald betroffen. Der Aufwuchs, der Jungwuchs kommt nicht mehr, der vertrocknet und das wird noch viel schlimmer werden, denn die Feuchtigkeitsgrade im Boden sind jetzt schon so schlimm wie im Juli vergangenen Jahres. Also das muss man sich echt mal vorstellen, was da noch auf uns zukommt. Vieles wissen wir nicht.

Ich denke, wir brauchen ein Sofortprogramm, da sind wir uns insgesamt einig. Wir müssen Lösungen zur kurzzeitigen Schadensbeseitigung, zur großflächigen Beschleunigung des Waldumbaus, zur Sicherung des Holzabsatzes schaffen. Dazu sind Fördermittel in erheblichem Umfang für alle Waldbesitzarten notwendig. Hier muss die Anstalt gestärkt werden, personell und finanziell, damit sie das schaffen kann. Und ich sage auch, in der Kürze der Zeit kann man die ganzen Maßnahmen gar nicht erläutern, allein werden wir das nicht schaffen, der Bund muss da auch mitmachen. Ich denke, das, was von Bundeseite bis jetzt angeboten wird, ist viel zu wenig. Da muss sich natürlich eine ganze Menge tun. Und wir haben besprochen und den Waldbesitzern zugesagt, dass wir diese Gelegenheit am Rande dieses Plenums nutzen, gemeinsam mit dem Ausschussvorsitzenden Umwelt und der Ausschussvorsitzenden Landwirtschaft und Forsten und mit dem Ministerium und dem Ministerpräsidenten ins Gespräch zu kommen, damit wir dieses Problem für die Waldbesitzer, für den Thüringer Wald lösen. Denn wenn wir hier keine Lösung finden, werden wir den Thüringer Wald nicht mehr wiedererkennen. Das Grüne Herz Deutschlands, so schließe ich mal ab, steht vor dem Infarkt. Danke schön.

(Beifall CDU, AfD)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Als Nächster spricht Abgeordneter Kummer von der Fraktion Die Linke.

**Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ja, ich möchte mich den Worten von Egon Primas anschließen. Der

**(Abg. Kummer)**

Wald in Thüringen stirbt und das ist wirklich eine bittere Botschaft. Und wenn man jetzt draußen den Regen sieht und denkt, dass es vielleicht jetzt doch alles nicht so dramatisch wird: Ich war vor eineinhalb Wochen im Forstamt Heldburg; der Borkenkäfer ist ausgeflogen, bevor es angefangen hat zu regnen. Normalerweise ist es so, dass ein Baum mit seinem Harz sich gegen das Eindringen des Borkenkäfers wehrt. Die Bäume hatten zu dem Zeitpunkt, als der Käfer ausgeflogen ist, kein Harz. Das heißt, die Käfer sitzen unter der Rinde, sie vermehren sich da drin, und ob die Bäume es noch schaffen werden mit dem Wasser, was jetzt runterkommt, was immer noch viel, viel weniger ist als im Frühjahr letzten Jahres, den Borkenkäfer abzuwehren, das steht in den Sternen. Wenn man sich das anguckt, ich finde es schon erschreckend, wenn ich auf der Autobahn hierherkomme aus dem Südthüringer Raum, durch die Region Suhl fahre, wo man immer gesagt hat, da ist die Fichte langfristig noch sicher, wenn ich sehe, wie von Tag zu Tag die roten Punkte im Wald mehr werden, dann macht es mir einfach nur Angst. Da ist die Frage, ob wir als wirklich reiches Land einfach zugucken wollen, wie unsere Existenzgrundlage kaputtgeht, und der Wald ist unsere Existenzgrundlage. Wir haben im Bereich Schleiz gesehen, dass man Wald schon aufgegeben hat. Da kann man nichts mehr retten. Und wenn man sich die Südhänge der Saale-Kaskade anguckt, da wird am Jahresende kein Baum mehr stehen. Was heißt das gesellschaftlich? Ich rede jetzt nicht von den Kosten für Waldbesitzer. Gesellschaftlich heißt, dass wir dort mit Erosion zu tun haben werden. Irgendwann liegt die Erde, die da bisher auf den Bergen liegt, unten in der Saale-Sperre. Das wird Auswirkungen auf das Gewässer haben, es wird Auswirkungen auf den Wasserhaushalt haben, es wird Auswirkungen auf das Kleinklima in unseren Regionen haben. All das sind die Dinge, die vor uns stehen, wenn wir den Wald verlieren.

Meine Damen und Herren, der eine oder andere mag sagen, es sind ja nur die Fichten.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Es sind ja nicht nur die Fichten!)

Die Fichte gehört sicherlich an manchen Standort nicht hin, aber erstens sind es nicht nur die Fichten, da hat Dagmar Becker recht, das Eschentriebsterben ist erst vor Kurzem Thema gewesen, die Ulme ist uns vorher ausgefallen; die Kiefer, die Lärche sind genauso von Borkenkäfern betroffen. Und wenn ich mir den Zustand der Buche ansehe, die ja eigentlich zu 90 Prozent früher mal Deutschland beheimatet hat, als die Menschen hier noch nicht gewirkt haben, dann ist es fürchterlich, wie die aus-

sieht. Also es weiß auch niemand, ob die Buche es wirklich schafft, unter diesen Bedingungen dauerhaft überall vorhanden zu sein. Und nur die Fichte, will ich auch sagen: Unser Wald ist ein Kulturgut. Wenn man sich anguckt, was um 1800 in Thüringen war, als man die nachhaltige Forstwirtschaft einführen musste, weil man den Wald für die Zwecke der Porzellan- und Glasindustrie gerodet hatte, weil man den Energieträger Holz gebraucht hat. Damals haben Menschen angefangen, völlig kaputte Flächen wieder zu bewalden. Das war eine gewaltige Aufgabe und sie haben das hinbekommen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg die Borkenkäferkatastrophe, eine ähnliche Geschichte: große Teile des Thüringer Waldes tot und man hat sie mit gewaltigen Kraftanstrengungen wieder bewaldet. Da war die ganze Bevölkerung draußen, um dort wieder Wald zu schaffen. Ich weiß gar nicht, wenn wir wieder zu so einem Punkt kommen, dass die Bäume von den Flächen an den Südhängen fehlen, und mit diesen trockenen Frühjahren, ob wir das schaffen werden, dort Wald wiederzugewinnen. Und das sind die Dinge, wo große Aufgaben vor uns stehen.

Wir müssen aus meiner Sicht zuallererst wahnsinnig viel Kraft in den Forstschutz stecken. Da ist ThüringenForst im Moment aus meiner Sicht überfordert, da fehlt uns Personal, denn bei den Flächen, die bisher nicht in der Beförderung waren, wo die Waldeigentümer unbekannt sind, ist das mit Riesenaufgaben verbunden, weil wir in das Eigentum eingreifen müssen, wenn dort Leute ihre Aufgaben nicht wahrnehmen. Wir haben das Problem – Egon Primas hat auf den versagenden Holzmarkt hingewiesen –, dass Waldeigentümer an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit kommen, weil sie die Forstschutzmaßnahmen nicht mehr aus dem Holzerlös finanzieren können. Da müssen wir einspringen, weil wir sonst unseren Wald verlieren. Und das ist der Punkt, wo ich nur sagen kann: Wir müssen gemeinsam Lösungswege angehen. Unseren Wald aufzugeben, ist unverantwortlich, das werden uns nachfolgende Generationen bitterübel nehmen. Danke schön.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Danke schön. Für die Fraktion der AfD hat Abgeordneter Kießling das Wort.

**Abgeordneter Kießling, AfD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen Abgeordnete, liebe Gäste auf der Tribüne und auch im Netz, in ihrer Antragsbegründung gibt die CDU-

**(Abg. Kießling)**

Fraktion an, dass der Deutsche Wetterdienst einen Dürresommer angekündigt hat. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer: Deutschland droht ein weiterer Dürresommer, das Katastrophenjahr 2018 solle sogar noch übertroffen werden.

Wenn man sich aber genauer mit dieser Meldung beschäftigt, stellt man sehr schnell fest – Gott sei Dank, muss ich sagen –, dass es sich bei der Meldung um einen Sturm im Wasserglas handelt. Die vollständige Meldung besagt nämlich, dass der Deutsche Wetterdienst einen neuen Dürresommer befürchtet, falls die Trockenheit in den nächsten Monaten anhalten sollte. Wie Sie in den letzten Tagen jedoch selbst bemerkt haben dürften, ist von dieser Trockenheit – wenn wir gerade rausgucken – nicht allzu viel zu sehen und zu merken – Gott sei Dank. Und wir hoffen, dass weiterhin entsprechend Regen fällt. Nichtsdestotrotz schlägt unser grünes Herz schwächer und der Schatten auf unserer grünen Lunge wird immer größer.

Die durch das derzeitige Wetter bedingten und durch den Borkenkäfer verursachten Baumschäden in Thüringer Wäldern sind in der Tat sehr bedenklich, anders kann man das nicht mehr beschreiben: Waldbrände bereits im April, wie jetzt auch erst vor Kurzem im Ilm-Kreis, ein Massenaufgebot an Borkenkäfern, immer weniger Nachwuchs bei den Forstberufen und zu allem Unglück liegt der Holzmarkt aufgrund der gigantischen Mengen Schadholz auch noch am Boden. Ich denke, wir sind uns hier alle einig, dass dagegen endlich etwas unternommen werden muss. Dies macht man aber natürlich nicht, meine Damen und Herren von der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen, indem man den Landesforstanstalten massiv die Mittel kürzt und ihr jedes Jahr eine immer geringere Finanzzuführung aus dem Landeshaushalt für Landesaufgaben zukommen lässt. Nichts anderes haben Sie hier entgegen unserer Warnung im letzten Jahr mit Ihrer rot-rot-grünen Mehrheit beschlossen, verehrte Kollegen.

Und nun ist dadurch genau das eingetreten, was wir damals schon vorhergesagt haben. Statt ThüringenForst finanziell und personell hinreichend auszustatten, um die Situation wieder in den Griff zu bekommen, lässt die rot-rot-grüne Landesregierung lieber für Millionen Euro Steuergelder unsinnige Ideologieprojekte und Universitätsstudien durchführen oder Urwaldpfade anlegen und ganze Waldgebiete wie den Possen aus der Nutzung nehmen, um so dem Borkenkäfer ein sicheres Rückzugsgebiet zu schaffen, verbunden mit dem angenehmen Nebeneffekt, dass sich die entsprechenden Minister wahlkampfträchtig medial präsentieren konnten, mein Vorredner hat es schon ausgeführt.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: So viel Dummheit habe ich selten erlebt!)

Ebenso wenig helfen den Thüringer Wäldern in ihrer derzeitigen Situation weitere bauliche Eingriffe, die dort vorhandene Ökosysteme zusätzlich und vollkommen unnötig belasten, wie zum Beispiel der Bau von Windkraftanlagen oder die geplante Freigabe von Waldwegen für Fahrräder, Kutschen und für das Reiten.

Die Landesregierung muss daher unverzüglich den personellen und finanziellen Raubbau an ThüringenForst einstellen und die Landesforstanstalten so ausstatten, dass sie der Lage wieder Herr werden und den privaten Waldbesitzern helfend zur Seite stehen können. Wir haben es auch von Herrn Kummer gehört, hier ist quasi Not am Mann. ThüringenForst muss auch den privaten Waldbesitzern helfen können, denn auch diese sind massiv betroffen und bedürfen unserer Hilfe. Ebenso wie die Thüringer Bauern brauchen auch die kleinen privaten Waldbesitzer eine finanzielle Unterstützung durch das Land, um die notwendigen Maßnahmen durchführen zu können. Bei der derzeitigen guten Haushaltslage und der Bedeutung der Wälder für unser Thüringen sollte es für die Landesregierung durchaus im Rahmen des Möglichen liegen, zum Beispiel mit zinslosen Darlehen entsprechend zu helfen. Das, was wir hier in Thüringen zurzeit in und mit unseren Wäldern erleben, ist die Folge eines weiteren totalen Versagens der rot-rot-grünen Landesregierung. Das muss sich ändern. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kummer, DIE LINKE: Das ist eine Folge des Klimawandels und nicht der Landesregierung!)

Nicht nur des Klimawandels, man kann auch hier einmal eingreifen.

**Präsidentin Diezel:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächste spricht für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Becker.

**Abgeordnete Becker, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir können nichts beschönigen: Der Wald in Thüringen steht vor einer Katastrophe. Wir haben bei Besuchen Mitte April in zwei Teilen des Landes – einmal in Südthüringen und einmal in Ostthüringen – ganz klar gezeigt bekommen, wie schwierig die Situation in diesem Jahr für den Wald ist. Das ist keine Sache, die durch ein bisschen Regen gleich zu Ende ist.

**(Abg. Becker)**

(Beifall DIE LINKE)

Zwei Monate gleichmäßiger Regen – dann wären wir an dem Stand von Ende letzten Jahres. Zwei Monate gleichmäßiger Regen – das ist nichts. Das nützt dem Wald auch nichts. Das hilft uns auch nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ändert auch nichts daran, dass wir trotzdem einen Klimawandel haben. Herr Kießling, den können Sie noch so viel leugnen – er ist im Gange und das passiert. Auf die Probleme im Wald mit dem Borkenkäfer sind Herr Primas und Herr Kummer schon eingegangen. Im April 2018 hatten wir noch reichlich Bodenwasser. So konnte der Wald verhältnismäßig gut über den heißen Sommer 2018 kommen. Ende des Jahres 2018 waren die Bodenwassergehalte aber so niedrig wie noch nie seit Beginn der Messungen. Zurzeit haben wir im Boden so wenig Wasser, dass sich die Bäume gegen gar keine Schädlinge wie Borkenkäfer wehren können. Der ganze Wald ist gefährdet, nicht nur die Fichte. Die Fichte ist durch den Borkenkäfer überdimensional gefährdet, darüber brauchen wir nicht reden. Aber auch die Buche ist angesprochen worden sowie die Befürchtung, dass der Ahorn flächendeckend abstirbt. Wir stehen vor einer Situation, die für Thüringen – da wir ja auch das „grüne Herz Deutschlands“ sind – schwierig ist. Wir müssen uns alle darüber im Klaren sein, dass das mit den normalen Mitteln nicht abgedeckt ist. Wie das jetzt funktionieren kann, wissen wir auch noch nicht – es soll Gespräche geben, Herr Ministerpräsident wird zu Spitzengesprächen mit dem Waldbesitzerverband einladen, mit der Forstanstalt, die sind auch sehr dankbar dafür, dass diese Landesregierung ständig mit ihnen im Gespräch ist. Aber eine Lösung haben wir nicht. Natürlich muss Geld in die Hand genommen werden, das ist gar keine Frage. Aber wie und was und wie viel, darüber muss zurzeit geredet werden. Das machen wir alle zusammen. Herr Primas hat es angesprochen, wir haben das Thema auch im Ausschuss. Die Plenarsitzungen sind öffentlich, da kann ich akzeptieren, dass wir deshalb das Thema auch hier ansprechen, aber inhaltlich sind wir im Gespräch. Wie sich das im Landwirtschaftsausschuss gehört, suchen wir parteiübergreifend mit den demokratischen Parteien – alle gemeinsam – eine Lösung. Nicht, dass ich sagen kann, es gibt keine Katastrophe. Das wird trotzdem kommen, aber wir müssen helfend zur Seite stehen. Da sind wir auch alle gemeinsam bemüht. Das haben wir im Landwirtschaftsausschuss immer so gehalten. Das wird auch bei dieser Katastrophe machbar sein. Wir müssen uns nur darüber im Klaren sein, dass der Wald nach dem Jahr 2019 nicht

mehr der gleiche ist wie vor dem Jahr 2019. Wenn ich an der Bleilochtalesperre die Hänge sehe, da wird einem himmelangst und bange. Das ist ganz einfach so. Dann haben wir andere Waldstücke von Herrn von Reitzenstein gesehen, der sagt, er setzt ganz klar darauf, dass Wald vor Wild geht. Er macht also eine harte Jagdpolitik, die will auch nicht jeder im Wald haben. Da muss man auch einen Ausgleich finden, aber der Wald sah gesünder aus und war in einem besseren Zustand als daneben die kleinen Fichtenwälder. Das ist ganz einfach so. Aber ganz klar ist: Wir müssen die Forstanstalt unterstützen, wir müssen froh und dankbar sein, dass wir das Gemeinschaftsforstamt haben, sonst würde es noch viel schwieriger in Thüringen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sagen uns alle. Da bedanken sich auch alle dafür, dass das Land Thüringen über die Jahre hinweg immer zum Gemeinschaftsforstamt gestanden hat. Da sagen uns auch die Waldbesitzer: Da habt ihr uns schon viel Hilfeleistung gegeben. Und dann müssen wir sehen, wie wir die Forstanstalt im Moment stärken, weil die ihre Kräfte bündeln und dafür sorgen müssen, dass das Käferholz aus dem Wald kommt, weil alles andere nur schlimmer wird. Wir müssen über ein Nasslager nachdenken, ob es denn notwendig ist oder nicht, und da müssen wir auch schnell darüber nachdenken, weil zu spät ist auch nichts. Und wir müssen sehen, wie wir den kleinen Waldbesitzern helfen können, weil wir nichts davon haben, wenn die Bäume mit dem Befall des Borkenkäfers in dem Wald bleiben. Wir müssen den Borkenkäferbefall aus dem Wald herausholen und dann lagern. Geld gibt es dafür sowieso nicht. Also es wird keine Maßnahmen geben wie bei Kyrill.

**Präsidentin Diezel:**

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist um.

**Abgeordnete Becker, SPD:**

Ja. – Bei Kyrill konnten wir das ja noch selber händeln, aber das wird dieses Mal nicht passieren. Wir müssen Geld in die Hand nehmen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Diezel:**

Als Nächster spricht Abgeordneter Kobelt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank erst mal der CDU-Fraktion für die Aktuelle Stunde. Allerdings scheint sich das Interesse in der Fraktion zur eigenen Aktuellen Stunde ein bisschen minimiert zu haben, weil es jetzt nur noch eine Handvoll Abgeordnete sind und selbst Herr Primas, dem das Thema angeblich so wichtig ist, sich nicht die Argumente der anderen Fraktionen anhört. Das finde ich persönlich ein bisschen schade.

Ansonsten möchte ich ganz deutlich sagen: Wir sind uns ja in der Wirkung einig, dass es jetzt ein Problem gibt. Aber es wäre halt auch schön, wenn wir uns in der Ursachenbekämpfung einig wären. Und da habe ich natürlich in den letzten Jahren, in den letzten vier Jahren schon genau hingehört, was zu den einzelnen umweltpolitischen Maßnahmen zum Beispiel, die von Grünen, SPD und Linke vorgeschlagen werden, dann auch die AfD und die CDU gesagt haben. Das ist dann schon ein bisschen – ja – eine fast heuchlerische Debatte, wenn wir uns einig sind, in das Waldsystem Geld reinzugeben, wenn der Schaden aufkommt, aber wenn die Ursachen zur Sprache kommen, dann zu sagen: Nein, das geht zu weit, das sind grüne Spinnereien. Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, da müssen wir uns auch an die eigene Nase fassen und sagen: Wir müssen mal an den Ursachen arbeiten. Und an den Waldschäden sind nun mal die hohe Trockenheit und der Klimawandel schuld. Da würde ich mir sehr wünschen, dass die CDU dann zusammen mit den Grünen an vorderster Stelle steht, wenn es darum geht, erneuerbare Energien zu fördern, Energie einzusparen, CO<sub>2</sub> zu senken. Das sind die Sachen, die wir brauchen. Und wenn es dann noch mal ans Eingemachte geht und auch mal an eine Verkehrswende, die vielleicht ein bisschen unangenehm ist, wo wir von öffentlichem Nahverkehr und Radwegförderung und

(Unruhe CDU)

Nicht-Beibehaltung von Dieselfahrzeugen auf alle Ewigkeit sprechen, dann sind Sie ganz schnell wieder abgetaucht, aber beim Jammern an vorderster Stelle.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Das machen Sie doch schon!)

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, es wäre schön, wenn wir uns ...

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Weltverbesserer!)

Ja, Weltverbesserer, das ist für mich eigentlich kein Schimpfwort. Das ist was Gutes.

Ich würde mir auch wünschen, dass vielleicht nicht nur an die nächsten ein, zwei Jahre gedacht wird, sondern auch an die nächsten 20 Jahre,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

an die nächsten Generationen, unsere Kinder und Enkelkinder. Die wollen auch noch in einen gesunden Wald gehen. Nicht nur wir wollen Bäume wachsen sehen und wollen uns dort erholen, sondern das wollen auch unsere Kinder und Enkelkinder noch machen.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Das sind Menschen, die denken an ihre Kinder!)

Das wäre ein guter Zeitpunkt, sehr stark über prinzipielle Dinge – glaube ich – nachzudenken.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Kümmern wir uns erst mal um unseren deutschen Wald in Thüringen!)

Ja, die CDU-Fraktion hat nun nicht noch einen deutschen Wald für alle Ewigkeit gepachtet. Also, sehr geehrten Damen und Herren, da müssen Sie auch mal zugestehen, dass auch andere Interesse daran haben und sich für den Wald einsetzen. Aber wir wollen es halt gerade nicht nur kurzfristig mit Zahlungen machen, die dann wieder verpuffen, sondern das nachhaltig umsetzen. Und was ist uns als Grüne dabei wichtig? Wir wollen halt nicht nur das Holz aus dem Wald holen, sondern auch dafür sorgen, dass der Wald nachhaltig gestärkt wird. Natürlich kostet das Geld. Aber wenn wir zu einer Entschädigung kommen, wollen wir auch ganz deutlich sagen: Wir brauchen dann auch eine andere Waldpolitik. Da fange ich mal bei den Waldsystemen, die jetzt noch „in Ordnung sind“, an. Denn das haben die Vorrednerinnen und -redner schon gesagt, auch die Buche ist in Gefahr, auch die Laubwaldgebiete. Da ist es gar nicht einzusehen, dass wir in die intakten Öko-Systeme in den 20-Meter-Rückegassen-Abstand hineingehen und das bestehende Öko-System schädigen. Da sagen wir ganz eindeutig: Wenn wir jetzt als Landesregierung oder als Parlament Geld in Größenordnungen von zweistelligen Millionenhöhen – in manchen Papieren habe ich schon von dreistelligen Millionenhöhen gehört – in die Hand nehmen, dann müssen wir sicherstellen, dass das Geld gut investiert ist, und dann müssen diejenigen, die den Wald bewirtschaften, auch sagen: Wir schonen zum Beispiel den Wald mehr und machen Innovation, setzen neuere Techniken ein, bodenschonende Maßnahmen, und uns reichen auch 40-Meter-Rückegassen-Abstände, wie

**(Abg. Kobelt)**

sie in Baden-Württemberg oder in Rheinland-Pfalz oder im Saarland passieren und in anderen Revieren, auch in Ostdeutschland. Da müssen wir das Geld auch zielgerichtet einsetzen, dass wir den Boden schonen und einen nachhaltigen, naturverträglichen Wald erwirtschaften. Dann haben wir auch in Zukunft mehr Erträge, weil mehr Bäume, mehr Holz entstehen kann und die Vernetzung des Waldes gestärkt ist. Da müssen wir auch unangenehme Sachen weiterentwickeln, sehr geehrte Damen und Herren, nicht nur auf die kurzfristige Wirtschaftlichkeit setzen, sondern auch auf die langfristige. Und da müssen wir auch dafür sorgen, dass die Fichte nicht mehr als wirtschaftsstarker Baumbewuchs Priorität hat, sondern dass sie an den Standorten nur noch vielleicht zu 20 Prozent angesiedelt wird und wir bei einer Neubepflanzung den Schwerpunkt auf Laubwaldgebiete setzen. Das werden wir als Grüne ganz klar fordern. Geld gibt es nicht nur einfach so rübergeschoben, sondern nur, wenn man einen nachhaltigen, ökologischen Wald macht. Das wird unser Standpunkt für die nächsten Verhandlungen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Landesregierung hat Ministerin Keller das Wort.

**Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:**

Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Zuschauer am Livestream! Wir haben hier in der Aktuellen Stunde ein Thema, das so ziemlich jedem, der mit offenen Augen durch Deutschland geht oder fährt, vor Augen geführt wird. Wer über den Harz fährt, den gruselt es, wer in Richtung Hessen fährt, den gruselt es, und wer durch Thüringen fährt, natürlich auch. Und die Frage steht natürlich: Was ist zu tun? Und deshalb bin ich dankbar für die Aktuelle Stunde, in der wir wieder die Öffentlichkeit darüber informieren können und informieren müssen, wie die Situation ist. Aber die Situation, wie sie ist, die Beschreibung allein genügt natürlich nicht. Sondern es geht darum, aufzuzeigen, wie wir dieser Entwicklung natürlich jetzt entgegengehen können. Was können wir tun? Die einen fordern 30 Millionen, die nächsten 100 Millionen usw. usf. Die Übernächsten sagen: Kauft alles Holz auf, damit der Holzmarkt nicht weiter in den Keller rutscht usw. Das sind natürlich alles Überlegungen, die man anstellen kann, aber sie führen nicht zu einer wirklich nachhaltigen Wirkung, um diese Entwicklung, wie wir sie gerade

von allen Fraktionen beschrieben bekommen haben, dort auch entsprechend realistisch bekämpfen zu können. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Öffentlichkeit darüber informieren und natürlich auch einen Beitrag dafür leisten – in diesem Sinne bin ich ganz bei Herrn Kobelt –, dass wir an der Ursachenbekämpfung für diese Entwicklung, ob das Klima, ob das andere Dinge sind, zu arbeiten haben. Das ist ganz klar.

Ich sage aber auch, wir stehen gegenwärtig vor einer großen Herausforderung, die von den Forstleuten, die von den Waldbesitzern, die von den Kommunalwaldbesitzern zu schultern ist, wo wir also auch Antworten geben müssen. Dazu gehört eben nicht nur die Debatte „nur“ um das Geld, sondern es gehört dazu auch die Debatte, wer denn das am Ende tun soll und wie wir da unterstützen können. Also auch das ist eine Frage, die wir hier zu beantworten haben.

(Beifall DIE LINKE)

Vielleicht noch mal ganz kurz, um die Emotionalität ein bisschen rauszunehmen, obwohl das für jeden natürlich nachvollziehbar ist, aber ich will es konkret machen. Bis Ende 2018 hatten wir in Thüringen folgende Schäden zu verzeichnen: circa 1,1 Millionen Festmeter Sturmschadholz – also Kyrill, Friederike, Eberhard, wie sie alle heißen –, dann 800.000 Festmeter Borkenkäferschadholz, Trockenschäden an gepflanzten Kulturen auf mindestens 500 Hektar, circa 1.300 Hektar Kahlfelder sowie rund 2.000 Hektar stark aufgelichtete Flächen und rund 5.000 Hektar Waldflächen mit Einzelbrüchen. Wenn wir den Blick auf das aktuelle Jahr richten, so sind seit Beginn des Jahres 2019 in den Thüringer Wäldern weitere rund 200.000 Festmeter Schadholz durch Schneebruch und das Sturmtief Eberhard, wie ich schon gesagt habe, angefallen. Außerdem sind 140.000 Festmeter Käferholz zu verzeichnen. In normalen Jahren liegt der Käferholzzugang in diesem Zeitraum bei 3.000 Festmetern. Wir sind jetzt bei 140.000.

Der zurückliegende Winter und das bisherige Frühjahr waren niederschlagsarm. Ja, auch wenn das jetzt regnet, ich denke, es wird Ihnen jeder bestätigen können, dass wir derzeit im Bodenwassergehalt, der wissenschaftlich, faktisch gemessen wird, bereits unter dem Niveau des vergangenen Sommers liegen und das Niveau des Sommers wahrscheinlich eben nicht erreichen werden. Das sind Fakten, keine gefühlten Dinge. Und durch die milden Temperaturen im April hat der Schwarmflug der Borkenkäfer zwei Wochen früher eingesetzt – davon war schon die Rede.

**(Ministerin Keller)**

Sehr geehrte Damen und Herren, die Forstbetriebe arbeiten vor Ort hart an der Sanierung der Schadflächen, wofür ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich danken möchte. Eine harte Arbeit, die da im Wald zu vollziehen ist.

(Beifall im Hause)

Dennoch ist für 2019 eine Fortsetzung der Massenvermehrung des Borkenkäfers zu erwarten. Die tatsächliche Intensität hängt natürlich stark vom weiteren Witterungsverlauf ab. Aktuell für den Monat Mai vorhergesagte Regenfälle kommen dem Abwehrvermögen der Bäume entgegen – ja –, das fehlende Bodenwasser ist jedoch kurzfristig nicht aufzufüllen, sodass die Fachleute für 2019 auch ein höheres Käferholzaufkommen prognostizieren.

Die durch Stürme, Trockenheit und Borkenkäfer verursachten Kalamitäten beschränken sich nicht allein auf Thüringen – das habe ich eingangs schon dargestellt –, auch andere Bundesländer, aber auch benachbarte Staaten, also auch Österreich und insbesondere Tschechien, sind stark betroffen. Die Gesamtsituation wirkt sich auf die internationalen Holzmärkte aus, auch davon war die Rede, auf denen auch die Thüringer Waldbesitzer ihr Rundholz platzieren müssen.

Beim Nadelholz ist der Markt, insbesondere für die Fichte, derzeit völlig überschwemmt. Im zweiten Halbjahr 2018 waren Preisrückgänge um 25 Prozent hinzunehmen und dieser Trend setzt sich 2019 fort. Frisches, nicht qualitätsgemindertes Fichtenrundholz kommt in Thüringen kaum noch auf den Markt. Die Landesforstanstalt als größter Waldeigentümer hat für Frischholz einen Einschlagstopp verhängt. Was das bedeutet, kann sich jeder ausrechnen, aber das ist notwendig. Die Güte des bereitgestellten Käferholzes sinkt zunehmend, was zu Qualitätseinbußen beim Schnittholz und Absatzproblemen für die Säger führt. In einigen Regionen Thüringens kann Käferholz derzeit schon nicht mehr vermarktet werden. Dies betrifft insbesondere Forstbetriebe, die über keine gewachsenen Absatzwege verfügen. All das gehört zur Analyse dazu.

Beim Laubholz ist die umgekehrte Situation festzustellen. Hier sind Sägewerke und Zellstoffindustrie derzeit unterversorgt. Der Grund liegt in den beschränkten Kapazitäten, die bei den Forstbetrieben und den forstlichen Dienstleistern in der Kalamitätsbekämpfung gebunden sind. Obwohl der Preistrend beim Laubrundholz nach oben weist, können Mindereinnahmen im Nadelholz aufgrund des geringen Mengenanteils keinesfalls vollständig kompensiert werden.

Der Wald und die Waldbesitzer in Thüringen befinden sich derzeit in einer wirklich schwierigen Situa-

tion, die ein aktives und schnelles Handeln erfordert. Dies ist der Landesregierung natürlich sehr wohl bewusst und sie hat frühzeitig und zielgerichtet auf diese Entwicklungen reagiert. Im Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft wurde ein Stab aus allen betroffenen Akteuren, das heißt aus Vertretern der Waldeigentümer, der forstlichen Lohnunternehmen, der holzbearbeitenden und Holzverarbeitenden Industrie, der Landesforstanstalt und der Landesverwaltung, eingerichtet, und das schon im vergangenen Jahr. Der Stab koordiniert notwendige technisch-organisatorische Maßnahmen, beispielsweise die Tonnageerhöhung von Holztransport-Lkw auf 44 Tonnen, die bis Ende des Jahres auch genehmigt wurde. Daneben werden insbesondere Maßnahmen zur Aufarbeitung der Schäden mit den Vertretern der Waldeigentümer abgestimmt. Hier beraten wir aktiv zu den bestehenden Fördermöglichkeiten. Erst am Montag haben wir wieder gemeinsam darüber geredet.

Das Land verfügt seit Beginn der aktuellen EU-Förderperiode über Mittel für Maßnahmen zur Vorbeugung von Kalamitäten. Diese Förderung ist EU-kofinanziert und umfasst Vorhaben für die Aufarbeitung der Sturmschäden, zur ausreichenden Walderschließung und für die Bekämpfung der nachfolgenden Käferkalamität. Bereits im Jahr 2018 wurde diese Förderung stark nachgefragt und es wurden 300.000 Euro ausgezahlt.

Hinzukommen bestehende Fördermöglichkeiten zur klimaangepassten Wiederaufforstung, des Waldumbaus und zur Erschließung von durch Kalamitäten betroffenen Waldflächen durch forstwirtschaftlichen Wegebau. Hierfür wurden im Jahr 2018 etwas über 2 Millionen Euro ausgereicht, also die wurden auch umgesetzt. Im Jahr 2019 bleiben die Aufarbeitung von Schadholz und die Beräumung von Flächen in Vorbereitung der Wiederaufforstung ein Förderungsschwerpunkt. Derzeit stehen dafür 850.000 Euro bereit. Zusammen mit den Fördergeldern für den forstwirtschaftlichen Wegebau und die Wiederaufforstung geschädigter Waldflächen werden rund 4,1 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Dabei werden wir auch die Möglichkeiten zur Umschichtung von Fördermitteln nutzen, um die Schadflächen mit besser angepassten Laub- und Laubmischbeständen aufzuforsten.

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz per Beschluss von November 2018 eine spezielle Fördermaßnahme zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald aufgenommen. Thüringen hat diese neue Fördermöglichkeit bereits in die vorhandene Förderrichtlinie

**(Ministerin Keller)**

aufgenommen. Die Inkraftsetzung der Erweiterung steht kurz bevor.

Zukünftig werden Zuschüsse unter anderem für folgende Maßnahmen gewährt: die Überwachung, Vorbeugung oder Bekämpfung von Schadorganismen mit Lockstoffen oder anderen Maßnahmen des integrierten Pflanzenschutzes, die Bekämpfung von Schadorganismen durch Aufarbeitung und Behandlung von befallenem Holz, die Anlage von Holzlagerplätzen, Nass- und Trockenlagern zur längerfristigen Lagerung der Kalamitätshölzer, die Prävention und Bekämpfung von Waldbränden und die Wiederaufforstung in Eigenleistung.

Den dringendsten Handlungsbedarf sehe ich bei der Aufarbeitung von Schadholz, um die Borkenkäferkalamität einzudämmen. Das Förderverfahren für diese Maßnahme wurde dahin gehend abgekürzt, dass auf Grundlage einer einfachen Anzeige beim Forstamt mit der Aufarbeitung begonnen werden kann. Zur Bewältigung der Extremwetterereignisse stellt der Bund innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz bisher 25 Millionen Euro für ganz Deutschland im Zeitraum von 2019 bis 2022 zur Verfügung.

Sehr geehrter Herr Primas, Sie haben es gesagt, wenn die Zahl stimmt – das gucke ich mir aber noch mal an, ich nehme nicht alles als gegeben hin, was Sie sagen – und ein Nasslager 4,5 Millionen Euro kostet, dann sind damit genau fünf Stück für ganz Deutschland realisierbar. Ich sage an der Stelle und ich danke Ihnen da auch für den Hinweis: Wir erwarten vom Bundesministerium, dass diese 25 Millionen Euro aufgestockt und den Gegebenheiten angepasst werden. Zu den 25 Millionen Euro trägt Thüringen selbst 265.000 Euro bei, sodass das Land dann 400.000 Euro mithilfe der beiden Beteiligungen zur Verfügung hat. Wir sind gern bereit, unseren entsprechenden Anteil auf die ehemaligen 100 Millionen Euro für Thüringen zu leisten und zu ergänzen.

Es ist jedoch insgesamt eindeutig zu wenig – wie ich es beschrieben habe. Deshalb gibt es auch die Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz, der sich Thüringen angeschlossen hat. Wir unterstützen die Forderung des Deutschen Forstwirtschaftsrats, diese Bundesmittel entsprechend zu erhöhen.

Ein weiteres geeignetes Instrument zur Bewältigung der Forstschuttlage könnte die Auflage eines rein aus Landesmitteln gespeisten Förderprogramms sein – ja. Im Fokus stünde hierbei ein möglichst einfaches Antragsverfahren mit einer geringen Anzahl zielgerichteter Fördergegenstände. Zwischen den Interessenvertretungen der Waldeigentümer und meinem Haus gibt es seit Wochen

einen intensiven Gesprächsaustausch, wie ein solches Programm inhaltlich strukturiert werden könnte. Vor dem Hintergrund der Klimaveränderung spielt hierbei eben auch die zukunftssträchtige Wiederbewaldung von Kalamitätsflächen eine wesentliche Rolle.

Wir werden den Forstbetrieben jedoch – und das sage ich an der Stelle auch – nicht die Verantwortung für ihr Waldeigentum abnehmen können. Insofern bedarf es einer engen Abstimmung zwischen allen Akteuren, von Waldeigentümern bis hin zur Holz bearbeitenden und verarbeitenden Industrie. Das tun wir auch mit dem Stab, den ich vorhin beschrieben habe. Nur dann werden wir die Herausforderungen im Zusammenhang mit Dürre, mit Borkenkäfern und Waldbränden meistern können.

Die Landesforstanstalt hilft den nicht staatlichen Waldeigentümern vor Ort bei der Bewältigung der aktuellen Problemlage enorm. Gestatten Sie mir auch als Verwaltungsratsvorsitzende, auch in Richtung der Anstalt öffentlichen Rechts hier meinen Dank auszusprechen.

(Beifall im Hause)

Ich habe in dem Zusammenhang den Vorstand gebeten, zeitnah darzustellen, wie die Landesforstanstalt temporär unterstützt werden muss, um den Aufgabenanfall in der jetzigen Sondersituation zu beherrschen. Wir haben in der letzten Verwaltungsratssitzung auch ausgiebig darüber diskutiert. Last, but not least möchte ich noch erwähnen, dass der Ministerpräsident – wie Frau Becker hier auch schon gesagt hat – in einem Spitzengespräch mit den Vertretern der kommunalen Ebene, den Waldeigentümern und der Holzindustrie sowie den forstlichen Lohnunternehmen gesagt hat, dass er sie einladen wird, um zu den Folgen und Auswirkungen der Dürre zu beraten. Hieraus erwarte ich auch wesentliche Impulse für organisatorische, für regulatorische oder finanzielle Maßnahmen, mit denen der aktuellen Situation in den Thüringer Wäldern wirksam entgegengesteuert werden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, natürlich wissen wir heute noch nicht, wie der Witterungsverlauf im Jahr 2019 sein wird, aber die Ausgangssituation für unsere Wälder ist derzeit so ernst wie seit der großen Borkenkäferkalamität der Nachkriegsjahre vor über 70 Jahren nicht mehr. Im Kern ist der Erhalt eines zentralen Teils unserer Kulturlandschaft, des Waldes, bedroht, der mit seinen vielen Funktionen für die Gesellschaft unverzichtbar ist. Die Thüringer Landesregierung wird sich mit aller Kraft gegen diese Bedrohung stemmen, und zwar gemeinsam mit allen Betroffenen und gemeinsam mit der gesamten

**(Ministerin Keller)**

Gesellschaft. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktionen stehen jetzt weitere 2 Minuten Redezeit zur Verfügung. Wünscht jemand das Wort? Herr Abgeordneter Fiedler, Fraktion der CDU.

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, da werden sich die Fachpolitiker wundern, was der Fiedler hier vorn zum Wald will.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie sagen es!)

Ich finde nur eins, warum mir das so wichtig ist. Erst mal leben wir in unserem schönen grünen Herzen Deutschlands, und wenn wir das alles sehen, was hier passiert, da dürfte es überhaupt keine Diskussion mehr geben.

Herr Kobelt, mal hin und her. Man muss natürlich über CO<sub>2</sub> und was weiß ich was alles reden, jetzt ist es aber nicht mehr fünf vor zwölf, es ist fast nach zwölf. Jetzt müssen wir eine nationale Anstrengung bringen. Da brauchen wir nicht drum herumzureden. Wir haben so viel Geld, was wir in den letzten Jahren an Steuermehreinnahmen haben, da muss es uns doch gelingen, für unseren deutschen Wald eine nationale Anstrengung auf den Weg zu bringen. Und sollte der Bund uns zu wenig geben, dann müssen wir sehen, dass wir es aus eigenen Mitteln hinbekommen. Das ist unser Land, unsere Kulturlandschaft. Da bin ich Ihnen, Frau Ministerin, dankbar und auch, dass überwiegend alle Ja gesagt haben. Da muss man das Geld auch herbringen. Es geht ja am Ende nicht nur um das Geld, es geht doch darum – ich brauche Kapazitäten. Wer ein bisschen Ahnung hat, wer aus dem ländlichen Raum kommt, der weiß, was draußen los ist. Du bekommst ja überhaupt niemanden, der dir noch Holz in irgendeiner Form rausrückt, umschneidet usw. Du bekommst niemanden. Wir werden wahrscheinlich eine Aktion machen müssen, aus Nachbarländern, wo es nicht so schlimm ist, die Leute ranholen. Damit müssen wir beizeiten anfangen.

Herr Kobelt, der Käfer wartet nicht, bis wir vielleicht doch ein paar Papiere geschrieben haben, der Käfer frisst und frisst und frisst. Wir müssen jetzt handeln und deswegen als Unbeteiligter – in Anführungszeichen –: Ich habe zu Hause einen alten Förster sitzen. Meinem Schwiegervater, der lange Zeit Förster war, dem blutet das Herz, wenn er so

etwas sieht. In der DDR – ich will nicht auf das Gute in der DDR zu sprechen kommen, nicht, dass ihr gleich jubelt – hatten wir solche nationalen Aufbaustunden – oder wie das hieß – alle im Wald, noch ein Stück weiter haben wir die NVA geholt, alle im Wald und wenn im Winter keine Kohle mehr da war – ich will das oder mich jetzt nicht lächerlich machen ...

**Vizepräsidentin Jung:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist leider um.

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Abschließend: Es muss schnell gehandelt werden, vollkommen wurscht, ob mit oder ohne CO<sub>2</sub>, jetzt muss etwas passieren und dazu möchte ich alle im Haus aufrufen, dass wir mit dazu beitragen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Danke schön. Es gibt eine weitere Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Kobelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Fiedler, da sind wir uns in der kurzfristigen Analyse ja auch einig, denke ich. Aber es kann nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger – ich war zum Beispiel in Bad Liebenstein, das ist eine sehr gute Aktion gewesen, ja, das haben Sie gar nicht mitbekommen – bei Ihnen ...

(Zwischenruf Abg. Malsch, CDU: Ich habe gepflanzt, ich habe aber keinen gesehen!)

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Ja, sehen Sie, Sie haben gepflanzt und ich habe gegossen. Das ist ja auch schon mal was.

Symbolisch ist es natürlich schon so, es reicht halt nicht, nur zu pflanzen, sondern man muss sich dann doch auch kümmern. Da ist das Forstamt auf die Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Ich finde, es ist toll, dass das die Bürgerinnen und Bürger dort in Bad Liebenstein gemacht haben und dann ihren Hang, der dort geschädigt war, gegossen und gepflegt haben. Aber das kann ja insgesamt nicht die Lösung für die Thüringer Wälder sein.

Aber was ich dann nicht verstanden habe – und Herr Fiedler hat das Argument ja eigentlich angebracht, dass man Kapazitäten braucht und das Personal gar nicht da ist –, aber dann können wir doch

**(Abg. Kobelt)**

in so einer Notsituation nicht hingehen, gleichzeitig in die intakten Buchenwälder verstärkt reingehen und dann dort verstärkt einschlagen und die relativ hohen Preise noch ausnutzen, damit ThüringenForst ihr Wirtschaftlichkeitsziel erreicht. Da müssen wir ThüringenForst politisch und auch mit Geld unterstützen, dass sie das nicht mehr machen dürfen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ihr regiert doch! Ihr braucht es doch nur zu machen!)

Lasst doch den Wald jetzt die nächsten vier, fünf Jahre ein bisschen mehr in Ruhe, sage ich mal auch aus wirtschaftlicher Sicht, dann haben sich die Preise wieder erholt und wir nehmen die Kapazitäten und kümmern uns jetzt um das Schadholz. Das kann ja nicht sein, dass dann verstärkt eingeschlagen wird und dann noch, weil das sehr schnell gehen muss, der Boden dort noch stärker geschädigt wird, wie es natürlich in der Trockenheit so der Fall ist.

Da bin ich doch stark dafür – lassen Sie uns das auch mal ansprechen –, dass wir dann gemeinsam mit ThüringenForst die Bewirtschaftungsform ändern und gerade die ökologischen Mischwälder und Laubwälder nicht stärker schädigen.

**Vizepräsidentin Jung:**

Herr Abgeordneter ...

**Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Und was noch mit mein Vorschlag war: 40-Meter-Rückegassenabstand – Sie können uns gern unterstützen. Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Malsch, CDU: Der Vorschlag war doch mehr Geld!)

**Vizepräsidentin Jung:**

Herr Abgeordneter Henke, hatten Sie sich gemeldet? Okay, es wurde mir signalisiert. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das kann ich nicht erkennen. Dann schließe ich den dritten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **vierten Teil**

**d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Klimabedingte Wetterextreme als Herausforderung für den Brand- und Katastrophenschutz in Thüringen“**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags  
- Drucksache 6/7151 -

Ich eröffne die Aussprache und das Wort hat Abgeordnete Scheerschmidt, Fraktion der SPD.

**Abgeordnete Scheerschmidt, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, werte Zuhörer am Livestream! „Klimabedingte Wetterextreme als Herausforderung für den Brand- und Katastrophenschutz in Thüringen“: Extremwetterlagen, Überflutungen, Waldbrände, Hitze – fast täglich erreichen uns diese Schlagzeilen aus der ganzen Welt und bis jetzt war es meist weit fort. Die Folgen des Klimawandels – wir haben es bereits in den vorhergehenden Aktuellen Stunden gehört – sind auch in Thüringen angekommen. Sie sind ernster als nur alarmierend, sie sind existenziell geworden. Ernteeinbußen durch Hitze und Dürre oder durch Unwetter mit Überflutung und Hagel. Die Folgen für unsere Wälder, wir haben es eben gehört, sind nicht abschätzbar. Wetterphänomene, die in der Vergangenheit nur Ausnahme waren, sind nun häufig an der Tagesordnung. Unser Innenminister hat sich die Situation nach den beiden jüngsten Bränden am Heinrichstein und bei Plaue angesehen. Ich denke, er wird uns nachher auch noch Genaueres dazu schildern.

Der Brand- und Katastrophenschutz steht vor völlig neuen Aufgaben. Neben unseren Berufsfeuerwehren und dem Technischen Hilfswerk braucht es den Einsatz unserer freiwilligen Feuerwehren. Hier besteht zunehmend das Spannungsfeld zwischen einer steigenden Zahl an Einsätzen und völlig neuen Herausforderungen auf der einen Seite und einer sinkenden Zahl von Mitgliedern auf der anderen Seite. Ja, es ist so, in der Vergangenheit wurde sowohl im hauptamtlichen, aber vor allem auch im ehrenamtlichen Katastrophenschutz auf Verschleiß gefahren.

Deshalb ist es wichtig und notwendig, dass gerade unsere Feuerwehren Nachwuchs brauchen. Es braucht eine flächendeckende Brandschutzerziehung in Thüringen mit einheitlichen Standards in der Ausbildung. Wir brauchen hauptamtliche Kräfte und einheitliches Schulungsmaterial. Den Nachwuchs zu sichern, wird eine unserer wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen werden. Die Kameraden in den Einsatzabteilungen brauchen bessere Ausbildungsbedingungen, sie müssen optimal geschult sein, damit sie nicht selbst in Gefahr geraten. Gerade der Wipfelbrand in Plaue muss ausgewertet werden – alles, was noch nicht optimal rund

**(Abg. Scheerschmidt)**

gelaufen ist, insbesondere auch das Thema „Löschhubschrauber“.

Die SPD sorgt gegenwärtig auf allen Politebenen für eine gute Ausstattung der Katastrophenschutzorganisationen. Wir hier in Thüringen haben mit der Änderung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes einen ersten wichtigen Schritt getan. All unsere Maßnahmen, sei es die Jugendfeuerwehropauschale, die Erhöhung der Zuschüsse für den Führerschein auf 1.600 Euro, die Verdopplung der Altersvorsorge für die ehrenamtlichen Mitglieder der Einsatzabteilungen seitens des Landes, sind Schritte in die richtige Richtung. Aber, liebe Abgeordnete, was nützt die beste Ausbildung, was nützt die beste Technik, wenn wir keinen Kameraden haben, den wir ausbilden können, wenn wir niemanden haben, der die Technik bedient und das Feuerwehrauto fährt?

Deshalb ist es mir heute so wichtig, aus Anlass dieser Aktuellen Stunde ganz speziell das Nachwuchsgewinnungsthema bei der Feuerwehr erneut zu thematisieren. Wir haben die Koordinierung der Brandschutzerziehung in die Verantwortung der Landkreise gegeben und wir haben gemeinsam mit dem Feuerwehr-Verband und der Thüringer Jugendfeuerwehr ein Konzept für die Brandschutzerziehung an den Grundschulen entwickelt. Für die Umsetzung durch die Landkreise und Gemeinden stellen wir auch 2020 eine Anschubfinanzierung zur Verfügung und wir sind im Gespräch mit der Thüringer Jugendfeuerwehr, dass das eine nachhaltige Umsetzung wird.

Ich glaube, man muss in der heutigen Zeit generell das Thema „Feuerwehr“ neu denken. Ihr Aufgabenspektrum hat sich gewandelt: von der Absperrung, dem Bergen toter Tiere, dem Retten lebender Tiere und der Tragehilfe über Hochwasser, Bäumen auf der Straße, der Beseitigung von Ölspuren und dem Einsatz bei Verkehrsunfällen bis hin zur ureigensten Aufgabe, dem Löschen von Bränden. Dieses breite Spektrum kann leicht zur Überforderung der Kameraden führen – da unterstütze ich Lars Oschmann in seiner Aussage heute in der Presse. Es ist freiwilliges Engagement – freiwillig –, aber jeder, der zur 112 greift, erwartet pflichtgemäß, dass jemand kommt. Freiwilliges Engagement ist Arbeit abseits von Erwerbstätigkeit, persönliche Zeit, die man für das Wohl anderer – und hier in diesem speziellen Fall unter Einsatz des eigenen Lebens und der eigenen Gesundheit – opfert.

Ich danke meiner Fraktion im wahrsten Sinne des Wortes für diese brandaktuelle Stunde und namens der SPD-Fraktion kann ich versprechen, dass wir uns nach diesem ersten Schritt auch in Zukunft insbesondere für die Feuerwehren – da nehme ich die

Bergwacht nicht aus – und alle anderen freiwilligen Hilfsorganisationen einsetzen. Wir werden Sie aktiv unterstützen.

**Vizepräsidentin Jung:**

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ...

**Abgeordnete Scheerschmidt, SPD:**

Im Fokus der Herausforderungen des Klimawandels werden wir für die Zukunft Strukturen schaffen und dafür Sorge tragen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen vor diesen extremen Wetterlagen bestmöglich geschützt sein werden. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Danke. Für die Fraktion der CDU hat Abgeordneter Fiedler das Wort.

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Da wir so wenig Zeit haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, vielen Dank für die Aktuelle Stunde, ich weiß nur nicht, Frau Scheerschmidt, ob Sie nicht Ihrem Minister damit am Ende keinen Gefallen tun. Wir waren ja vor Kurzem auf dem Landesfeuerwehrtag und sind im ständigen Kontakt auch mit dem Landesfeuerwehr-Verband. Wir müssen mal feststellen, Herr Innenminister, dass Sie Ihre Hausaufgaben aus dem vergangenen Jahr einfach nicht erledigt haben. Wir wissen, es war 2018 ein sautrockenes Jahr und es sah alles so aus, wie wir es heute wissen – wir haben gerade über Käfer gesprochen. Der Minister wollte das alles abklären, denn es ging damals um den Haken, den die Hubschrauber der Polizei brauchen – und das ist immer noch nicht geklärt, meine Damen und Herren. Wenn ich es richtig weiß – ich habe es hier –, weiß der Minister seit 2018, dass keine Lasthaken usw. da sind. Da kann der mir alles erzählen und jeder erzählt, das gibt es nicht und das ist nicht. Also wenn wir einen Winter warten wollen, bis vielleicht irgendwo der halbe Wald abgebrannt ist, dann müssen wir so weitermachen. So was muss geklärt werden und da kann man nicht lange auf irgendwelche Dinge warten.

Wenn ich gerade jetzt noch mal sehe, was in letzter Zeit so passiert ist, dann brauchen wir als Brandbekämpfungsmaßnahme aus der Luft auch die Polzeihubschrauber. Und wir brauchen dazu die Lasthaken, wir brauchen dazu auch die entsprechenden Außenlastbehälter. Darüber muss man

**(Abg. Fiedler)**

sich unterhalten, einer steht in der Landesfeuerwehrekatastrophenschule, ob man nicht in bestimmte Regionen noch andere Dinge hinstellt. Man muss darüber reden, dass man das nutzen kann.

Was überhaupt nicht funktioniert – ich weiß nicht, ob es der Minister noch verfolgt –, ist die ganze Frage der Wasserflugzeuge. Das ist vollkommener Quatsch bei uns! Das sagt der Feuerwehr-Verband ganz genauso. In südeuropäischen Ländern hat man eine ganz andere Herangehensweise. Dort lässt man soundso viel abbrennen und dann macht man einen Riegel mit Wasser usw. dazwischen. Das können wir hier bei uns lassen. Wir haben auch nicht die ausgebildeten Leute, die das Ganze steuern könnten, meine Damen und Herren.

Deswegen will ich noch mal ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir endlich mal die Dinge brauchen, die hier angemahnt wurden. Oder es müssen Verträge mit dem Bund oder anderen Ländern gemacht werden. Man kann nicht nur rufen, wenn es brennt, dann ruft der Innenminister: Ja, ihr anderen Länder gebt und gebt und gebt. Die können manchmal auch nicht geben. Nicht auf andere Länder schimpfen, sondern selber etwas schaffen, Herr Minister! Das Gebot der Stunde ist, dass man selber was unternimmt. Wir haben leider die Waldbrände, wie wir sie in letzter Zeit haben, und das wird mit dem Käfer nicht einfacher. Das wird nicht einfacher, wenn wir nicht mal in der Lage sind, das Ganze rauszuschaffen und, und, und – ich will es mir gar nicht vorstellen –, und dann soll man einrücken.

Deswegen, meine Damen und Herren, ist der Antrag gut. Aber trotzdem ist es mir unverständlich – und Sie sind ja wahrscheinlich auch in Kontakt mit dem Feuerwehr-Verband –, dass man jetzt noch, Herr Minister, auf einzelne Einsatzleiter zugeht und mit denen spricht, anstatt selber mit den Feuerwehr-Verbänden und den anderen zu reden. Ich will noch mal darauf hinweisen: Dabei missachtet er, dass sein Haus selber eine Expertenkommission zur Evaluation beim Thüringer Katastrophenschutz eingesetzt hat. Dort muss das geklärt werden, das ist Ihr Haus! Sie müssen nur handeln und müssen einfach was machen und nicht immer nur nach anderen schauen.

Wenn dann hier vor allen Dingen die Interessenvertretung der Feuerwehren – Feuerwehr-Verband, AG KBI und AGBF usw. – vielleicht an der Expertenkommission vorbei bestimmte Maßnahmen macht, weil man irgendwo mal war und irgendein Einsatzleiter denen irgendwas erzählt hat, sicher aus der Situation heraus und aus guten Gründen usw., deswegen muss es jetzt endlich passieren, dass jetzt was gemacht wird. Oder – Frau Scheerschmidt hat es, glaube ich, angesprochen – wir

müssen die Feuerwehren, wie die Polizei mir das immer gesagt hat, von unsinnigen Einsätzen entlasten: Ölsuren, kostenlose Tragehilfe im Rettungsdienst, Ersatzschlüsseldienst, Kompensation von in der Fläche nicht genügend vorhandenen Polizisten etc. pp.

Wir haben nur die wenigen Hauptamtlichen und die wenigen Ehrenamtlichen. Herr Minister, was ich der Landesregierung mehr als krumm nehme: Wir haben mit dem letzten Antrag, den wir – glaube ich – alle verabschiedet haben – ich gehe jetzt nicht auf die Feinheiten ein –, endlich Geld eingestellt, damit wir in Thüringen bauen können. Aber wenn das Bauministerium die Umsetzung nicht hinkriegt – das ist ein und dieselbe Landesregierung. Es hakt in der Feuerweherschule hinten und vorn.

**Vizepräsidentin Jung:**

Herr Abgeordneter!

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Sie wissen es besser als ich, dass bei der Ausschreibung viele Dinge einfach nicht laufen. Wir müssen die Grundvoraussetzungen in der Schule schaffen, wir müssen die Feuerwehrleute mit attraktiven Angeboten wieder dazu kriegen und wir müssen mit dieser Landesregierung auch das Geld in die Hand nehmen, damit wir zukünftigen Aufgaben gewachsen sind.

(Beifall CDU, AfD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Ich danke Ihnen. Als nächster Redner hat Abgeordneter Adams, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

**Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Besucher hier im Thüringer Landtag! „Biologische Vielfalt“ war die erste Aktuelle Stunde und gerade vor diesem Tagesordnungspunkt haben wir uns mit dem Waldzustand, dem besorgniserregenden Waldzustand, auseinandergesetzt. Wenn man in dieser Reihenfolge weiterdenkt, kann man sagen: Mit jeder Aktuellen Stunde wird die Gefahr konkreter und mit jeder Aktuellen Stunde rückt auch Kommunalpolitik näher. Denn das, was bezogen auf die Bewältigung von Wetterextremereignissen geleistet werden muss, liegt am Ende natürlich bei den Feuerwehren – das haben wir hier schon gesagt – und ganz häufig bei unseren Landrätinnen und Landräten und ganz oft

**(Abg. Adams)**

bei der Gemeinde, bei der Bürgermeisterin und dem Bürgermeister. Politik wird hier ganz konkret.

Wenn wir darüber diskutieren, dürfen wir aber nicht aus dem Blick verlieren, dass wir vorher auch immer über Klimaschutz reden, dass wir vorher immer über Artenvielfalt reden, über resistente Wälder und dass wir vorher natürlich auch über den Waldzustand gesprochen haben müssen. Vor Hochwasser, Sturm, Dürre und Waldbränden werden wir in Zukunft nicht mehr fortlaufen können. Wir müssen uns dem stellen, wir müssen uns dem Klimawandel stellen und diesen Klimawandel stoppen. Viel zu oft wird in diesem Parlament auch davon gesprochen, dass das etwas ist, das man morgen machen könnte und vielleicht und eventuell, und ob es überhaupt Sinn macht und wenn wir etwas machen und die anderen nicht, macht das dann Sinn.

Die klare Entschlossenheit, beim Klimawandel etwas zu tun, ist der erste Schritt, etwas, was ganz konkret wie an der Bleilochtsperre und im Ilm-Kreis bei Plaue passiert ist, abwenden zu können. Das ist die Grundlage dafür. Das heißt, Klimafolgen zu bearbeiten, Klimafolgen anzugehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir über Waldbrände sprechen, ist eines ganz klar: Wir brauchen als wirksamste Schutzmaßnahme als Erstes einen zügigen Waldumbau. Mischwälder sind brandresistenter, sie sind auch resistenter gegen den Borkenkäfer und vieles andere, aber sie sind auch resistenter gegen solche extremen Dürresituationen und daraus entstehende, gefährliche, flächenmäßig weit ausufernde Waldbrandereignisse. Dazu brauchen wir neue Materialien, dazu brauchen wir neue Taktiken, auch in der Feuerwehr; die müssen gelehrt, geübt und geprobt werden können. Kollege Fiedler hat es gesagt: Wir arbeiten alle gemeinsam daran, dass unsere Feuerweherschule in-takt kommt, genug Leute hat, genug gute Plätze hat, genug Seminarräume hat. Dort muss eben wieder daran gearbeitet werden, zum Beispiel mit Materialien wie der Feuerpatsche. Das hört sich lächerlich an, aber die Feuerwehrleute sagen uns, sie brauchen Feuerpatschen aus Metall, um da reingehen zu können, damit können sie am wirksamsten der Ausbreitung entgegenwirken. Sie brauchen Löschrucksäcke, sodass man mit kleinen Löschwassermengen von 20 Litern hineingehen und einzelnen Glutnestern dann auch den Garaus machen kann. Wir brauchen viele einfache Maßnahmen. Dazu kann es auch gehören, wenn unsere Rettungskräfte thüringenweit tätig werden, denn die werden in dieser Situation ja zusammengezogen, die Suhler fahren los und helfen, die Erfurter fahren los und helfen, alle sind gemeinsam alarmiert, dass wir gute Karten haben, gerade wenn wir im Gelän-

de, im Wald unterwegs sind. ThüringenForst hat das und wir müssen nur unser gemeinsames Wissen zusammenbringen und dann geht das auch weiter. Wir brauchen also einen guten Waldumbau, wir brauchen gut ausgestattete Feuerwehren und natürlich auch Wasserwehren und wir brauchen ein THW, das leistungsfähig ist. Manchmal brauchen wir auch die Bundeswehr, die uns in dieser Situation helfen kann, und wir brauchen Landrätinnen und Landräte, die entschlossen sind, zu erkennen, dass hier ein Katastrophenzustand eingetreten ist, und die wichtigen Entscheidungen dafür auch treffen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, das will ich ganz deutlich sagen, ich bin froh darüber, dass wir jetzt einen löschfähigen Hubschrauber mit Haken haben, aber wir hätten ihn – und dazu muss Rot-Rot-Grün hier auch die Kraft haben, das sagen zu können – früher haben müssen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD)

Wir hätten die Ausbreitung der Waldbrände eindämmen können, hätten wir unsere Hubschrauber schneller dagehabt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Ende gilt es, allen, die um Ostern und in den vielen Jahren davor bei den Waldbränden unterwegs waren, zu danken. Das ist der Forst, das ist die Feuerwehr, es ist das THW, es sind Polizei und Rettungskräfte, das sind Agrargenossenschaften. Man kann an diesem Tag nur Danke sagen, dass es dennoch so schnell eingedämmt werden konnte, und wir müssen uns alle bemühen, solche Ereignisse in den Fokus zu nehmen und zu lernen, sie zu bearbeiten. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion der AfD hat Abgeordneter Henke das Wort.

**Abgeordneter Henke, AfD:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Werte Abgeordnete, werte Gäste, ich möchte mich auch von hier vorn bei allen Feuerwehrleuten bedanken und allen, die geholfen haben, die Brände einzudämmen, die an der Bleilochtsperre oder im Gebiet Plaue waren. Dort waren sehr, sehr viele Einsatzkräfte vor Ort. Aber man hat auch dort gesehen, dass die Grenzen dessen erreicht worden sind, was in Thüringen von den freiwilligen Feuerwehren, von den Berufsfeuerwehren, THW und vielen anderen geleistet werden

**(Abg. Henke)**

kann. Ich bedanke mich auch bei Ihnen, Herr Innenminister, dass Sie es geschafft haben, den zweiten Haken zu organisieren, der sicherlich viel helfen wird. Mit dem Hubschrauber werden wir sehen, ob sich das alles so ergibt, wie es geplant ist. Aber damit Laudatio erst mal genug.

(Beifall AfD)

Wir haben in Thüringen viele Probleme bei den freiwilligen Feuerwehren. Ich fange mal ganz von vorn an. Eines der ersten Probleme ist, dass wir einen Fahrzeugbestand haben, der zum Teil 25 Jahre alt ist. Das heißt, wenn wir in solche Einsätze, in unwegsames Gelände gehen, brauchen wir geländegängige Fahrzeuge. Das ist eine Grundvoraussetzung, damit es funktioniert. Dann brauchen wir Leute, die auch an diesen Fahrzeugen ausgebildet worden sind und auch für diese Schadensereignisse die notwendige Ausbildung haben. Und da bin ich ohne Umschweife bei dem großen Knackpunkt der ganzen Sache, und das ist die Brand- und Katastrophenschutzschule. Kollege Fiedler hat es hier ganz klar angesprochen. Wir haben dort ein ganz großes Defizit, nicht nur baulich, auch bei den Leuten, die dort ausbilden. Wir sollten uns vielleicht mal überlegen, ob wir nicht von den Ehrenamtlichen, die 20, 30 oder 40 Jahre Erfahrung haben, Seiteninsteiger nehmen können, die man in bestimmte Positionen bringen kann, um die Ausbildung zu fördern oder durchzuziehen.

(Beifall AfD)

Ein großer Haken an der Sache ist auch der Einsatz der Atemschutzanlage, denn wir haben ja bei den Waldbränden durchaus erlebt, dass man den Atemschutz braucht, sonst funktioniert das nicht. Und ich muss ganz klar sagen: Wir haben sogar noch Glück gehabt, dass wir dort einen Laubwaldbestand hatten. Ich habe mit Leuten gesprochen, die haben gesagt: Wäre das ein Fichtenbestand gewesen, hätten wir keine Chance mehr gehabt, das wäre abgefackelt wie Zunder. Wir sind mit einem blauen Auge davongekommen, es wurde alles ordnungsgemäß gelöscht.

Ein Thema ist auch: Wie binden wir Feuerwehrleute in den ehrenamtlichen Bereich ein? Denn ich sehe am Tag das große Problem, dass wir unsere Tagsschichten nicht voll bekommen. Das heißt, wir müssen uns überlegen, wie wir mit den Arbeitgeberfreistellungen umgehen. Denn diese Leute, die über mehrere Tage bei solchen großen Einsätzen unterwegs sind, müssen von Firmen freigestellt werden. Diese Firmen müssen entschädigt werden, denn die haben auch Arbeitskräfte und müssen bestimmte Aufträge erfüllen. Da müssen wir ran. Wir müssen den Arbeitgebern einen Weg aufzeigen, damit

sie ihre Leute auch für solche Einsätze freistellen können.

Aber das sind ja nicht nur die einzigen Einsätze, die von Feuerwehren gefahren werden. Wir hatten zum gleichen Zeitpunkt zwei Großschadensereignisse auf der Autobahn – Massenunfälle. Auch hier müssen die Feuerwehren mit moderner Technik ran und da gehören auch ordentlich ausgerüstete Feuerwehrfahrzeuge dazu. Wir haben andere Schadensereignisse: Schneebruch, Hochwasser. Das heißt, die Feuerwehren, die an Gewässern erster oder zweiter Ordnung sind, brauchen auch ordentliche Boote, damit sie bei Hochwasser tätig werden können. Dort müssen wir ansetzen. Dazu brauchen wir ausgebildetes Personal. Ein Thema, das wir demnächst noch bekommen werden, sind Rettungsleitstellen. Ich bin der Meinung, wir brauchen die Rettungsleitstellen vor Ort. Ob wir so viele brauchen, ist eine andere Frage. Nur die Leute dort haben Einblick in die Ortslage und Kenntnisse darüber, wie man am besten von A nach B mit den Fahrzeugen kommt und dort einen Löschvorgang einleiten kann.

Im Rahmen des Bemühens, Feuerwehrleute zu binden, ist auch die sogenannte Feuerwehrrente ein Thema. Ich bin dankbar, dass die Regierungskoalition diesbezüglich tätig geworden ist. Aber ich denke, der Ansatz mit den 40 oder 45 Euro, der gemacht worden ist, ist zu wenig, um Leute einzubinden, dort 20, 30 oder 40 Jahre ehrenamtlich tätig zu sein. Kollege Fiedler hat einmal angesprochen, ob man nicht beim Landesfeuerwehr-Verband eine Prämie ausschreiben kann, um den Leuten zu danken, statt einer bloßen Verabschiedung mit einer Urkunde. Wir müssen einfach Wege gehen, um den Feuerwehrleuten zu sagen, wir brauchen euch und wir bedanken uns bei euch, nicht nur mit dem feuchten Händeschütteln, sondern auch mit finanziellen Aufwendungen für ihre 30, 40 Jahre Dienst, den sie geleistet haben. Da müssen wir hinkommen und das ist der richtige Weg. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächster Redner erhält Abgeordneter Dittes für die Fraktion Die Linke das Wort.

**Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin dem Kollegen Adams außerordentlich dankbar, dass er – bevor wir über die Folgen des Klimawandels diskutieren – noch einmal erwähnt, dass wir eigentlich jede Anstrengung unternehmen müssen, um das, was als tatsächliche Klimawandeldrohung

**(Abg. Dittes)**

am Horizont steht, möglicherweise noch abzuwenden oder zumindest deren Auswirkungen einzudämmen. Das – denke ich – ist vorrangigste Aufgabe. Aber nichtsdestotrotz werden wir uns darauf einstellen müssen, dass extreme Wetterlagen, extreme Wettersituationen natürlich auch Menschenleben gefährden. Dafür sind jeden Tag mehrere Zehntausend Menschen ehrenamtlich und hauptamtlich in Thüringen unterwegs. Dafür gilt ihnen natürlich auch der Dank meiner Fraktion, wie der sicherlich der großen Mehrheit dieses Hohen Hauses.

(Beifall im Hause)

Besonderer Dank gilt natürlich auch den Helferinnen und Helfern und Angehörigen der Feuerwehren, die bei den kürzlichen Waldbränden an der Bleilochtsperre oder in Plaue aktiv waren. Es waren aber nicht nur Thüringerinnen und Thüringer, sondern es waren an der Bleilochtsperre beispielsweise auch Feuerwehrangehörige aus Oberfranken. Denen gilt natürlich für diese Hilfe und Unterstützung ebenfalls unser besonderer Dank.

(Beifall im Hause)

Natürlich haben alle Redner recht, dass Dank allein nicht ausreicht, sondern es natürlich auch darum geht, die Arbeits- und Einsatzbedingungen zu verbessern sowie die Hilfsmöglichkeiten auf dem Stand der Technik zu erhalten. Deswegen finde ich es bedauerlich, dass wir viel gehört haben – von der AfD wundert es mich nicht, aber auch von Ihnen, Herr Fiedler –, dass dann, wenn Sie diese Vorschläge hier machen, ich immer noch im Kopf haben muss, dass es Ihre Fraktion war, die den Antrag im Dezember 2017 abgelehnt hat, wo es genau darum ging, Entschädigungsverordnungen zu verbessern, die Freistellung für Jugendausbilder und Jugendfeuerwehrwarte zu regeln. Es ging auch darum, die Lehrer- und Dozentensituation in der Schule nachhaltig zu verbessern. Wenn wir beim Dank gemeinsam nach außen auftreten wollen, müssen wir auch bei der Unterstützung konkreter Maßnahmen konkret nach außen treten und gemeinsam Vorschläge diskutieren. Da bin ich auch der SPD-Fraktion dankbar, dass sie heute ein vierseitiges Papier veröffentlicht hat, in dem sie sehr detailliert aufgeführt hat, was wir als Koalition mit Landtagsbeschluss schon alles im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes unternommen und verbessert haben.

(Beifall SPD)

Die SPD-Fraktion hat durch ihre Vorschläge das Innenministerium daran erinnert, was wir im Dezember 2017 bereits beschlossen haben. Vielleicht kommen wir dann auch wirklich zur Umsetzung. Ich

denke da beispielsweise an die beiden Punkte, die im Papier genannt sind: Öffnung der Feuerwehr auch für Menschen mit Migrationshintergrund oder mit den Kommunen in die Diskussion zu kommen, wie man wirklich auch durch kommunale Leistungen ehrenamtlich Aktive honorieren kann, indem sie beispielsweise an kommunalen Leistungen unentgeltlich teilhaben können wie eben ÖPNV oder Schwimmbäder oder Sport- und Freizeiteinrichtungen.

Natürlich will ich auch noch einmal auf ein paar kritische Punkte eingehen, die wir jetzt gemeinsam diskutieren müssen. Herr Fiedler, da ist es nicht richtig, wenn Sie sagen, wenn Sie dem Minister vorwerfen, es wäre falsch, sich mit den Vor-Ort-Einsatzleitern zu treffen. Ich glaube, wir brauchen beides. Wir brauchen die Kommunikation mit den Verbänden, die praktisch Diskussionen aus den Strukturen ihrerseits zusammenfassen, man braucht aber im Innenministerium natürlich auch die ganz konkreten praktischen Erfahrungen vor Ort, nämlich was tatsächlich geklemmt hat. Nun finden wir in dem Papier der SPD beispielsweise, wir brauchen schwereres Gerät für die Feuerwehren. Unsere Erfahrung aus den letzten Wochen ist, dass die Feuerwehren eher leichteres Gerät brauchen, weil Waldbrände oft in schwer zugänglichen Gebieten stattfinden oder ausbrechen und dort auch eine Einsatzfähigkeit gegeben sein muss. Das heißt, es ist schon wichtig, die Erfahrung aus den Gesprächen aufzunehmen und ernst zu nehmen, was die Menschen sagen, die vor Ort im Einsatz waren. Deswegen freue ich mich, wenn wir dann im Innenausschuss am 06.06. auch diese Erfahrung Ihres Gesprächs vom vergangenen Freitag gemeinsam diskutieren. Denn eines, Herr Fiedler, da haben Sie wirklich recht, ist auch richtig: Wir können uns hier nicht im Landtag bei jedem Schadensereignis hinsetzen und überlegen, welche neuen Möglichkeiten, Maßnahmen wir auf den Weg bringen können. Wir brauchen eine Verstetigung, dass wir nicht bei jedem Schadensereignis hier diskutieren müssen, was getan werden muss, sondern dass wir nach jedem Schadensereignis sagen können: Danke, liebe Feuerwehrangehörige; das, was wir über Jahre geschaffen haben, hat funktioniert und wir steuern an der einen oder anderen Stelle noch mal nach.

(Beifall CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dieser Verstetigung müssen wir kommen und deswegen kann ich auch an Sie noch mal anschließen. Ich finde es genauso bedauerlich, dass der Hubschrauberhaken, über den wir im August 2018 diskutiert haben, erst seit heute in Thüringen ist. Aber vielleicht müssen wir noch mal über zwei an-

**(Abg. Dittes)**

dere Sachen nachdenken. Der Minister hat in der Öffentlichkeit gefordert, die Löschhubschrauber im Zivilschutz zu konzentrieren oder auszubauen.

**Vizepräsidentin Jung:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist leider zu Ende.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: In 5 Minuten kann man nicht viel sagen!)

**Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:**

Das ist das Manko einer Aktuellen Stunde. Man kann sich eigentlich nicht über die Themen austauschen. Herr Minister, Sie haben Glück gehabt, die letzten zwei Punkte, die ich benennen wollte, waren kritische Punkte gegenüber dem Innenministerium, die erzähle ich Ihnen dann im Innenausschuss, vielleicht auch bei anderer Gelegenheit. Ich will Ihnen aber auch noch mal abschließend danken,

**Vizepräsidentin Jung:**

Aber wirklich abschließend!

**Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:**

dass Sie das Thema hier aufgerufen haben, aber ich glaube, wir brauchen die intensivere Diskussion, die weit mehr Zeit umfassen muss, als eine Aktuelle Stunde bieten kann. Vielen Dank.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Jetzt hat Innenminister Maier das Wort, auch ohne die kritischen Hinweise von Herrn Dittes.

**Maier, Minister für Inneres und Kommunales:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte das aber schon wissen, die kritischen Punkte. Wobei, ich habe keine Zweifel, dass du mir diese auch übermittelst.

Es war tatsächlich so, am 24. April bin ich frühmorgens los, um eigentlich nach Saaldorf zu fliegen. Ich konnte den Polizeihubschrauber nutzen bzw. mitfliegen, um mir aus der Luft ein Lagebild zu verschaffen. Wir waren kaum in der Luft, da sahen wir schon eine Rauchsäule am Horizont Richtung Arnstadt stehen. Das war dann auch unsere Entscheidung im Hubschrauber, dass wir spontan dorthin fliegen, weil es so schien, dass da ein größeres Brandereignis stattfindet, und das war auch so. Das war für mich eine sehr beeindruckende und auch –

um es vorweg zu sagen – beängstigende Erfahrung. Das, was ich da gesehen habe, war ein Waldbrand in der Entstehungsphase. Der hat eine derartige Dynamik, das kann man sich eigentlich nicht vorstellen, das heißt, der Brand weitet sich im Minutentakt konzentrisch um den Brandherd herum aus, und wenn es so, wie dort vor Ort, eben auch ein steiles Gelände ist, beschleunigt das weiter. Es ist in Plaue zu dem gekommen, was wir alle nicht sehen wollen, nämlich ein sogenannter Wipfelbrand. Das kennt man aus südeuropäischen Ländern oder eben aus Kalifornien, dass nicht nur das Unterholz brennt, sondern der Baum als Ganzes, insbesondere die Krone. Das ist das, was gefährlich ist, denn wenn die Krone brennt, springt das auch sehr leicht auf andere Bäume über und das ist dann ein hochdynamisches Feuer. Wir sind dann gelandet und ich konnte tatsächlich auch – als Minister hat man wahrscheinlich nie die Gelegenheit oder ganz selten – Einsatzkräfte in der Chaosphase beobachten, denn jeder größere Einsatz hat eine derartige Phase, da müssen die Dinge erst mal sortiert, Informationen aufgetrieben werden. Es war in dem Moment nicht klar, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob die Entscheidung dazu führt, dass wir auch Ortschaften evakuieren müssen, denn die Dynamik des Feuers war am Anfang so hoch, dass man eigentlich ausrechnen konnte, dass, wenn es so weitergeht, innerhalb einer Stunde die erste Ortschaft erreicht wäre. Und Evakuierungen – das mag man sich gar nicht vorstellen –, da gehen die Sirenen an und da müssen teilweise die Leute aus den Häusern geholt werden. Das ist ein Szenario, was für mich wirklich beängstigend ist.

Was habe ich aber dort vor Ort erlebt? Gut, wir hatten auch Glück, das muss man dazu sagen, der Wind war sehr schwach. Wenn ein starker Wind geherrscht hätte, wäre dieses Szenario, das schlimmste, vielleicht sogar eingetreten. Was ich erlebt habe, waren hochmotivierte, professionell agierende Kameradinnen und Kameraden, die bei hohen Temperaturen tatsächlich bis zur Erschöpfung gekämpft haben. Man kann es sich heute nicht vorstellen, aber es waren 28 Grad – in voller Montur in steilem Gelände ist man nach vier Stunden durch, da muss man abgelöst werden. Ich habe gesehen, wie die Kolleginnen und Kollegen bzw. Kameradinnen und Kameraden dort wirklich bis zur Erschöpfung gekämpft haben. Was ich auch positiv erlebt habe, ist das Zusammenspiel der örtlichen und überörtlichen, das heißt kreislichen Einheiten. Die KatSchutz-Gruppe des IIm-Kreises war sehr schnell mit einem Einsatzleitfahrzeug vor Ort und hat das Kommando übernommen und es auch sehr schnell geschafft, die Zuführung überörtlicher Kräfte sicherzustellen und einzuordnen. Es wurden Weh-

**(Minister Maier)**

ren nicht nur aus dem Ilm-Kreis, sondern darüber hinaus zugeführt und das hat reibungslos geklappt. Was auch geklappt hat, ist, die Wasserversorgung sehr schnell sicherzustellen, mit Unterstützung auch der Agrargenossenschaften vor Ort, ein Hochwasserbehälter war verfügbar, aber es war trotzdem natürlich ein Kraftakt. Was nicht gut geklappt hat, ist – was hier auch schon mehrfach angesprochen wurde und wo ich mir die Kritik auch anrechnen lasse –, dass wir zwar in der Luft waren, wir konnten den Brand aus der Luft beobachten, aber es ist natürlich – wie soll ich sagen – kein guter Zustand, dass man ihn nicht sofort aus der Luft bekämpfen kann, also dass wir in dem Moment keine Luftunterstützung sehr schnell verfügbar hatten. Was auch noch kritisch zu betrachten ist: Eine spezialisierte Ausrüstung für ein Waldbrandszenario kann an dieser Stelle auch noch wichtige Dienste leisten.

Es ist schon angeklungen, ich habe mich dann im Nachgang erst einmal mit den Experten bei mir aus dem Haus, aus dem Thüringer Landesverwaltungsamt zusammengesetzt. Ich werde diese Analyse mit den vor Ort tätigen Kreisbrandmeistern und Einsatzkräften fortsetzen, um ein umfassendes Bild von den Leuten, die vor Ort waren, und von denen, die in den Ämtern Verantwortung tragen, auch was zum Beispiel die Beschaffung anbelangt, zu bekommen. Ich habe darüber hinaus in den letzten Tagen – kann man sagen – in Greiz, in Kahla und in Bad Salzungen sogenannte Blaulicht-Gespräche geführt, wo ich auch noch mal mit Kameradinnen und Kameraden vor Ort besprechen konnte, was aus ihrer Sicht zu tun ist. Lassen Sie mich Ihnen auch schon erste Erkenntnisse mitteilen: Was wir brauchen, sind tatsächlich spezialisierte Einheiten für die Bekämpfung von Vegetations- und Waldbränden. Bereits im Rahmen der Expertenkommission, die hier ja auch schon angesprochen wurde, zur Evaluierung des Thüringer Katastrophenschutzes wurden Vorschläge für diese Einheiten speziell zur Vegetationsbrandbekämpfung erarbeitet. Diese sind die Grundlage für die Beschaffung von speziell ausgerüsteten Katastrophenschutzfahrzeugen, von denen bereits 15 im Land vorhanden sind und die in den letzten zwei Jahren in den Dienst gestellt wurden. Diese Katastrophenschutzfahrzeuge sind geländegängig und enthalten die sogenannten Waldbrandsets, die genau das, was Kollege Dittes eben auch gesagt hat, beinhalten, nämlich – sage ich mal – leichte Bekämpfungsmittel wie zum Beispiel – und es mag sich für den einen oder anderen komisch anhören – eine Feuerpatsche, die in einem Waldbrandszenario ein sehr wichtiges und effizientes Hilfsmittel ist, auch ein Feuerlöschrucksack, der natürlich nicht viel Wasser hat, aber er kann ein

Entstehen oder Wiederaufflammen wirkungsvoll bekämpfen, das ist genau das, was wir in vermehrtem Umfang anschaffen müssen. Nach der Empfehlung dieser Kommission brauchen wir für ganz Thüringen 80 solcher Fahrzeuge, die natürlich dezentral verteilt werden müssen, um einheitlich eine derartige Gefahrenabwehr darstellen zu können. Also 15 haben wir schon, 80 brauchen wir, 23 bekommen wir vom Bund zur Verfügung gestellt; die restlichen müssen wir uns besorgen und das werden wir auch tun. Aber es hilft natürlich die beste Technik nichts, wenn die Einheiten nicht auch entsprechend ausgebildet sind; wir brauchen eine spezielle Ausbildung für Waldbrandszenarien. Da ist natürlich unsere Landesfeuerweherschule gefordert. Die Schule ist nicht in dem Zustand, in dem ich sie haben möchte.

(Beifall CDU)

Aber, Herr Fiedler, das wissen wir beide – weil Sie eben so streng mit mir waren –, das ist auch ein Erbe aus der Vergangenheit, das wird man in anderthalb Jahren nicht sofort ändern können.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das höre ich jetzt fast fünf Jahre!)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil es wahr ist!)

Es ist nun mal so. Ich kann mir die Ausbilder nicht backen. Wir bekommen sie auch nicht am Markt. Wir haben in Thüringen mittlerweile flächendeckend einen Fachkräftemangel. Das heißt, sie müssen selbst ausgebildet werden. Was wir getan haben, ist, die Kollegen besser zu bezahlen, schneller zu befördern und erst mal die entsprechenden Stellen zu schaffen, die Stellen höher zu gewichten usw.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wir müssen das vorhandene Geld in den Bau bekommen!)

Herr Fiedler, es passiert was, aber dafür brauchen wir Zeit. Wichtig ist, dass wir jetzt die notwendigen Maßnahmen unternommen haben. Auch da braucht es wieder entsprechende Software, um die Katastrophenschutzeinheiten in den Kreisen in die Lage zu versetzen, die entsprechenden Formblätter, die erforderlich sind – elektronisch müssen im Einsatz Formblätter geschrieben werden, das muss man sich mal vor Augen halten, ist aber so –, wenn es darum geht, zusätzliche Einheiten anzufordern, elektronisch auszufüllen und natürlich zu versenden.

Jetzt kommen wir zu dem Thema „Löschhubschrauber“: Ja, darüber haben wir schon mehrfach

**(Minister Maier)**

gesprochen. Der Haken ist da. Er wurde heute erprobt, er funktioniert. Dass das nicht gut ist, das habe ich in Plaue auch gemerkt und habe mich dann bei Airbus direkt eingesetzt, beim Vorstandsvorsitzenden von Airbus Helicopters, und habe dann diesen Haken bekommen. Das ist kein Ruhmesblatt, aber die Aufgabe ist an der Stelle jetzt wenigstens erledigt und wir haben diesen Haken. Aber, Herr Fiedler, auch das muss man sagen, unsere beiden Polizeihubschrauber sind eigentlich nicht für Brandeinsätze oder Brandbekämpfung gebaut. Die können natürlich helfen. Was wir brauchen, ist immer auch Unterstützung von außen, sprich vom Bund. Der Bund, sprich die Bundeswehr, war nämlich auch nicht in der Lage, in Plaue an dem Tag einen Hubschrauber zur Verfügung zu stellen, weil er defekt war. Er war auf dem Weg, musste zwischenlanden und konnte nicht mehr starten. Er war defekt. Auch da müssen die Hausaufgaben gemacht werden. Die Zivilhubschrauberflotte, die es in Deutschland gibt – insgesamt zwölf Maschinen –, die stehen überall, nur nicht hier. Deswegen habe ich auch gefordert, dass wir in Mitteldeutschland, sprich in Sachsen und Thüringen, einen Hubschrauber bekommen. Der muss vom Bund beschafft werden. Das ist meine Forderung, die übrigens auch vom Präsidenten des Deutschen Feuerwehr-Verbands geteilt, unterstützt wird. Das hat er mir persönlich geschrieben.

(Beifall CDU)

Insofern bin ich da, glaube ich, jetzt nicht ganz weltfremd.

Ich möchte mich natürlich auch bei denen bedanken, die da mitgearbeitet bzw. – man kann wirklich sagen – mitgekämpft haben. Es waren insgesamt über 2.500 Kameradinnen und Kameraden und sonstige Helfer an der Bekämpfung beteiligt. Ich selbst habe Einsatzkräfte erlebt, die seit vier Tagen quasi ununterbrochen im Einsatz waren. Die waren durch. Ich kann Ihnen auch sagen, gerade in Saaldorf musste ich mir sehr unangenehme Dinge anhören. Die waren auch wütend, weil gewisse Dinge nicht funktionieren haben. Aber dafür ist, sage ich mal, ein Minister auch mal da, als Blitzableiter – das mache ich nicht gern, aber das muss man –, um vor Ort auch mal die Stimmung aufzunehmen, um zu verstehen, was eigentlich los ist. Es war ein breites Bündnis, kann man sagen, was da Brandbekämpfung geleistet hat, Technisches Hilfswerk bis hin zur Bundeswehr. Ich möchte das noch mal an dieser Stelle abschließend sagen: Hier wurde Hervorragendes geleistet. Vielen Dank an alle! Ich bin sehr froh, dass niemand ernsthaft verletzt wurde. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Aufgrund der längeren Redezeit der Landesregierung haben jetzt alle Fraktionen noch 2 Minuten Redezeit. Herr Abgeordneter Fiedler.

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will jetzt gar nicht noch auf alles Mögliche eingehen. Ich könnte viele Dinge dazu erzählen. Herr Minister, vielleicht sollten Sie mal in die freiwillige Feuerwehr eintreten und dort Dienst tun, dann bekommen Sie viel mit. Wir müssen – aber das ist Handwerk der Feuerwehr – auf langen Wegestrecken Wasser aufbauen. Das ist ganz normales Zeug. Wo wir weiter etwas machen können und müssen, sind natürlich die Dinge wie geländegängig – das haben Sie vollkommen richtig erkannt –, aber dasselbe erzählen wir bei der Polizei seit gefühlten 100 Jahren. Da machen wir dasselbe, wir kaufen Straßenfahrzeuge, und da, wo irgendwo Gelände ist, kommen sie nicht hin und die Verbrecher kommen davon. Ich will nur sagen, wir haben dort Nachholbedarf im wahrsten Sinne des Wortes.

Herr Dittes, ich höre immer wieder, wo wir nicht zugestimmt hätten, aber Sie werden mir zustimmen, dass ich die ganzen Verhandlungspunkte, die wir verhandelt haben, alle einheitlich mitverhandelt und – ich glaube – auch die meisten eingebracht habe. Er nickt zumindest – für das Protokoll.

(Beifall CDU)

Aber ich will mich gar nicht in irgendwelchen Lobeshymnen ergehen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Aber warum Ihre Fraktion da klatscht?)

Ich erlebe es als Alters- und Ehrenabteilung, aber auch als Bürgermeister, der eine Feuerwehr hat, dass da an vielen Punkten auch auf der kommunalen Ebene noch einiges zu tun ist. Ich will das an der Stelle deutlich machen: Nicht immer nur nach dem Land rufen, sondern auf der kommunalen Ebene ist da auch noch einiges zu tun.

Herr Henke oder wer es vorhin war, wir müssen hier vor allen Dingen auch darauf hinwirken, dass die langgedienten und teilweise sogar bunt gestalteten Fahrzeuge ausgetauscht werden müssen. Wir müssen also auch die Richtlinie überarbeiten und schauen, was dort Neues zu tun ist. Herr Minister, wir haben heutzutage so viel neue Technik, da kann man durchaus auch mit Motorrädern, Trikes – oder Quads oder was es da alles gibt – in den Wald.

**Vizepräsidentin Jung:**

Abgeordneter Fiedler, ...

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Ich denke, 3 Minuten?

**Vizepräsidentin Jung:**

2 Minuten.

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

2 Minuten. Entschuldigung. So ein Mist, da habe ich wieder falsch gehört.

Wir müssen hier einfach aufpassen, dass wir die richtigen Dinge wirklich voranbringen. Die Kritik, die ich geäußert habe, ist mit Übereinstimmung des Feuerwehr-Verbandes passiert, der sagt: Der Minister hat doch seine Kommission, soll er doch mit denen erst mal reden und das Ganze machen! Das war die Kritik. Vielleicht ist gerade heute der Haken gekommen, weil heute Abend parlamentarischer Abend der Feuerwehr ist. Welch ein Zufall, aber ich freue mich trotzdem.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion der AfD hat Abgeordneter Henke das Wort.

**Abgeordneter Henke, AfD:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Noch mal ganz kurz zu Herrn Innenminister. Wir müssen uns bemühen, die Jugendfeuerwehren an uns zu binden. Wir wissen, wenn die dann alle zur Bundeswehr gehen oder Berufsausbildungen machen usw. usf., verschwinden die aus den freiwilligen Feuerwehren. Da müssen wir wirklich ansetzen, damit wir die Leute halten können. Dazu braucht es auch gut bezahlte Arbeitsplätze vor Ort, denn mir hilft es nicht, wenn jemand in Erfurt arbeitet, wenn bei mir in Crossen irgendetwas brennt oder ein Unfall ist. Dafür müssen wir Sorge tragen. Das wollte ich Ihnen eigentlich noch mal mitgeben, dass wir da auch die Leute in der Region halten. Dazu muss man natürlich die Region dementsprechend ausstatten. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion Die Linke hat Abgeordneter Dittes jetzt das Wort.

**Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:**

Vielen Dank, Herr Minister. Dank Ihrer Rede müssen Sie nicht bis zum 06.06. auf meine Kritik warten. Ich will eigentlich zwei Punkte ansprechen. Im Ersten stimme ich Herrn Fiedler zu, wir haben ja im Koalitionsvertrag die Überarbeitung der Katastrophenschutzverordnung vereinbart. Wir hätten natürlich auch die Zeit, das noch in den nächsten fünf Jahren zu tun, aber ich finde, wir sollten im Herbst etwas anderes für diesen Koalitionsvertrag verhandeln als das, was wir 2014 verhandelt haben. Insofern hoffe ich, dass wir diese Verordnung noch bis zum Herbst durch das Innenministerium auf den Weg gebracht bekommen.

Aber ich will auch noch mal auf die Hubschrauber eingehen. Sie haben natürlich den Finger in die Wunde gelegt, als Sie gesagt haben, wir brauchen eigentlich einen bundesweit einheitlichen, flächendeckenden Zugriff auf Löschhubschrauber. Vielleicht müssen wir an anderen Stellen auch mal über die Kleinteiligkeit in diesen Strukturen nachdenken. Wir haben in Thüringen zwei Polizeihubschrauber, wir haben in Sachsen-Anhalt Polizeihubschrauber, wir haben in Sachsen Polizeihubschrauber. Wir sollten darüber nachdenken, ob wir jetzt mit dem Bestand, den wir in Thüringen geschaffen haben, nicht tatsächlich eine Kooperationsvereinbarung zwischen den Ländern hinbekommen, um auf diesem Weg tatsächlich auch Hubschrauber über diese Ländergrenzen hinweg einsetzen zu können, auch in Notsituationen. Ich glaube, die Kleinteiligkeit, dass jedes dieser drei Länder über eine Hubschrauberstaffel verfügt, ist überholt.

Das Zweite, was mir wirklich nicht in den Sinn kommt, ich habe mich damit nicht intensiv beschäftigt, aber Sie haben die Inanspruchnahme des medizinischen Katastrophenhilfswerks mit dem Hinweis abgelehnt, dass das privatwirtschaftlich ist und Geld kostet. Ich sage ganz ehrlich: Natürlich, auch eine Vorhaltung einer eigenen Hubschrauberstaffel, auch eine Vorhaltung eigener Löschhubschrauber kostet Geld. In dem Moment aber, wo der Wald brennt, müssen wir, glaube ich, auf privatwirtschaftliche Angebote zurückgreifen, um Gefahren abzuwehren. Dass das möglicherweise keine Dauerlösung sein kann, ist dann eine andere Frage.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das ich das von der Linken noch mal höre!)

Da müssen wir tatsächlich die Frage stellen, ob wir es wirklich länderspezifisch lösen können oder ob wir auch bei der Polizeihubschrauberstaffel eine stärkere Kooperation der Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen brauchen. Das wollte ich Ihnen noch mitteilen. Vielen Dank.

**(Abg. Dittes)**

(Beifall CDU, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Jung:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das kann ich nicht erkennen. Dann schließe ich den vierten Teil und rufe auf den **fünften Teil** der Aktuellen Stunde

**e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Gasversorgung in Thüringen und bundesweit, Vorbereitung für eine neue Infrastruktur“**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags  
- Drucksache 6/7160 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Harzer, Fraktion Die Linke.

**Abgeordneter Harzer, DIE LINKE:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Es muss uns ja schon verwundern, wenn sich von fünf Aktuellen Stunden vier mit Energiepolitik oder Klimaschutz, auch wenn es indirekt ist, befassen. So scheint es doch, dass dieses Thema langsam an Wichtigkeit gewinnt. Und es gewinnt weiterhin an Wichtigkeit, wenn man sich die Gasinfrastruktur in Deutschland anschaut. Wir haben 511.000 Kilometer Leitungsnetz, wir haben 50 Gasspeicher in Deutschland, wobei der größte zwei Millionen Einfamilienhäuser ein Jahr lang versorgen kann. Und jetzt sollen weitere Kilometer für 134 Millionen Euro hinzukommen, die auf die Netznutzungsentgelte umgelegt werden sollen. Dieses schafft eine Verordnung, die Herr Altmaier hier im März unterschrieben und dem Bundesrat zur Beschlussfassung zugleitet hat, weil die mitbestimmungspflichtig ist. Mit diesen 134 Millionen Euro sollen LNG-Terminals gefördert werden, also Flüssiggas-, Erdgas-Terminals in Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven. Weil die Bundesnetzagentur im Herbst 2018 für den Netzentwicklungsplan 2018 bis 2028 die Notwendigkeit für den entsprechenden Anschluss dieser Terminals nicht gesehen hat und damit auch keine Förderung verbunden und damit auch kein Netzausbau nach Meinung der Bundesnetzagentur erforderlich ist, greift nun Peter Altmaier in die Trickkiste, macht eine Verordnung und sagt: Wir wollen es. Hintergrund ist ein Gespräch im Juli vergangenen Jahres zwischen US-Präsident Trump und Jean-Claude Juncker, in dessen Ergebnis der Export von LNG nach Europa um 272 Prozent gestiegen ist. 272 Prozent, das muss man sich mal vor-

stellen! Der Anteil aus den USA an LNG ist in dieser Zeit von 6 auf 30 Prozent gestiegen, und wer weiß, wie Erdgas in den USA gefördert wird, der weiß, dass es sich hier um Fracking-Gas handelt.

(Zwischenruf Abg. Kummer, DIE LINKE: Naturkatastrophe!)

Deswegen müssen wir einfach etwas dagegen tun, nämlich Fracking zerstört die Umwelt, Fracking hinterlässt Gifte in der Umwelt. Es ist bisher nicht bekannt, wie weit sich dieses auch auf die Grundwasser- und die biologische Situation in den Bereichen, wo Fracking angewendet wird, auswirkt. In Deutschland ist Fracking verboten und jetzt soll es über die Hintertür, über Erdgas, wieder reingebracht werden. Außerdem ist LNG auch so ein Problem. Es muss sehr energieintensiv verflüssigt, unter einem hohen Druck bei minus 170 Grad, und dann wieder am Entladepunkt vergast werden, damit dieses Gas weitertransportiert werden kann. Ich denke, das ist der falsche Weg, wie in der Energiepolitik der Bundesregierung ja ersichtlich, von Peter Altmaier. Wir müssen mehr dazu kommen, Wasserstoff ökologisch zu erzeugen, statt den SuedLink durch Deutschland zu zimmern,

(Beifall DIE LINKE)

Wasserstoffanlagen an der Nord- und Ostsee zu bauen, den Strom in das vorhandene Erdgasnetz über Wasserstoff, über methanisierten Wasserstoff, über Biogas, über künstliches Erdgas einzuspeisen. Die Technologien sind vorhanden, sie müssen nur entsprechend gefördert werden, um sie großtechnisch anzuwenden, dann haben wir auch keine Energiearmut zu befürchten. Auch so haben wir keine Energiearmut zu befürchten. Die LNG-Terminals, die vorhandenen, in Europa, die alle untereinander vernetzt sind, sind zu 25 Prozent ausgelastet. Deutschland wird über die Niederlande, über Norwegen, über Russland versorgt. Allein von Russland gibt es drei Trassen in Betrieb: Nord Stream 1, die Erdgastrasse Druschba, die zweite Erdgastrasse, die 1993 fertiggestellt worden ist, und im Bau ist Nord Stream 2. Also wir haben da keine Energiearmut zu befürchten, und wer denkt, dass wir uns vom russischen Erdgas abhängig machen – das sind wir längst, das war schon immer Bestandteil der Energiestrategie von Deutschland. Von der Warte aus ist es eher notwendig, sich ökologisch unabhängig zu machen, indem wir unser eigenes Gas erzeugen. Wer sehen will, wie es geht, der fährt mal 2020 nach Tokio zu den Olympischen Spielen. Das Olympische Dorf wird komplett wasserstoffbetrieben sein, die Busse werden mit Wasserstoffbrennzellen fahren – also es geht. Auch die ganze Wärmeversorgung wird mit Brennstoffzellen

**(Abg. Harzer)**

erfolgen. Man will dort der Welt ein Beispiel für die Wasserstoffwirtschaft liefern.

Es wird in der Zukunft einen Wasserstoffmix mit Elektro geben. Ich glaube, Deutschland sollte sich darauf vorbereiten und die Gelder dafür einsetzen und nicht indirekt darüber die Betreiber von Fracking-Gas fördern. Es heißt ja immer, sie sollen das Gas wirtschaftlich anbieten, aber wenn wir das mit 134 Millionen Euro fördern, kann es nicht wirtschaftlich sein. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Danke. Als nächster Redner hat Abgeordneter Möller, Fraktion der AfD, das Wort.

**Abgeordneter Möller, AfD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, als ich so Ihre Aktuelle Stunde gelesen habe, liebe Kollegen von der Linksfraktion, da konnte ich mir erst mal überhaupt keinen richtigen Reim darauf machen, was Sie eigentlich wollen, denn LNG-Terminals, ja, das ist ein interessantes, spannendes technisches Thema, die stehen aber üblicherweise natürlich am Meer, weil das LNG natürlich mit entsprechenden Schiffen dann aus Übersee in diesen Häfen angelandet, dort umgewandelt und in das Gasnetz eingespeist wird. Deutschland verfügt noch nicht über entsprechende Häfen. Nun ist es halt eine industriepolitische Entscheidung, das zu ändern, und ich muss sagen, ich finde die jetzt im Prinzip auch gar nicht schlecht.

Nur habe ich krampfhaft nach dem Thüringenbezug gesucht. Den Thüringenbezug habe ich überhaupt nicht gefunden, Herr Harzer,

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Über den Bundesrat, Herr Möller!)

denn jeder weiß natürlich, wenn man auf die Karte guckt – wir helfen Ihnen da gern auch ein bisschen dabei –, dass Thüringen keinen eigenen Zugang zum Meer hat, und ich gehe nicht davon aus, dass Sie vorhaben, hier in Erfurt an der Gera ein LNG-Terminal zu bauen. Das macht auch überhaupt keinen Sinn.

Also vielleicht mal ganz kurz zur industriepolitischen Entscheidung: Versorgungssicherheit ist eines der Grundziele des Energiewirtschaftsgesetzes. Und dieser Versorgungssicherheit fühlt sich die Linke nicht sonderlich verbunden, deswegen setzt sie auch auf Windkraft, aber das ist eben genau das Problem. Windkraft ist weder grundlast- noch spitzenlast- noch mittellastfähig, man kann im Grunde überhaupt nicht bedarfsgerecht mit ihr pla-

nen und damit fällt Windkraft eigentlich als Leittechnologie für ein Energieversorgungssystem natürlich auch aus. Ganz anders ist es jedoch beim Gas.

(Beifall AfD)

Gas ist durchaus mittel- und spitzenlastfähig. Man kann damit also ideal die Bedarfskurve abfahren und im Grunde genommen all die Mankos ausgleichen, die die von Ihnen so favorisierte Windkraft hat, die Sie leider immer noch zum Nachteil Thüringens in die Wälder klopfen wollen. Ich sage es Ihnen ganz offen: Alle heiße Luft, die Sie produzieren, wird nicht dazu ausreichen, die Windkraft grundlastfähig oder spitzenlastfähig zu machen. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall AfD)

Deswegen ist die Entscheidung, sich auf das Gas als Brückentechnologie bis zu wirklich innovativen Energietechnologien zu konzentrieren, durchaus richtig. Es ist auch durchaus eine nachvollziehbare und begrüßenswerte industriepolitische Entscheidung, sich hier durch ein eigenes LNG-Terminal entsprechend auch unabhängig von anderen Ländern zu machen.

Im Grunde genommen gibt es also wesentlich wichtigere energiepolitische Themen mit Thüringenbezug, um die Sie sich hätten kümmern können, insbesondere wenn man an die Gaskraftwerke denkt, die beispielsweise sehr stark unter der Energiewende leiden, die auch von Ihnen mitgeplant und mitfavorisiert wird. Ich erinnere da beispielsweise immer wieder gern – ich weiß, das ist ein Evergreen, Frau Siegesmund – an das Gaskraftwerk von Gera, das Dank der Energiewende pleite gegangen ist. Ich weiß, Sie werden mir jetzt wieder widersprechen, aber ich erkläre es noch mal: Hintergrund der Pleite der Stadtwerke Gera war eine zwangsweise Abschreibung auf den Wert des Gaskraftwerks und diese Zwangsabschreibung ist durch den Wertverfall des Kraftwerks verursacht worden, der wiederum dadurch verursacht wurde, dass an der Energiebörse die Preise immer weiter sanken. Und warum sind die gesunken? Weil dort der Erneuerbare-Energien-Strom aus Windkraftanlagen zwangsweise vermarktet wird. Und das ist halt immer so, wenn ein Produkt auf den Markt drängt, dann sinkt der Preis und langfristige Investitionen können sich nicht mehr amortisieren.

(Beifall AfD)

Das wäre ein Thema mit Thüringenbezug gewesen, um das Sie sich hätten kümmern können, das haben Sie aber nicht getan. Was Sie auch hätten tun können, Sie hätten beispielsweise die Russland-sanktionen mal einordnen können, denn die Russ-

**(Abg. Möller)**

landsanktionen sind insofern ganz wichtig. Wir bekommen Russengas hierher geliefert, das, was wir im Winter verheizen. Das, womit wir in Thüringen unseren Strom erzeugen, ist nichts anderes als Russengas. Der Russe hat, obwohl wir ihn mit Sanktionen überzogen haben, nie seine Lieferungen eingestellt, er war immer ein zuverlässiger Partner und es wäre vor diesem Hintergrund eigentlich Zeit, sich dafür einzusetzen, auch in Thüringen,

(Unruhe CDU)

(Beifall AfD)

dass diese Russlandsanktionen beendet werden. Das wäre durchaus auch ein gutes Thema für eine Aktuelle Stunde hier im Thüringer Landtag gewesen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Das war der Werbeblock für die Russen!)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordneter Kobelt das Wort.

**Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank erst mal an Steffen Harzer und Die Linke für diese Aktuelle Stunde. Es ist, glaube ich, ein kleines Beispiel, um zu zeigen, in welche Richtung sich Energiepolitik entwickeln kann. Aus meiner Sicht gibt es da zwei wesentliche Richtungen: Die eine ist, man setzt auf regionale Energieerzeugung, auf erneuerbare Energien. Die andere Richtung ist, wie es leider die CDU-geführte Bundesregierung immer noch forciert, man setzt auf Großtechnologien, auf fossile Energien. Diese Entscheidung muss man, glaube ich, prinzipiell treffen, weil diese zwei Systeme sehr stark miteinander konkurrieren, man sieht es ja in dieser krampfhaften Debatte um den Erhalt von Kohlekraftwerken, im Übrigen unwirtschaftlichen und sehr alten Kohlekraftwerken. Die Bundesregierung wirft jetzt der Solarenergie etwas zwischen die Beine – jetzt ist schon die Rede davon, dass der Einspeisevorrang verringert werden soll, also für eine Technologie, die je nach Region 95 bis 98 Prozent der Bürgerinnen und Bürger befürworten, die kostengünstig ist, die Solarenergie, die für den Hauseigentümer oder für den Mieter im Vergleich zum Kauf von Strom von Energieversorgern ein Drittel kostet. So eine Technologie wird beschnitten und in die andere Richtung wird eine Großtechnolo-

gie weiter gefördert, egal ob es jetzt die Kohleindustrie ist oder in diesem Fall die Gastechologie. Man kann ja ein bisschen verstehen, dass man sich als Bundesregierung jetzt nicht so von Russland abhängig machen und sich auch andere Märkte erschließen möchte, aber ökologisch sinnvoll ist das nicht und finanziell aus unserer Sicht auch nicht. Es ist ja nicht so, dass man das Geld, was man dann investiert, nach drei, vier Jahren, wenn es mal andersherum ist, wieder abbaut, sondern das sind ja Investitionen, die sich 20, 30 Jahre lang rechnen müssen, und diese Technologie wird dann auch beibehalten. Und wenn wir sehen, dass selbst die Bundesregierung den Klimawandel nicht mehr verleugnet und dort auch investieren möchte und bis 2040 dann an weitere Fossile-Energie-Investitionen gebunden ist, dann ist das ein Bärendienst, den wir der Energiewende – einer Energiewende, die kostengünstig sein soll, die regional sein soll und die auf der Kraft der Stadtwerke und der Bürgerinnen und Bürger besteht – erweisen. Deswegen bin ich ganz der Meinung, wie auch Steffen Harzer, dass das keine gute Investition ist und das Geld lieber in regionale erneuerbare Energien, in Speichertechnologien investiert werden sollte. Dass man zum Beispiel das vorhandene Gasnetz weiterhin nutzen und über Wasserstoff auch einspeisen kann und das sozusagen auch eine Art preisgünstige Batterie ist, darüber besteht, glaube ich, kein Zweifel. Aber jetzt neue Kapazitäten und neue Abhängigkeiten zu schaffen, und wenn es Abhängigkeiten zur USA sind, wird das vielleicht aus Sicht der Bundesregierung noch gehen, aber die politische Lage kann sich dort auch mal verändern oder verändert sich ja auch leider schon und jede Abhängigkeit ist schlecht. Es schaffen zu können, uns als Industrieland unabhängig zu machen und dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Wirtschaftskreisläufe hier im Land nutzen, mit den Handwerkern, mit den Stadtwerken zusammen, und das mit erneuerbaren Energien, das schnellstmöglich umzusetzen, ist unser Ziel. Jeder Euro, der da noch in das alte System, in das fossile System fließt, ist aus unserer Sicht vergebenes Geld und sollte besser woanders investiert werden: in erneuerbare, ökologische Energieerzeugung. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Mühlbauer, Fraktion der SPD, das Wort.

**Abgeordnete Mühlbauer, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, das Spannende an unserem Dreifachbündnis ist, dass wir uns nicht immer deckungsgleich mit den gleichen Inhalten, mit den gleichen Ergebnissen konfrontiert sehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Linke hat mit diesem Punkt das Thema „Gasversorgung“ auf die Tagesordnung genommen. Warum habt ihr es getan oder haben Sie es getan? Weil im Bundesrat die Verordnung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Aufbau der Landesgasinfrastruktur auf der Agenda steht. Und worum geht es, meine sehr geehrten Damen und Herren? Es geht darum, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, momentan Herr Altmaier, der in seinen Augen wachsenden Bedeutung des Energieträgers Gas gerecht werden will und einen oder mehrere Terminals für liquefied natural gas in Wilhelmshaven, Stade oder in Brunsbüttel bauen will. Um was geht es? Es geht ursprünglich zuerst mal um eine Gaspipeline, die an einem Punkt, an einem Hafen gebaut werden soll. Da kann man mit einem Schiff oder einem Behälter mit Gas kommen, dieses in die Pipeline tun und dann transportiert man dieses Gas zu denen, die verbrauchen müssen.

Kollege Kobelt hat es gerade gesagt: Man kann ein Gasnetz auch anderweitig verwenden, diese Netze sind nämlich ganz wichtige Energiespeicher. Aus diesem Grund halten wir Sozialdemokraten dieses Gasnetz auch für sehr wesentlich, weil – sage ich jetzt mal in der Deutlichkeit – am Ende des Tages Elektromobilität mit den Zielen, die wir vorhaben, uns in der Schnelligkeit vor technische Probleme stellen wird. Also müssen wir ergebnisoffen sein.

Ich spreche jetzt zum Beispiel über Wasserstoff. Machen wir aus Windenergie Wasserstoff, speichern wir den in unseren Gasleitungen zwischen, sind wir gegebenenfalls schon ein ganzes Stück weiter in der Frage der Klimaverbesserung in der Mobilität. Dafür werben wir, dafür wirbt auch Minister Tiefensee intensiv und dazu haben wir auch die notwendige Technologie hier in Thüringen. Also ein deutliches Ja für ein Gasnetz, ein deutliches Ja für Netze, die speicherbar sind, weil es ein wesentlicher Bestandteil unserer Klimaschutzstrategie ist, einzuspeichern. Sonnen- und Windparks wissen wir, wir müssen dann speichern, der Verbrauch ist anderweitig.

Das heißt, ich, wir Sozialdemokraten sehen in diesem Netz Vorteile. Ein deutliches Nein – und das kann ich nur fünfmal unterstreichen – zu Fracking-Gasen, auch zu Fracking-Gas aus Amerika, aus Russland oder wo sie sonst per Schiff herkommen

sollten. Ein Gas, das durch Fracking-Technologie gewonnen wird, wird von mir niemals ein positives Votum bekommen, weil diese Technologie für die Menschen in der Region – und am Ende des Tages leben wir auf einer Erde und auf einer Welt – viel zu gefährlich, nicht kalkulierbar ist, Wasser, die Natur vergiftet und uns dauerhaft mehr schadet als nutzt. Das sind kurzfristige wirtschaftliche Renditeüberlegungen, die gerade mit den Umweltschäden nicht nachhaltig durchdacht und nicht nachhaltig kontrolliert und kontrollierbar sind und kalkulierbar sein werden.

Bitte hier ein Ja zu Netzen! Wir brauchen mehr Netze im Gasbereich, um unsere engagierten Ziele auch umzusetzen, übrigens technologieoffen. Ein klares Nein zu Fracking in Thüringen und ein Nein zu Fracking auf der ganzen Welt. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion der CDU hat Abgeordneter Prof. Dr. Voigt das Wort.

**Abgeordneter Prof. Dr. Voigt, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, LNG; ich muss gestehen, dass wir heute einen guten Ritt durch den – sage ich mal – klimapolitischen Gemüsegarten erlebt haben. Im Prinzip war es eine sehr simple Frage, nämlich: Sind wir dafür, dass wir zwei Terminals in Deutschland bauen oder nicht? Und da sind jetzt Fracking-Gase reingekommen und alles mögliche andere, Russland und USA. Also ich will mal eines sagen: Wir machen Klimapolitik mit Augenmaß

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Ihr macht gar keine! – Der war gut!)

und das bedeutet für uns ganz klar, dass wir auf der einen Seite Umweltbezogenheit, Bezahlbarkeit, aber gleichzeitig auch die Versorgungssicherheit in den Blick nehmen.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: ... ist der höchste in Europa – wegen euch!)

Nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Möller, aber dass Sie Ihre Sprechpunkte direkt aus dem Kreml zugesendet bekommen und die dann hier vortragen, das sagt viel mehr über Sie aus als das,

(Beifall CDU)

was Sie jetzt an Sachargumenten hier noch schnell reinzustreuen versuchen.

**(Abg. Prof. Dr. Voigt)**

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ich will Ihnen auch eines sagen: Wenn Sie das nächste Mal bei Facebook Ihre Besuche da in Russland posten, wahrscheinlich stehen Sie da gerade wieder auf einer Gasleitung,

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Ich falte euch gleich einen Aluhut!)

ist alles okay, ja – aber heute nicht! Und ich will Ihnen eines sagen: Wenn wir über LNG reden, reden wir auch über die Fragestellung, ob Deutschland auch weiterhin ein Industrieland bleiben soll. Und wenn wir uns das anschauen – und wir reden über Grundlastfähigkeit, Spitzenlast –, da muss man doch eines feststellen: In 2018 gab es schon Produktionsbeeinträchtigung wegen Stromschwankungen. Genau aus dem Grund sagen wir: Lasst uns einerseits in der Versorgungssicherheit diversifizieren, also unser Gas eben nicht nur über solche Debatten wie Nord Stream, Nord Stream 2 letztlich klären, sondern breiter aufgestellt sein. Und im Übrigen – und das ist, glaube ich, die viel spannendere Frage –, geht es ja auch um die Ökologie dahinter. Und wenn wir uns anschauen, was LNG letztlich auch an Möglichkeiten bietet, um zukünftig bei Power-to-X-Technologien dafür zu sorgen, dass Öko-Strom auch in Gas übersetzt wird, dann kann ich Ihnen nur zurufen, da verwundert mich schon, dass Sie hier mit so einer Verve das versuchen vorzutragen, aber Sie gleichzeitig genau wissen, dass wir auch solche Beiträge brauchen, um letztlich die Investitionen für die Zukunftstechnologien sicherzustellen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Stimmt doch überhaupt nicht!)

Energiesicherheit auf der einen und auf der anderen Seite natürlich auch Innovationstechnologie durch Power-to-X führen am Ende nicht an der Fragestellung vorbei, wie wir mit Gas klug umgehen können, um es auch als ein grundlast- und spitzenlastfähiges Energiemedium zu nutzen. Wir als CDU sprechen uns ganz klar dafür aus, dass das, was Minister Altmaier vorgelegt hat, auch gilt, nämlich dass Deutschland dort für zwei LNG-Terminals einsteht, dass wir die an das deutsche Gasnetz anbinden. Und 134 Millionen Euro – Herr Harzer, also ich meine, wir können alle ein bisschen Mathematik machen, und wenn wir uns das anschauen, Abschreibung plus die Bevölkerung auf Deutschland, dann kann ich Ihnen genau sagen, wie viel da am Ende hängen bleiben wird. Das hat nichts mit all den Versprechungen, die Sie jetzt hier gerade an Investitionen gemacht haben, zu tun. Die 134 Millionen Euro sind gut investiertes Geld in ein diversifi-

ziertes Energienetz in Deutschland, sie sind gut investiertes Geld in den Industriestandort Deutschland, weil das am Ende eben unsere Produktionskapazitäten sicherstellt. Und es ist gut investiertes Geld in die Zukunftstechnologie, die wir auch brauchen, wenn Deutschland auch weiter in Klimaschutz und Klimawandel investieren will.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Vorher beim Wald jammern und jetzt den alten Stiefel weitermachen!)

Und übrigens, da brauchen wir keine Nachholung, weil letztlich gilt eines: Wir haben den ersten Umweltminister eingeführt, wir haben den Grünen Punkt eingeführt und wir haben viele, viele klimapolitische

(Beifall CDU)

und energiepolitische Maßnahmen gemacht. Da brauchen wir von Ihnen keinen Nachholebedarf, denn schulmeistern können Sie in irgendwelchen kurzen Aktuellen Stunden,

(Unruhe DIE LINKE)

aber wenn es um die Zukunft von Deutschland geht, da gibt es in diesem Rund leider nur eine Partei und das ist unsere.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Landesregierung hat Ministerin Siegesmund das Wort.

**Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Übrigens ist der erste Umweltminister am Samstag zu Gast in Jena im Klimapavillon. Den kann man ja dann fragen, wie er dazu steht, dass es LNG-Terminals gibt. Spannende Frage!

Danke für die Aktuelle Stunde, lieber Steffen Harzer.

Es ist ja richtig, dass Erdgas noch nach Erdöl die zweitwichtigste Energiequelle in der Bundesrepublik ist. Aber wenn man weiß, dass 2015 das Pariser Weltklimaabkommen geschlossen wurde, wenn man weiß, dass diese Bundesregierung eigentlich Ziele vorhat, bis 2020 40 Prozent CO<sub>2</sub> einzusparen, bis 2050 übrigens CO<sub>2</sub>-neutral zu produzieren, dann kann man doch jetzt nicht hergehen und sagen, diese Herausforderung stemmen wir, indem wir an dieser Stelle – ja, das ist richtig, Steffen Har-

**(Ministerin Siegesmund)**

zer – vor allem Fracking-Gas aus den USA importieren. Und das kann man zu Recht kritisieren und das ist auch richtig zu kritisieren. Im Übrigen gibt es durchaus Anlass, sich auch hier in Thüringen mit dem Thema zu befassen. Im Bundesrat haben die sich damit befassenden Ausschüsse bereits darüber diskutiert. Wir haben – das kann ich Ihnen versichern – als Landesregierung Thüringens bislang sehr kritisch argumentiert. Die Befassung auf Bundesebene ist noch nicht abgeschlossen. Da steht es den Landtagsfraktionen selbstverständlich auch zu, im Thüringer Landtag nicht nur ein Meinungsbild einzufangen und abzubilden, sondern auch die Position der Landesregierung über eine Aktuelle Stunde noch einmal in die Öffentlichkeit zu tragen.

Zum Sachstand: Bisher gibt es ja keine sogenannten „LNG-Terminals“ im Bundesgebiet. Im Norden Deutschlands sind allerdings drei Standorte in Planung. Ein Hemmnis beim Bau dieser Terminals stelle, so die Bundesregierung, der gesetzliche Rahmen dar. Deswegen müssen sich auch Bundestag und Bundesrat damit befassen, damit die Anlagenbetreiber den Netzanschluss nicht selbst bauen und bezahlen müssen. Um diese wirtschaftlichen Hemmnisse für die Anlagenbetreiber abzubauen, hat die Bundesregierung diesen Verordnungsentwurf zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Aufbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland vorgelegt. Der wiederum bedeutet, dass eine Änderung der Gasnetzzugangsverordnung sowie der Anreizregulierungsverordnung notwendig ist. Im Ergebnis werden dann durch die beabsichtigten Änderungen die Fernleitungsnetzbetreiber verpflichtet, die Leitungen zwischen den LNG-Anlagen und dem Fernleitungsnetz zu errichten und dadurch die Anlage an das Gasnetz anzuschließen. Die Errichtungskosten des Netzanschlusses, wenn alles so bliebe – ich stelle nur den Sachstand dar, wie es bislang geplant ist –, sollen zukünftig die Fernleitungsnetzbetreiber zu 90 Prozent tragen. Außerdem werden die Fernleitungsnetzbetreiber mit den Betriebskosten der Leitungen belastet. Diese Kosten können diese wiederum bei der Netzentgeltkalkulation geltend machen und dadurch auf die Netzentgelte umlegen. Mit anderen Worten: Die Frage, was das für die Umlage in die Netzentgelte heißt, betrifft uns.

Jetzt komme ich zur Wertung und Einordnung. Erstens: Herr Abgeordneter Voigt, ich finde es interessant, dass Sie von Produktionseinschränkungen aufgrund der Tatsache, dass es Schwankungen im Energienetz der Bundesrepublik gegeben habe, sprachen. Die würden mich einmal interessieren. Was ich Ihnen versichern kann, ist, dass auf Grundlage des stattfindenden Klimawandels, auf Grundlage des Hitze- und Dürresommers 2018 Firmen wie

BASF beispielsweise Verluste in Höhe von 250 Millionen Euro eingefahren haben, weil sie die entsprechenden Transportmöglichkeiten auf den Flüssen nicht nutzen konnten. Das sind Produktionseinschränkungen, die mit dem Klimawandel zusammenhängen, die wir ernstnehmen müssen und die wir noch öfter vorfinden werden, wenn wir nicht entschlossen handeln.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn das mal nicht ein Grund ist, zu sagen, ökologisch denken und ökonomisch handeln muss noch mehr Hand in Hand gehen. Das ist das Entscheidende.

Das Zweite, was dieses Vorhaben des Bundes erkennt, ist, dass die künftige Ausrichtung des Energiesystems auf die vollständige Dekarbonisierung abzielt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob und wie sich da neue Technologien für erneuerbares Gas einbinden lassen, ist erst einmal zweitrangig.

Das Dritte: Natürlich schwebt auch uns vor, dass wir beispielsweise mit grün erzeugtem Gas deutlich bessere Strom- und Wärmequellen noch erschließen können. Noch ist es für Thüringen relevant, dass wir in den vielen kleineren Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die sehr effizient sind, vor allen Dingen fossiles Gas einsetzen. Wenn das potenziell grünes Gas sein soll, ist die Technologie, die Struktur dafür aber bereits vorhanden.

Das gilt viertens übrigens auch – die Frage würde sich dann für Thüringen noch stellen – für die dazugehörige Infrastruktur. Die Frage ist ja: Brauchen wir diesen Ausbau, um unsere Netze – grundlastfähig sollen sie sein, aber die Netze sollen ja auch als Speicher fungieren – zusätzlich mit beispielsweise grün erzeugtem Gas zu befüllen? Ist es notwendig, diese Infrastruktur auszubauen? Nach gängiger Expertenmeinung ist es nicht notwendig. Von daher ist auch diese Investition und Infrastruktur eine, wo wir sagen, das ist verfrüht. Deswegen ganz klar auch aus Sicht des Landes Thüringen große Skepsis, bis hin zu meinem letzten Punkt: Selbstverständlich steht im Vordergrund der Debatte, dass einerseits im Land – das werden wir am Freitag über das Wassergesetz auch noch mal festschreiben – Fracking ausgeschlossen ist. Im Wassergesetz steht das klare Verbot von Fracking. Da wäre es schon absurd, wenn wir dann auf der anderen Seite eine Pro-Diskussion für LNG-Terminals führen würden, wo es am Ende ermöglicht wird, Fracking-Gas aus den USA hierher zu importieren. Das ist nicht

**(Ministerin Siegesmund)**

die klima- und energiepolitische Zukunft, wie wir sie uns wünschen und vorstellen.

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Nur gut, dass Fracking-Gas im Moment importiert wird!)

Von daher sage ich, es reicht die Infrastruktur, maximal gibt es noch einen Modernisierungsbedarf. Darüber muss man reden, das ist der richtige Weg. Ansonsten stabilisieren wir unser Energiesystem mit Sicherheit besser, indem wir auf Zukunftstechnologien setzen, die dekarbonisiert sind, und nicht welche, die die Dekarbonisierung konterkarieren. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Ich schließe damit die Aktuelle Stunde und auch diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**

**Tätigkeitsbericht 2014 bis 2018  
des Beauftragten der Thüringer  
Landesregierung für Men-  
schen mit Behinderungen**

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
- Drucksache 6/7142 -

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass diese Beratung von Gebärdensprach- und Schriftdolmetschern übersetzt und über Monitor in den Raum F 125 übertragen wird sowie per Internet-Livestream auf „Plenum Online“ verfolgt werden kann.

Aus den Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen wünscht niemand das Wort zur Begründung. Die Landesregierung erstattet einen Sofortbericht zur Nummer 1 des Antrags. Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Werner das Wort.

**Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Schrift- und Gebärdendolmetscherinnen, sehr geehrte Gäste auf der Tribüne, am Livestream, vor allem sehr geehrter Herr Beauftragter für Menschen mit Behinderungen, sehr geehrter Herr Leibiger! Ich möchte mit zwei Daten beginnen: Am 26. März jährt sich zum zehnten Mal die Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte der Men-

schen mit Behinderungen und am 5. Mai begehen wir alljährlich den Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Allein diese beiden Daten könnten schon Anlass genug sein, sich mit der aktuellen Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und Initiativen zu deren Verbesserung im Plenum des Landtags näher zu befassen. Wir befassen uns aber sehr regelmäßig mit der Situation der Menschen mit Behinderungen und haben heute einen ganz besonderen Tagesordnungspunkt hier zu besprechen, nämlich den Bericht des Interessenvertreters von Menschen mit Behinderungen, des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen.

Zunächst herzlichen Dank an die Koalitionsfraktionen, die diesen Bericht auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt haben. Der Bericht wurde am 27. März an Frau Landtagspräsidentin Diezel und Herrn Ministerpräsidenten Bodo Ramelow übergeben. Wir können nun heute dazu zum ersten Mal und dann später auch in den Ausschüssen noch ausführlicher diskutieren.

Ich möchte natürlich an dieser Stelle den Beauftragten für Menschen mit Behinderungen, Herrn Leibiger, zunächst sehr herzlich begrüßen und vor allem möchte ich ihm wirklich meinen Dank und meine Anerkennung nicht nur für den Bericht, sondern auch für die Arbeit der letzten Jahre aussprechen.

(Beifall DIE LINKE, AfD)

Ich glaube, auf der einen Seite können wir erkennen, dass sich der Bericht wirklich sehen lassen kann. Als Zweites macht er durch die Vielzahl der Themen und der Aktivitäten des Beauftragten deutlich, dass im Berichtszeitraum für Menschen mit Behinderungen einiges erreicht und anderes auf den Weg gebracht wurde – auf das eine oder andere werde ich an dieser Stelle noch einmal eingehen. Aber, lieber Joachim, du kannst stolz auf deine Arbeit sein, stolz auf das, was du geleistet hast. Wir sind dir wirklich dankbar für eine hervorragende Arbeit in den letzten viereinhalb Jahren.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das hier auch so deutlich, weil ich sehr genau weiß, dass die Position des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen keine einfache ist. Wir wissen nicht nur, dass der Beauftragte mit vielfältigen Kontakten und Vorhaben konfrontiert ist, sondern es sind auch viele Erwartungen, die dem Beauftragten entgegengebracht werden und auf die er immer wieder reagieren muss. Das spiegelt sich, denke ich, auch sehr deutlich im Bericht wider, denn daraus sind dann die entsprechenden Konse-

**(Ministerin Werner)**

quenzen zu lesen, dass der Beauftragte hier uns entsprechende Empfehlungen, Erwartungen und Forderungen mit auf den Weg gibt. Ich weiß auch, dass es nicht immer einfach ist, weil natürlich die Menschen, die betroffen sind, ihre Wünsche beim Beauftragten für Menschen mit Behinderungen loswerden – bei uns auch oft, aber natürlich bist du in der besonderen Situation. In der Position kann man oft nur als Botschafter fungieren, man kann nur als Anwalt sprechen, man kann nur diese Aufträge, die Wünsche und Bedarfe weitergeben. Es ist nicht immer eine sehr schöne Situation, deswegen Dank dafür, dass du diese Botschafterfunktion, diese Anwaltsfunktion so wahrgenommen hast in den letzten Jahren.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Bericht macht im Teil „Politik und Recht in einem neuen Zeitalter“ deutlich, dass eine Reihe bundes- und landesrechtlicher Maßnahmen die Zielsetzung verfolgte, die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Ich möchte an dieser Stelle einmal eher weniger beachtete Gesetze wie das Landesarchivgesetz, das Landesdenkmalschutzgesetz oder den Landesteilhaberlass, der vom Kabinett beschlossen und erst vor Kurzem im Staatsanzeiger veröffentlicht wurde, erwähnen.

Die Empfehlungen des Beauftragten beziehen sich auch auf das Behindertengleichstellungsgesetz, kurz ThürGIG, das wir hier schon das erste Mal diskutiert haben, und auch auf den Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Beim Maßnahmenplan können wir bereits Vollzug melden, denn gerade heute wurde der Öffentlichkeit in der Multifunktionsarena des Steigerwaldstadions auf einer groß angelegten Fachkonferenz der neue Plan 2.0, der Maßnahmenplan, vorgestellt. Ich denke, 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Fachkonferenz machen deutlich, welche Aufmerksamkeit der Bericht erfahren hat, aber auch, was sich daraus für Aufgaben für die Landesregierung und für die Fraktionen, für den Landtag ergeben.

Beim Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen befinden wir uns nun auf der Zielgeraden. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde im März im Landtag eingebracht. Ebenfalls im März fand dazu bereits eine Anhörung der Vereine und Verbände sowie des Beauftragten statt. Nun wird die Anhörung ausgewertet. Mit Sicherheit wird das auch noch zu der einen oder anderen Veränderung führen. Hier sind wir auf die Diskussionen im Ausschuss gespannt. Man kann aber, denke ich, schon so viel zum Gesetzentwurf sagen, was wichtig ist und was wir beide gemeinsam umsetzen wollen, nämlich dass der Lan-

desbeauftragte für Menschen mit Behinderungen zukünftig beim Thüringer Landtag angesiedelt sein soll. Er wird also nicht mehr durch den Ministerpräsidenten berufen, sondern in geheimer Wahl mit der Mehrheit der Mitglieder des Hohen Hauses gewählt. Vorschlagsberechtigt sind die Landtagsfraktionen sowie der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen. Damit wird das Verfahren zu seiner Berufung transparenter und partizipativer gestaltet. Darüber hinaus erhält der Beauftragte eine direkte demokratische Legitimation vom Parlament. Er wird über neue Aufgaben und Befugnisse verfügen. Selbstverständlich ist dabei auch der Haushalt des Beauftragten in den Blick zu nehmen, um für eine angemessene Personal- und Sachausstattung zu sorgen.

Bei der Verabschiedung des Inklusionsgesetzes werden die Forderungen des Beauftragten mit in den Blick genommen werden. Ich denke, der Bericht verdeutlicht an dieser Stelle auch noch einmal, wie wichtig eine Neustrukturierung des Amtes des Beauftragten ab der kommenden Legislaturperiode mit anderen Befugnissen und einer größeren Unabhängigkeit ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, Barrieren in den Köpfen sind mitunter schlimmer und unüberwindbarer als die fehlende Rampe oder der nicht abgesenkte Bordstein. Insofern teile ich ausdrücklich das Resümee des Beauftragten im Teil „Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit“, dass es Aufgabe aller gesellschaftlichen Akteure und damit auch der Landregierung sein sollte, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zum Gegenstand der Medienarbeit zu machen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Anregung des Beauftragten, den Thüringentag inklusiv und barrierefrei auszugestalten und in regelmäßigen Abständen einen Inklusionstag im Thüringer Landtag zu begehen, aufgegriffen würde.

Der Beauftragte selbst setzt seinerseits zahlreiche Akzente, um die Öffentlichkeit durch Kampagnen, Vorträge und Broschüren zu sensibilisieren und gesellschaftlich relevante Vorgänge zu erklären. Die in dieser Woche neu aufgelegte Broschüre zur Kommunalwahl in leichter Sprache ist dafür ein sehr gutes Beispiel. Demokratie lebt von Transparenz und Verständlichkeit. Hier leistet der Beauftragte wertvolle Arbeit. Auch dafür noch mal sehr herzlichen Dank!

(Beifall CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Abschnitt „Zusammenarbeit – Gemeinsam sind wir stark!“ wird zum einen erkennbar, dass der Beauftragte in umfangreichen Kooperationen auf kom-

**(Ministerin Werner)**

munaler, Landes- und Bundesebene eingebettet ist. Zum einen zeigt er die ganze Bandbreite der Themen auf, mit denen er sich auseinandersetzt. Es geht um Bildung, Arbeit, Bau und Verkehr, Rundfunk, Information und Kommunikation, Sport, Wohnen. Man könnte auch sagen: Es gibt fast nichts, womit sich der Beauftragte nicht auch beschäftigen würde bzw. müsste. Das unterstreicht noch einmal, welches Bindeglied der Beauftragte zwischen der Landespolitik und der Gesellschaft insgesamt darstellt und dass die Entscheidung der Koalition richtig war, dem Amt zukünftig mehr Eigenständigkeit und Gewicht zu verleihen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, im Berichtsteil „Bildung“ widmet sich der Beauftragte einer Kernkompetenz der Landespolitik. Frühkindliche, schulische, Hochschul- und Erwachsenenbildung sind hier einige Schlagwörter, die der Bericht auflistet und bilanziert. Der Beauftragte begleitet Gesetzgebungsprozesse kritisch und hat eigenständige Positionen bezogen. Bei der inklusiven Vorschul- und Schulbildung fordert der Beauftragte mehr Tempo und Entschlossenheit. Wir alle sind aufgefordert, uns etwa bei den Beratungen zum inklusiven Schulgesetz mit seinen Argumenten auseinanderzusetzen, denn die inklusive Bildung ist ein Menschenrecht und keine Idee, Utopie oder Ideologie. Was in der kleinsten Form des Zusammenlebens der Familien selbstverständlich ist, dass nämlich Menschen mit und ohne Behinderungen zusammen wohnen, lernen und arbeiten, sollte in institutionellen Zusammenhängen nur recht und billig sein.

Wie im richtigen Leben setzt der Bericht nach der Bildung mit der Arbeitswelt für Menschen mit Behinderungen fort. Der Abschnitt steht unter dem Titel „Geld + Anerkennung = Teilhabe“. Die Arbeitslosigkeit von schwerbehinderten Menschen ist zwischen April 2016 und April 2019 um fast 1.000 Menschen von 5.718 auf 4.735 zurückgegangen. Das ist ein Rückgang von 17 Prozent. Wir müssen die Unternehmerinnen und Unternehmer aber auch zukünftig immer wieder ermutigen, sich auch dieses Potenzial weiter zu erschließen. Wer den Wandel auf dem Arbeits- und Fachkräftemarkt erfolgreich bestreiten will, muss ohnehin viel mehr auf Diversität und alle Ressourcen setzen. Wir können jedoch nicht damit zufrieden sein, wenn arbeitslose Menschen mit Behinderungen ein ganzes Jahr lang auf Stellensuche sind und nahezu jeder zweite arbeitslose Mensch mit Behinderung langzeitarbeitslos ist.

Den Empfehlungen entnehme ich wichtige Anregungen in diesem Bereich. Der zunehmenden Mittelknappheit in der Ausgleichsabgabe muss entgegengewirkt, die Passgenauigkeit von Qualifizie-

rungs- und Vermittlungsmaßnahmen und die Digitalisierung des Arbeitsmarktes müssen angegangen werden. Diese Erkenntnisse teile ich ausdrücklich und sehe sie als Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung.

Arbeit und Bildung, ja Teilhabe überhaupt hängen maßgeblich davon ab, wie barrierefrei die bauliche Umgebung, Verkehrsmittel, Wohnungen, Internetseiten und auch Schulen sind. Im Teil „Barrierefreiheit, Komfort für alle“ gewährt der Beauftragte Einblicke in seinen Kampf um Barrierefreiheit. Am Ende lässt ein umfangreicher Forderungskatalog keine Zweifel daran aufkommen, dass mehr Barrierefreiheit nicht nur ein Schwerpunktthema des Beauftragten und seines Büros darstellt, sondern übergreifend in der gesamten Landesregierung, bei den Kommunen und allen anderen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern mehr Beachtung finden sollte. Der Umfang und der Einsatz finanzieller Mittel sowie die fachliche Prüfung stellen aus Sicht des Beauftragten die Hauptstellschrauben für mehr Barrierefreiheit dar.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Teil „Einzelfälle“ und der dazugehörigen Anlage wird deutlich, dass der Beauftragte das Vertrauen vieler Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehörigen genießt und mitunter als letzte Instanz angerufen wird. Diese Funktion, gewissermaßen als Anwalt der Betroffenen zu agieren, ist mir besonders wichtig, da der Beauftragte Schwachstellen in Gesetzen und Verwaltung identifizieren und Lücken schließen helfen kann. Menschen fühlen sich auf diese Weise angenommen und unterstützt. Sie verlieren nicht den Glauben an Politik und Gerechtigkeit, auch wenn nicht in jedem Fall geholfen werden kann.

Hinsichtlich des Kapitels „Organisation und Budget“ hatte ich bereits darauf verwiesen, dass die Fraktionen des Thüringer Landtags momentan den Haushalt 2020 beraten und damit auch die zukünftige Mittelausstattung des Beauftragten. Ich bin zuversichtlich, dass gemeinsam mit dem Beauftragten ein Rahmen abgesteckt wird, der den zukünftigen Herausforderungen gerecht wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin überzeugt davon, dass der vorliegende Bericht sehr anschaulich und eindrucksvoll unterstreicht, mit welchem Einsatz der Beauftragte und sein Team täglich für Menschen mit Behinderungen arbeiten. Dies verlangt – denke ich – unser aller Dank und Respekt und verpflichtet auch alle gesellschaftlichen Akteure, auch uns Politikerinnen und Politiker, ihren Standpunkt immer wieder zu hinterfragen und die Erkenntnisse auch entsprechend umzusetzen. Für die Landesregierung kann ich diese Bereitschaft an dieser Stelle zusagen. Herzlichen Dank.

**(Ministerin Werner)**

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Jung:**

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. Ich frage: Wer wünscht die Fortberatung des Berichts? Das sind die Fraktionen Die Linke, die CDU, Bündnis 90/Die Grünen, die SPD und auch die AfD. Also alle Fraktionen wünschen die Fortberatung des Berichts. Ich eröffne die Aussprache zum Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags und gleichzeitig eröffne ich die Aussprache zu Nummer 2 des Antrags. Das Wort hat Abgeordnete Meißner, Fraktion der CDU.

**Abgeordnete Meißner, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete und liebe Zuschauer an den Bildschirmen, wir haben ein wirklich umfassendes Werk über die Arbeit des Thüringer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen über die Jahre 2014 bis 2018 vorliegen. Wenn man sich vor Augen führt, dass 10 Prozent der Thüringer eine amtlich festgestellte Schwerbehinderung haben, und sich dann noch überlegt, dass es dazu viele Betreuer, Angehörige und Weitere gibt, die sich mit Problemen an einen Ansprechpartner wenden müssen, dann kann man sich vorstellen, welche Arbeit dieser Beauftragte zu leisten hat. Dieses umfangreiche Werk, was uns seit ein paar Wochen vorliegt, steht hier auf Antrag der Koalitionsfraktionen im Plenum zur Diskussion.

Ich kann nur ganz von Herzen sagen: Vielen Dank für die viele, viele Arbeit, die hinter diesem Tätigkeitsbericht steckt, aber natürlich auch für die Arbeit, die der Behindertenbeauftragte darüber hinaus in den letzten Jahren geleistet hat, die vielleicht auch nicht Niederschlag in diesem Bericht findet.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Leibiger, danke schön für Ihre Arbeit, aber auch an Herrn Lorenz und das gesamte Team, was hinter Ihnen steht, und auch an Herrn Brockhausen, der ja zu Beginn der Legislaturperiode Behindertenbeauftragter war, vielen herzlichen Dank, denn Sie erfüllen damit eine wichtige Aufgabe.

(Beifall CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir finden in diesem Bericht viele Einzelfälle, die die Vielfalt der Probleme für Menschen mit Behinderungen in Thüringen deutlich macht. Das betrifft viele Hürden, die natürlich in den Köpfen von Menschen sind, die aber auch oft bürokratischer Natur sind. Deswegen möchte wir als Fraktion beantra-

gen, dass der Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten an den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit überwiesen wird, damit wir dort auch im Detail schauen können, wo Punkte sind, die es lohnt, sie aufzugreifen, aber wo sind vielleicht auch Hinweise des Behindertenbeauftragten, die wir gerade in die Beratung von aktuellen Gesetzesvorhaben mit einfließen lassen können. Ich denke da beispielsweise an das Thüringer Gleichstellungsgesetz, aber natürlich auch an viele verschiedene andere Gesetze, denn Behindertenpolitik – und das wissen wir hier alle – ist eine Querschnittsaufgabe.

Deswegen würde ich mich freuen, wenn Sie unserem Antrag folgen, und deswegen kann ich mir an dieser Stelle auch eine intensive Diskussion sparen. Ich würde an dieser Stelle trotzdem noch eines anregen, nämlich dass es vielleicht eine Prüfung gibt, dass dieser Bericht auch in leichter Sprache verfasst werden kann, damit ihn auch die Betroffenen ganz unter dem Motto „Mit uns und nicht über uns“ nachvollziehen können, genauso wie – und Frau Ministerin, Sie sagten es schon – eine ganz aktuelle Broschüre des Behindertenbeauftragten, nämlich zur Kommunalwahl in leichter Sprache, auf die ich an dieser Stelle gern noch einmal hinweisen möchte. Das ist eine gute Sache und, wie gesagt, für den 26. Mai vielleicht auch für die Kollegen sehr hilfreich. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

**Vizepräsidentin Marx:**

Herzlichen Dank. Als Nächster erhält Kollege Kubitzki, Fraktion Die Linke, das Wort.

**Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, eigentlich sollte jetzt an dieser Stelle unsere Kollegin Karola Stange stehen und zu ihrem Fachgebiet und zu der Thematik sprechen. Leider, wie das im Leben so ist, da kann sich manches in Sekunden ändern – Sie haben ja draußen den Krankenwagen gesehen oder manche haben es gesehen –, musste Karola Stange aufgrund eines Vorfalles, so will ich es mal sagen, was wir nicht wissen, oder eines Notfalls ins Krankenhaus gebracht werden. Deshalb bin ich auch der CDU dankbar, dass sie den Antrag gestellt hat, dass wir den Bericht, der es verdient hat weiter im Ausschuss beraten zu werden, bzw. dass wir es bei den jetzigen Ausführungen belassen und die Debatte im Ausschuss führen.

Namens der Koalitionsfraktionen möchte ich aber auch die Gelegenheit nutzen, mich beim Behindertenbeauftragten, Herrn Leibiger, und bei seinen Kol-

**(Abg. Kubitzki)**

leginnen und Kollegen für diese geleistete Arbeit, für die im Bericht genannten und natürlich auch nicht genannten Aktivitäten recht herzlich bedanken. Die Behinderten in Thüringen haben in Herrn Leibiger eine Stimme und einen Vertreter, der sich stets, zu jeder Zeit, um ihre Belange kümmert, der aber auch immer ein mahnendes Wort und Hinweise und Ratschläge für die Politik bei der Gestaltung der weiteren Arbeit mit Behinderten und bei der Umsetzung der Behindertenkonvention hat. Und ein guter Behindertenbeauftragter ist der, der vor allem immer, zu jeder Zeit, auch auf die wunden Punkte und Reserven hinweist, die wir noch als Politik haben.

Aber darüber können wir im Ausschuss gern noch reden und diskutieren und deshalb stimmen wir als Koalitionsfraktionen der Überweisung an den Ausschuss zu.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marx:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Abgeordnete Herold von der AfD-Fraktion, bitte.

**Abgeordnete Herold, AfD:**

Danke, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuschauer auf der Tribüne und im Internet! Sehr geehrter Herr Leibiger, ganz herzlichen Dank für den hier vorgelegten Bericht, den wir natürlich auch gewissenhaft zur Kenntnis genommen haben.

In den letzten Jahren ist Behindertenpolitik im Thüringer Landtag oft und vielfach und leidenschaftlich debattiert worden. Wir freuen uns auf jeden Fall auf die Weiterberatung dieses Berichts im Ausschuss, der wir natürlich zustimmen.

Wir plädieren angesichts der Tatsache, dass Thüringens Bevölkerung altert und schrumpft, wobei davon auszugehen ist, dass der

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ich schrumpfe nicht, ich gehe nur in die Breite!)

Anteil der behinderten Menschen in Thüringen – ja, auch Sie altern – anteilmäßig natürlich zunehmen wird und deswegen die Aufgaben des Behindertenbeauftragten eher zunehmen als abnehmen, besonders dafür, dass der Haushalt des Beauftragten für Behinderte personell und finanziell ein auskömmlicher ist.

Zu den hier angesprochenen Themenkreisen möchte ich in aller Kürze in Einzelfällen etwas bemerken, und zwar vor allem zu dem Punkt, der hier

in den letzten Monaten besprochen wurde: die Beseitigung von Wahlrechtsausschlüssen. So schön wie das für die einzelnen betroffenen Menschen sein mag oder wie auch immer, wir glauben nach wie vor, dass es nicht allen Menschen, behinderten Menschen, die bisher von der Ausübung ihres aktiven Wahlrechts ausgeschlossen waren, unbedingt zuträglich ist und auch der Gesellschaft nicht und auch dem Wahlrecht als solchem nicht, wenn grundsätzlich nun in Zukunft jeder wählen können soll.

Die Inklusion als Dauerthema im Thüringer Landtag hat uns hier begleitet. Auch da werden wir nicht müde, darauf hinzuweisen, dass Inklusion grundsätzlich schön sein kann, erfolgreich sein kann und für die einzelnen Betroffenen, die es in Anspruch nehmen, auch recht angenehm, aber eben nicht um jeden Preis und schon gar nicht als ideologisches Projekt.

(Beifall AfD)

Wir setzen uns natürlich auch für den weiteren Erhalt der Behindertenwerkstätten ein, weil wir glauben, dass es immer wieder Menschen geben wird, die sich auf dem ersten Arbeitsmarkt aufgrund ihrer speziellen Bedürfnisse und Voraussetzungen nicht halten können. Und diese Menschen brauchen diese Werkstätten.

Unsere Aufgabe hier muss es sein, die Bedingungen in diesen Werkstätten so zu gestalten, dass Menschen, die einen vollen Arbeitsplatz ausüben und hart arbeiten, wie zum Beispiel in einer Wäscherei, dafür auch mehr kriegen als nur ein monatliches Taschengeld.

(Beifall AfD)

Aber das ist alles, wie gesagt, eine Frage der Gestaltung und eine Frage der Weiterberatung dieser gesamten Problematik. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Marx:**

Weitere Redebeiträge sind nicht angemeldet. Dann kommen wir zu dem Antrag auf Überweisung des Berichts zur Weiterberatung an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit. Wer dieser Ausschussüberweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ich würde noch den Gleichstellungsausschuss beantragen wollen!)

Wir sind jetzt in der Abstimmung, Herr Kollege Fiedler.

**(Vizepräsidentin Marx)**

Also für die Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit stimmen alle anwesenden Abgeordneten, soweit ich das hier sehe. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Dann ist das mit den Stimmen aller Fraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit überwiesen.

Wir müssen neben der Ausschussüberweisung des Berichts zur weiteren Beratung auch noch die Nummer 2 des Antrags an den Ausschuss überweisen und deswegen stimme ich förmlich auch noch mal über diese Überweisung ab, also Nummer 2 des Antrags wird dann ebenfalls an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit überwiesen. Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich nochmals um das Handzeichen. Auch das sind jetzt die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen, der AfD-Fraktion und der CDU-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Das sehe ich nicht, dann ist auch diese Überweisung so beschlossen und ich kann diesen ...

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ich hätte gern Gleichstellung!)

Ist das jetzt ein förmlicher Antrag

(Zuruf aus der Fraktion der CDU: Nein!)

oder ein Zwischenruf? Ein Zwischenruf.

Gibt es Einspruch dagegen, dass das Berichtersuchen zu Ziffer 1 erfüllt ist? Gibt es auch nicht. Also das Berichtersuchen ist erfüllt und damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt mit den beschlossenen Überweisungen.

Bevor ich das Plenum schließe, weise ich Sie noch mal neben dem parlamentarischen Abend des Feuerwehr-Verbands, der ab 19.00 Uhr stattfindet, darauf hin, dass sich 5 Minuten nach Ende dieser Plenarsitzung, also um 18.15 Uhr, noch zwei Ausschüsse oder Kommissionen zusammensetzen. Das ist einmal die Strafvollzugskommission im Raum F 004 zu einer außerplanmäßigen Sitzung und ebenso trifft sich der Freundeskreis Litauen, dieser findet sich zusammen im Raum 401 des Hochhauses.

Ich schließe die Sitzung für heute. Wir sehen uns morgen zur 146. Plenarsitzung um 9.00 Uhr hier wieder.

Ende: 18.08 Uhr